

SPW - 42



Die andere Zukunft der IG Metall

Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretariat: Christina Hausberg

Werbung: Christian Hossbach

Redaktion und Auslieferung: Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 694 49 42

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1988.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Titelfoto: *Der Gewerkschafter*. — Auflage 1.-3. Tausend August 1988.

Die spw erscheint 1988 in 6 Hefen mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Editorial	291
Bonner Tagebuch	294

Die andere Zukunft der IG-Metall

Klaus-Peter Wolf	
Die Zukunftsdiskussion der IG Metall	299
Stephan Dunkhorst/Wolfgang Klever/Udo Klitzke	
Demokratische Gestaltung von Arbeit und Technik	
»Maschinen- und Werkzeugbau 2000« bei VW	304
Walter Riester	
Strukturwandel und Qualifizierung	
Konzepte der IG Metall	308
Heide M. Pfarr	
Chancen und Gefahren für eine solidarische Tarifpolitik	
Tarifpolitik und Arbeitsverhältnis —	
Kollektive Normsetzung und individuelle Gestaltungsfreiheit	311
Klaus Lang	
Das »Wie« und »Was« der Produktion beeinflussen	
Neue Begründungen und Inhalte gewerkschaftlicher Tarifpolitik	317

Lafontaine-Kontroverse

Norbert Mappes-Niediek	
Welcher Weg zur Macht?	324
Arne Heise	
Was ist an Lafontaines Vorschlag »neoklassisch«?	
Eine Replik auf Ottwald Demele	331

Linke Geschichte

Lisa Abendroth	
Irrtum eingesehen	
Zur Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses mit dem SDS	333
Sigurd v. Ingersleben	
Eine bodenlose Jugend	
Aspekte der 68er Revolte	335

Marxistische Theorie

Uwe Hirschfeld	
Zum Nutzen von Gramscis Intellektuellen-Theorie	
für politische Bildung	341

Sowjetunion

Wieland Elfferding

Der Montesquieu des Sowjetsozialismus muß noch geboren werden

Zur 19. Parteikonferenz der KPdSU vom 28.6. bis 1.7.1988 350

Jürgen Blume

Glasnost und Perestrojka 354

Südafrika

Karsten Weitzenegger

Falscher Schritt in die richtige Richtung

COCOM-Sanktionen gegen Südafrika 361

Jusos

Uwe Kremer/Ulrike Loida

Bundeskongreß 88: Comeback der Jusos? 364

SPD-Bezirke

Werner Loewe

Die Hamburger SPD hat Traute

Bezirksparteitag der SPD in Hamburg am 25. Juni 1988 370

Diether Dehm

Es ging um mehr als die Frau

Die Linke in Hessen-Süd hatte zu kämpfen verlernt 372

Heinrich Lienker

Generationswechsel und Feminisierung

Bezirksparteitag der SPD in Ostwestfalen-Lippe am 11./12.6.1988 374

Reaktionen

Betrifft: Vorschläge zur Parteireform (Horst Peter) 377

Berichte

Eva Brücker

Basis, Dschungel, Dogma. 4. Geschichtsfest in Hannover 379

Frank Heidenreich

2. Tagung der linken europäischen Zeitschriften in Wien 381

Besprechung

Baethge, Martin, u.a.: Zukunft der Angestellten. Neue Technologien und berufliche Perspektiven in Büro und Verwaltung (*Paul Schlüter*) 382

Editorial

Die Schärfe der Debatte über die Vorschläge von Lafontaine hat es deutlich gemacht: Zwischen großen Teilen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften hat sich ein Konfliktpotential angehäuft, das sich durchaus nicht nur auf die Frage einer Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne vollen Lohnausgleich beschränkt. Die Vorwürfe werden wechselseitig erhoben: Kritisieren Gewerkschafter — durchaus zu Recht —, daß die maßgeblichen Sozialdemokraten längst von jeder wirksamen Umverteilungspolitik abgerückt sind, so werden in sozialdemokratischen Kreisen u. a. die Unbeweglichkeit der gewerkschaftlichen Apparate, ihre Bürokratisierung, ihr Festhalten an veralteten Industrien, ihre Orientierung auf materielle Erfolge ohne Rücksicht auf die Umwelt kritisiert.

In dieser Situation ist es um so wichtiger, daß die Linke Diskussionsprozesse über die jeweiligen Probleme in beiden Organisationen zur Kenntnis nimmt. So lassen einige neuere Positionsbestimmungen der Sozialdemokratie die kurzatmigen Lafontaine-Vorschläge bereits wieder hinter sich, zugleich ist in einzelnen Gewerkschaften eine bemerkenswerte Diskussion über ihre zukünftigen Handlungsmöglichkeiten und über die Notwendigkeit zur Veränderung der eigenen Organisation in Gang gekommen.

Mit an der Spitze marschiert wieder einmal die IG Metall. *Klaus-Peter Wolf* stellt die gegenwärtig in ihr ablaufende Debatte vor. Vorläufiger Höhepunkt dieser programmatischen und strategischen Neuorientierung ist ihr für Oktober geplanter Zukunftskongreß. Die Beiträge im Diskussionsschwerpunkt markieren die Eckpunkte dieser Strategiedebatte.

Mit der zukünftigen tariflichen Arbeitszeitpolitik setzt sich *Heide Pfarr* auseinander: Danach »schließen individuelle Gestaltungsmöglichkeiten und kollektive Normsetzung einander nicht aus, sondern sind voneinander abhängig«. Sie warnt die Gewerkschaften: »Den Flexibilisierungs- und Individualisierungskampagnen der Arbeitgeber kann mit Ablehnung allein kein Widerstand geleistet werden.«

Die Grundzüge einer veränderten Tarifpolitik der IG Metall und ihre Durchsetzungschancen behandelt der Beitrag von *Klaus Lang*.

Ein konkretes Beispiel der demokratischen Gestaltung von Arbeit und Technik untersuchen *Stephan Dunkhorst*, *Wolfgang Klever* und *Udo Klitzke* am Beispiel des Projekts »Arbeitsorientierte Gestaltung im Maschinen- und Werkzeugbau« bei VW in Braunschweig.

Der Frage, inwieweit betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen Krisen einzelner Unternehmen abmildern können, geht *Walter Riester* in seinem Beitrag am Beispiel von Betriebsvereinbarungen bei Thomson-Brandt und bei Porsche nach.

In diesem Heft setzen wir mit zwei Beiträgen die Kontroverse um die Lafontaine-Äußerung fort. *Norbert Mappes-Niediek* untersucht die strategischen Grundlagen der Politik des saarländischen Ministerpräsidenten und stellvertretenden Parteivorsitzenden. *Arne Heise* verteidigt in einer Antwort auf Ottwald Demeles Beitrag in *spw* 40 den Ansatz von Lafontaine. Seine Thesen dürften zu weiterer kontroverser Debatte einladen.

Mit einer Einschätzung der bemerkenswerten 19. KPdSU-Parteikonferenz von *Wieland Elfferding* gehen wir erneut (nach dem Diskussionsschwerpunkt in *spw* 38) auf den Reformprozeß in der Sowjetunion ein. Seine Schlußfolgerung, nur eine horizontale Teilung der Gewalten und nur ein Mehrparteiensystem könnten der Demokratisierung zum Durchbruch verhelfen, ist mit Sicherheit diskussionswürdig. *Jürgen Blume* untersucht anhand sowjetischer und bundesdeutscher Veröffentlichungen die publizistische Verarbeitung von Perestrojka und Glasnost.

Wichtige personalpolitische Entscheidungen fielen bei den Jusos und in einigen SPD-Bezirken. Mit Susi Möbbeck wurde erstmals wieder eine Frau und seit Klaus-Uwe Benneter im Jahr 1977 eine Vertreterin des Hannoveraner Kreises Bundesvorsitzende. Über die Hintergründe dieser Wahl berichten *Uwe Kremer* und *Ulrike Loida*. Ehemalige Juso-Bundesvorstandsmitglieder wurden hingegen zu Bezirksvorsitzenden gewählt: So Heidemarie Wieczorek-Zeul in Hessen-Süd, *Diether Dehm* berichtet darüber. In Hamburg wurde überraschend Traute Müller Landesvorsitzende, *Werner Loewe* schildert, wie es dazu kam. Bei dem längst fälligen Wechsel an der Spitze des Bezirks Ostwestfalen-Lippe wählte der Bezirksparteitag Axel Horstmann zum neuen Vorsitzenden. *Heinrich Lienker* beschreibt die gegenwärtige Situation in der ostwestfälischen Partei.

Allen Gewählten auch unser Glückwunsch!

Andreas Wehr

spw - Die Zeitschrift linker Sozialdemokraten



Frauen — M.Jansen: Zur Strategie der Frauenbewegung

Kultur — U.Vogel: Kunst und Politik oder Bertolt Brecht und die Erklärung der Welt

D.Dehm: »Ein akzeptabler Mann?«
(zu einem Buch über Brecht und die Frauen)

Frieden — M.Kohler: Bei der Verteidigung hören die Grundrechte auf

Skandinavien — K.Katborg/L.Olsen: Erfolge der marxistischen Linken in Dänemark

Frankreich — J.M.Becker: Frankreich im Zeitalter LePens

Österreich — P.Pelinka: »prima causa« Waldheim

SPD — Gewerkschaften

H.Klaus: Reformperspektiven aus gewerkschaftlicher Sicht
K.Neumann/A.Wehr: Thesen zu Massenarbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung

Bestellungen: *spw*-Vertrieb, Graefestraße 71 in D-1000 Berlin (West) 61

Einzelpreis: 9,50 DM / 9,- sfr / 70 ÖS

Jahresabo 1988 (6 Hefte à 96 Seiten): DM 45,- zzgl. Versand

Verlagsmitteilungen

Neuerscheinung zum neuen SPD-Programm!

Im kommenden Jahr will die Sozialdemokratische Partei ein neues Grundsatzprogramm beschließen. Die sozialen Umbrüche — national und weltumspannend — der letzten dreißig Jahre, aber auch sozialliberale Staatserfahrungen der siebziger Jahre und eine Fortsetzung der Erneuerung der Partei seit 1983 verlangen die Ablösung von »Godesberg«. Der Irseer Entwurf von 1986 rief unterschiedliche Kritiken hervor (vgl. u. a. im *spw*-Verlag: Albers/Neumann [Hrsg.], Über Irsee hinaus. Zur Kritik am Programmentwurf der SPD. 91 Seiten, 8,80 DM); nunmehr steht die Ausarbeitung des zweiten Entwurfs unmittelbar bevor.

Die gesamte Partei ist aufgefordert, Grundfragen ihrer Politik neu zu durchdenken: Welche Konzepte erlauben es, die Realitäten der kapitalistischen Industriegesellschaft der Bundesrepublik begreifen und so verändern zu können? Was werden die gesellschaftlichen Zukunftsvorstellungen von Sozialdemokraten in den nächsten zwanzig Jahren sein, welche Strategien werden zu ihrer Verwirklichung benötigt?

Sozialistische Analysen und Entwürfe für das neue Parteiprogramm bietet der soeben im *spw*-Verlag erschienene Sammelband

Sozialismus der Zukunft

Grundlagen für das neue Programm der SPD

herausgegeben von D. Albers, F. Heidenreich, H. Lienker und K. Neumann

ISBN 3-922489-11-7, 176 Seiten, 17,50 DM (über sozialdemokratische Organisationen 15 DM, bei Festabnahme von mindestens 40 Ex. Mengenrabatt: 12,- DM/Stück).

Von linken Standpunkten werden in insgesamt zehn Beiträgen Ausgangslagen und Horizonte sozialdemokratischen Handelns skizziert. Die Autorinnen und Autoren legen analytische und konzeptionelle Fundamente in wichtigen Politikfeldern: Diether Dehm (Kulturarbeit), J. Ebert/J. Herter (Bildung), Jürgen Egert (Sozialpolitik), Katrin Fuchs (Frieden und Sicherheitspartnerschaft), Frigga Haug (Frauen und Arbeit), Hans Janßen (Arbeitszeitpolitik), Manfred Muster (Alternative Technologien), Heinke Salsich (Europäische Integration), Andreas Westphal (Internationale Kapitalbewegungen).

Sonderangebot bis 1. Oktober 1988: *spw*-Abonnenten können ein Exemplar des Buches zum Vorzugspreis von 12,50 DM incl. Versand beziehen — Betrag einfach überweisen und genaue Absenderangabe nicht vergessen! — Bestellungen: *spw*-Vertrieb, Graefestraße 71 in 1000 Berlin 61.

Neue Verlagsanschrift

Verlag, Redaktion und Vertrieb der *spw* sind umgezogen. Die neue Anschrift:

Graefestraße 71 · 1000 Berlin (West) 61 · Telefon: (030) 694 49 42

Bonner Tagebuch

25. April 1988. In einer Folge seiner lesenswerten Serie über die 68er Bewegung erinnert *Der Spiegel* daran, woher der Spruch stammt, den Uschi Pausch-Gruber in *spw* 41 zur Charakterisierung der CDU-Frauenpolitik benutzte: Zwei brav gekleidete Hamburger Studentenfunktionäre entrollten am 9. November 1967 beim Einmarsch der »Spektabilitäten« blitzschnell ein Transparent, auf dem die erfrischende Parole stand: »Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren«. Einer der beiden Happening-Künstler ist heute einer der Herausgeber von *spw*: Detlev Albers. Ein anderer Ausspruch, den der *Spiegel*-Autor der drohenden Vergessenheit entreißt, hat später in mir als jungem Jurastudenten noch erheblich stärkeren Eindruck hinterlassen. Der mehrfachen Aufforderung eines Gerichtsvorsitzenden, der Achtung des Gerichts durch Aufstehen Genüge zu tun, kam der Angeklagte Fritz Teufel — zur Vermeidung von Zwangsmitteln — schließlich mit der Bemerkung nach: »Wenn es denn der Wahrheitsfindung dienlich ist!« Da konnte ich mir gleich eine Vorlesung in Verfahrensrecht sparen.

14. Mai 1988. »Vorwärts«. Das sozialistische Wochenblatt holt ebenfalls die Vergangenheit in die Gegenwart zurück. Aktueller Anlaß eines Interviews mit Klaus-Uwe Benneter ist seine bevorstehende Wahl zum SPD-Stadtrat für Gesundheit in Berlin-Zehlendorf (auch von hier herzlichen Glückwunsch!). Auf alte Wunden angesprochen, eine klare Antwort: »Ich bin ja immer Sozialdemokrat geblieben, wenn auch zeitweise unorganisiert.« *Der Vorwärts* war übrigens eines der wenigen Blätter, das damals halbwegs fair (weil kontrovers) über den Stamokap-Streit berichtete. Zwei Kernsätze von damals: »Im übrigen weisen die Parteien über 'die Macht der Großwirtschaft' im Abschnitt 'Eigentum und Macht' des Godesberger Programms verblüffende Übereinstimmungen mit den Analysen der 'Stamokap'-Theorie auf.« (Peter von Oertzen) »Das Godesberger Programm ist freiheitlich, sozialistisch und demokratisch; die Stamokap-Theorie dagegen ist antifreiheitlich, antisozialistisch und antidemokratisch.« (Georg Kronawitter) Da kann wohl nur einer Recht haben.

25. Mai 1988. »Baracke«. Die Reihe der Programmwerkstätten wird unter dem Thema »Die Zukunft des Sozialstaats: Umbau statt Abbau« fortgesetzt. Auf Podien und in Arbeitsgruppen versammelt sich erneut eine bunte Mischung von PolitikerInnen, VerbändevertreterInnen und ExpertInnen. Die Richtung der Diskussion ist noch weitgehend ungeklärt. In der Partei wird über Sozialpolitik kaum diskutiert, das neue Sozialpolitische Programm (Entwurf) ist nur wenig bekannt. Sicher liegt diese Haltung auch daran, daß — wie Anke Fuchs in ihrem Einleitungsbeitrag ausführt — in der BRD lange Zeit ein sozialstaatlicher Grundkonsens herrschte. Die Konservativen hatten damals ein positiveres Verhältnis zum Sozialstaat, der SPD fehlte hingegen ein Verständnis, daß Sozialpolitik mehr sein kann als nur Auffangbecken für Ausgemusterte der »sozialen Marktwirtschaft«. Was heißt aber heute bei knappen öffentlichen Kassen

»demokratische Sozialpolitik« (A. Fuchs)? Spätestens die Lafontaine-Debatte dürfte klargemacht haben, daß darüber der Klärungsprozeß in der Partei noch aussteht.

31. Mai 1988. »Baracke«. Der Parteivorstand revidiert den Unvereinbarkeitsbeschuß mit dem SDS und seinem Förderkreis aus dem Jahre 1961 mit einer bemerkenswert selbstkritischen Begründung (vgl. dazu den Kommentar von Lisa Abendroth in diesem Heft). Zur Erinnerung: Ausgangspunkt des Beschlusses war ein Antrag des Ortsvereins Frankfurt Nordend I anläßlich einer Veranstaltung im November 1987 zu den Benneter-Ausschlüssen 1977, die auch bundesweit Aufmerksamkeit fand (Berichte in *Spiegel* und *Vorwärts*). Dank gebühren Karsten Voigt und Heidi Wieczorek-Zeul, die das Anliegen engagiert im Parteivorstand und im Präsidium unterstützten. Bei gleicher Zeitrechnung dürfen die geschäfteten Stamokaps (obwohl meist wieder aufgenommen) im Jahre 2004 auf ihre Rehabilitierung hoffen.

3. Juni 1988. »Baracke«. Programmwerkstatt »Für eine gerechte und leistungsfähige Weltwirtschaftsordnung«. Die neue Offenheit der SPD in ihrer Programmdebatte wird durch die Besetzung der Podien eindrucksvoll dokumentiert: Elmar Altvater, Rudolf Hickel und Fritz Scharpf diskutieren mit einer Vertreterin der IG Metall und dem Vorstandsvorsitzenden der Ford-Werke-AG. Beim Thema »Neue Weltwirtschaftsordnung« hat es Detlev Albers mit einem Vertreter der Höchst-AG zu tun. Die Prämisse von Ingomar Hauchler (MdB) findet allgemeine Zustimmung: Jede Politik, die sich auf nationale Interessen und Handlungsspielräume verengt, ist zum Scheitern verurteilt. Aber zwischen dem Versuch, den globalen Problemen durch gesellschaftliche Lösungen einer zu schaffenden »Eurolinke«, die den Eingriff in das Kapitalverhältnis nicht scheut, Herr zu werden (Albers) und der Politik des »Sozialismus in einer Klasse« (Scharpf) tun sich noch erhebliche Gräben auf. Zumindest eine Erkenntnis hat die Tagung bestätigt: So drängend die Probleme sind, so weit sind wir noch von konsistenten Lösungsansätzen entfernt.

12. Juni 1988. Kessenicher Hof. Der »Seeheimer Kreis« tagt. Früher nannte man sie die Kanalarbeiter, nach eigenen Aussagen zuständig für saubere Verhältnisse. Diesmal brodeln es aber unappetitlich aus den Tiefen des Kanals. »Unverantwortlich«, »abenteuerlich« und »möglicherweise verfassungswidrig« sei der mit großer Mehrheit gefaßte Parteivorstands-Beschluß zur Frauenquote, so diktiert es die Renger, Farthmann, Rappe und Co. den Pressevertretern in die Blöcke. Nichts dagegen, daß die Parteirechte diesen Beschluß für falsch hält. Aber die Art und Weise, wie sie jetzt dagegen zu Felde zieht, läßt jede Fairneß im Sinne solidarischen innerparteilichen Kritik vermissen. Für solche Verbalausfälle hätten aufmüpfige Linke in den Siebzigern ihre Parteibücher abgeben müssen.

13. Juni 1988. Bundespressesamt. Die BPA-Ostinformation bringt Auszüge aus dem Interview des Magazins »Ost-West-Kommerz« mit dem DKP-Vorsitzenden Herbert Mies: »Um Voraussetzungen für eine langfristige Zusammenarbeit zwischen Ost und West zu schaffen, ist es notwendig, entscheidende Schritte in Richtung auf eine ausgewogene Abrüstung zu unternehmen. Man sollte nur ein notwendiges minimales Niveau an Verteidigungsfähigkeit erhalten und die Fähigkeit zum Angriff auf beiden Seiten beseitigen.« Wenn es gelinge — so heißt es weiter —, das Vertrauen zu festigen,

die Zusammenarbeit auszubauen und einen bedeutenden Anteil der Mittel, die für die Verteidigung benutzt werden, für den Wettbewerb der Nationen zu richten (?), dann wird man vom Beginn einer neuen Epoche sprechen können.

Das Zitat ist korrekt, nur Partei und Vorsitzender stimmen nicht: Gesprochen hat da FJS von der CSU! Recht hat er, der Kreidefresser! Aber wie kriegt jetzt die SPD wieder die Führungsrolle in der Abrüstungsdebatte zurück? Ob Egon Bahr bald die Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr nachschieben muß?

13. Juni 1988. *Bild-Zeitung*. Wie man die Schwarzen in die Schranken weist, hat eindringlich der bayerische SPD-Abgeordnete Axel Wernitz vorgeführt. Mitten in der Fußball-Europameisterschaft hat der ehemalige Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses seiner Partei kurzfristig die Hegemonie im Bierdunst über den bundesdeutschen Stammtisch zurückerobert. Da wird dem Zimmermann der Schreck in die Glieder gefahren sein. Wernitz fordert gegenüber *Bild*, daß bei weiterer Eskalation der Krawalle notfalls die GSG 9 für Einsätze in den Stadien bereitstehen müsse. Kommen wir Sozis nur mit einer Neubelebung des Geistes von Mogadishu wieder dran?

14. Juni 1988. »Baracke«. Gut fünf Wochen nach meinem freundlichen Brief, den Pluralismus von Werbebeilagen in parteioffiziellen Rundschreiben betreffend, und nach zweifacher mündlicher und einfacher schriftlicher Anmahnung läßt sich der Sekretär der Historischen Kommission beim Parteivorstand, Malte Ristau, zu einer energiegeladeneren Antwort herab. Kurz und knapp werde ich zurechtgewiesen, daß nach meiner »freundlichen Spitze in der letzten *spw* nichts mitzuschicken ist, wenn es denn etwas zu verschicken gäbe.« So ist das also mit den Vertretern der (selbsternannten) undogmatischen Linken in offiziellen Parteiämtern. Für den eigenen Laden (sprich: *Sozialistische Praxis*) hat man schon mal eine helfende Hand bereit, bei *spw* wird man streng und ganz dogmatisch. Welch Tölpel bin ich, durch eine Spitze in diesem Tagebuch, eine freundliche dazu, es noch selbst verschuldet zu haben, daß der mich freundlich grüßende Genosse es nun mit Recht von sich weist, noch darüber zu befinden, ob es denn etwas zu verschicken gäbe.

24. Juni 1988. Waldau. Der Frankfurter Kreis, die Parteilinke, trifft sich zur Vorbereitung des Bundesparteitages. Die schlecht besuchte Tagung dokumentiert den krass auseinanderfallenden Stand der Bearbeitung unterschiedlicher Arbeitsfelder in der Linken. Zum Thema Frieden liegt ein umfangreicher Gegenantrag zur Parteivorstandsvorlage vor, erstellt von einer Arbeitsgruppe des Frankfurter Kreises. Die kurze Debatte unter Beteiligung von Horst Ehmke, Karsten Voigt, Conny Gilges und Katrin Fuchs zeigt — trotz unterschiedlicher Positionen im Detail — den fortgeschrittenen Stand der Diskussion. Einer der neuralgischen Punkte auf dem Parteitag wird die Forderung nach Einfrieren der Rüstungsausgaben sein. Bemerkenswert auch das Eingreifen von Rudi Dressler (AfA) in die Debatte, der eine Verringerung der Ausgaben fordert, was Karsten Voigt mit der — nicht unbedingt fairen — Attacke kontert, da spreche nur der sozialpolitische Ressortchef für sein Metier. Ein Desaster deutet sich in der Steuerpolitik an. Von der Linken selbst auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt, reicht es gerade zu einem Verfahrensantrag. Eine Tischvorlage von Henning Scherf mit einzelnen neuen, interessanten Vorschlägen kommt viel zu spät. Probleme

auch im Bereich Wirtschaftspolitik: Wolfgang Roth trägt den Kompromißentwurf seiner Kommission vor, der die Lafontaine-Debatte wie gehabt zu verkleistern sucht. Heftige Kritik erntet er dafür von Sigrid Skarpelis-Sperk, die für Südbayern einen deutlich besseren Gegenentwurf vorlegt. Der Rest ist im wesentlichen — scheinbar der Kritik zustimmendes — Schweigen. Mit Verwundern liest man dann einige Tage später in der Tagespresse, daß es die Linke, die doch angeblich im Parteivorstand die Mehrheit hat, gerade auf zwei Gegenstimmen (Katrin Fuchs und Peter von Oertzen) gegen das Roth-Papier gebracht hat. Solange dieser Kreis es nicht schafft, wesentliche Papiere vorher zu verschicken und dann verbindlich zu diskutieren, wird das nie ein politikfähiges Gremium der Linken.

Erfreuliches eher am Rande. Die gezielten öffentlichen fraktionellen Vorabverurteilungen der neuen Juso-Bundesvorsitzenden setzen sich hier nicht fort. Susi Möbbeck kann kurz ihr Programm vorstellen und wird mit ermunternden Worten für die kommenden Aufgaben von der Tagungsleiterin Herta Däubler-Gmelin verabschiedet.

28. Juni 1988. »Baracke«. Auch Klatsch muß sein. Zur Zeit geht's dem ehemaligen Jusochef (lang, lang ist's her) Wolfgang Roth ordentlich ans Leder. Nicht genug, daß er sich öffentlich Spekulationen darüber gefallen lassen muß, daß seine Zeit im Parteivorstand nach Münster 88 wohl beendet sein dürfte. Nun muß er sich auch noch — wie gut unterrichtete Kreise aus der Sitzung berichten — von Egon Bahr bei der Vorstellung der neuen Juso-Vorsitzenden folgenden Seitenhieb gefallen lassen: »Wolfgang, die ist jetzt schon so gut, wie Du nie werden wirst.«

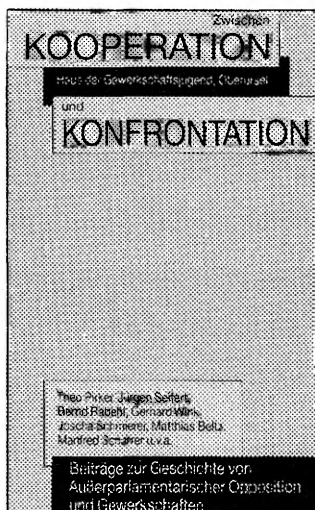
Uli Schöler (Bonn)

Sozialist

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/innen

- erscheint 6 x im Jahr
- Einzelheft 3,00 DM
- Jahresabo 18,00 DM
- für Jusos, Partei, Gewerkschaften
- mit den Themen Wirtschaft, Politik, Kultur, SPD/Jusos, Internationales

**Probeheft anfordern oder am besten gleich abonnieren bei
SOVEC, Im Körbchen 10, 3400 Göttingen**



Haus der Gewerkschaftsjugend, Oberursel (Hg.)

ZWISCHEN KOOPERATION UND KONFRONTATION

Beiträge zur Geschichte von Außerparlamentarischer Opposition und Gewerkschaften

1988, 180 S., 23 x 17 cm, mit Abbildungen,
DM 28,00
ISBN 3-924800-75-8

Theo Pirker: Gewerkschaften und Verfassung
Jürgen Seifert: Gewerkschaften als Gegenmacht
Bernd Rabehl: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund
Jürgen Seifert: Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze

Eine Diskussion über APO, Gewerkschaften und die Arbeiterklasse mit Matthias Beltz, Bernd Rabehl, Manfred Scharrer, Joscha Schmierer und Gerhard Wink.



Martin Gorholt · Günther Seitel (Hg.)

HOCHSCHULE 2000

Zukunft der Bildung zwischen konservativer Hochschulpolitik und Gegenbewegung

Martin Gorholt / Günther Seitel (Hg.)

HOCHSCHULE 2000

Zukunft der Bildung zwischen konservativer Hochschulpolitik und Gegenbewegung

1988, 180 S., 23,5 x 17 cm, br., DM 19,80
ISBN 3-924800-40-5

Die Zukunft von Bildung und Wissenschaft in der Diskussion. Peter Glotz: Die Krise der Hochschulen und die Malaise der Linken. Michael Daxner: Die Zukunft der Wissenschaft. Rainer Braun: Hochschule zwischen Elite und Demokratie. Dirk Axmacher: Konservative Hochschulpolitik und Gegenbewegung.

Anne Schlüter: Aufbruch für eine neue Bildungsoffensive auch für Frauen. Ludwig v. Friedeburg: Bildungsreform – erfolgreich oder gescheitert? u.v.a.



SP-Verlag
Schüren
Deuschhaus-
straße 31
3550 Marburg

Bestellungen:
Direkt beim
Verlag oder
in jeder guten
Buchhandlung

Diskussionsschwerpunkt:

Die andere Zukunft der IG-Metall

Klaus-Peter Wolf

Die Zukunftsdiskussion der IG Metall

In der alltäglichen Auseinandersetzung mit der Kapitalseite besteht für die Gewerkschaften die Gefahr, daß programmatische und strategische Zukunftsfragen in den Hintergrund rücken. Unter dem Motto »Die andere Zukunft — Solidarität und Freiheit« hat die IG Metall deshalb seit Anfang dieses Jahres in sechs Foren mit Wissenschaftlern, Experten, Politikern und Vertretern von Initiativen diskutiert. Diese Diskussionen über Ökologie, Konservatismus, Technikgestaltung, Wirtschafts-, Sozial- und Tarifpolitik, die allesamt dokumentiert werden, sollen Ende Oktober in einen Zukunftskongreß einmünden.

Die IG Metall hat nicht versucht, vorgefertigte Ergebnisse bestätigt zu bekommen. Ziel war vielmehr, sich der kritischen Öffentlichkeit zu stellen, um später Konsequenzen zu ziehen. Da dieser Prozeß erst eingeläutet worden ist, lassen sich gegenwärtig nur Kernpunkte für die künftige politische Diskussion skizzieren; und dies auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Demokratie im Betrieb — Selbstbestimmung der Beschäftigten

»Mehr Demokratie wagen« wird für die »andere Zukunft« der IG Metall ein wichtiger Leitfaden sein, und zwar nicht nur in Gesellschaft und Wirtschaft, sondern vor allem im Betrieb. Es geht sowohl um erweiterte Gewerkschafts- als auch um Selbstbestimmungsrechte der Beschäftigten am Arbeitsplatz. Während bisher überwiegend die Bedingungen der Arbeit tarifvertraglich geregelt worden sind, könnte es künftig auch um neue Arbeitsorganisationen und -inhalte gehen, die bis jetzt allein der Verfügungsmacht des Kapitals unterliegen. Gemeint ist damit der Einsatz neuer Technologien und ihre Gestaltung. Um humane und zumutbare Arbeits- und Leistungsbedingungen zu erreichen, bedarf es jedoch weiterer Mitbestimmungsrechte: Entweder über das zu bewältigende Mengen- und Qualitätsspensum eines Arbeitnehmers/einer Gruppe oder über die Zahl der Beschäftigten, die eine bestimmte Leistung zu erbringen haben (Personalzumessung).

In den letzten Jahren hat sich herauskristallisiert, daß die Beschäftigten immer stärker am Umweltschutz interessiert sind, der über den unmittelbaren Gesundheitsschutz hinausgeht und sich auf alle umweltgefährdenden Auswirkungen von Produktionsprozessen und Produkten bezieht. Der Betrieb bildet eine ökologische Schnitt-

stelle, an der Produzenten und Konsumenten — also die Beschäftigten — wirken. — Die IG Metall will nicht nur im Produktionsprozeß mitbestimmen, sondern auch über die Produktionsinhalte, also was produziert wird. Die Unwilligkeit der Unternehmer, rechtzeitig vor Struktur- und Absatzkrisen über alternative neue Produkte nachzudenken, hat diese Diskussion bestärkt.

Damit die einzelnen Beschäftigten ihre Mitbestimmungs-, Reklamations- und Initiativrechte wahrnehmen können, bedarf es bezahlter Qualifikations- und Beteiligungszeit. Damit die IG Metall das »Wie« und »Was« der Produktion umfassend mit beeinflussen kann, bedarf es der Investitionstransparenz und -kontrolle.

Künftig bleiben Lohnfragen ebenso bedeutend wie eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Insbesondere kürzere Arbeitszeiten (täglich vor allem) können Frauen und Männern helfen, Erwerbsarbeit und Familie besser zu vereinbaren. Eine tarifvertragliche Förderung von Frauen muß das Ziel haben, jedwede Diskriminierung — auch beim Lohn — endlich zu überwinden.

Entwickelt werden müßte insgesamt ein Konzept betrieblicher Demokratie durch Tarifvertrag, das den Betriebsräten und Vertrauensleuten mehr Mitbestimmungs- und Gestaltungsrechte gewährt. Die Tarifpolitik der Zukunft dürfte sich durch eine größere Betriebsnähe und qualitativ neue Aufgaben auszeichnen.

Zu prüfen bleibt in diesem Konzept u. a. auch, wie Betriebsnähe und Selbstbestimmung am Arbeitsplatz gestärkt werden können, ohne die vorhandenen Ansätze des Betriebsegoismus erheblich auszuweiten und Beschäftigte in Unternehmen zu benachteiligen, die nicht über eine ausreichende gewerkschaftliche Vertretungsmacht verfügen. Schließlich dürfen weder Beschäftigte noch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute überfordert werden.

Strukturwandel sozial gestalten — Unternehmermacht zurückdrängen

Neue Akzente wird die IG Metall beim Strukturwandel und den regionalen Entwicklungen setzen. Sie will die industriellen Umbruchprozesse vorausschauend sozial mitgestalten und damit regionalpolitisch verantwortlich handeln. Denn bisher sind nahezu ausschließlich die berechtigten Interessen der von Entlassung bedrohten Beschäftigten beachtet worden, für die Sozialpläne ausgehandelt wurden, um soziale Härten zu vermeiden. Doch Arbeitsplätze sind verlorengegangen — zum Schaden der nachfolgenden Generationen und der Region. Das Ende der Sozialplanära wird am Beginn einer anderen Zukunft stehen.

Künftig sollen die Unternehmen in die Pflicht genommen werden, rechtzeitig neue Arbeitsplätze (Ersatzarbeitsplätze) zu schaffen und Beschäftigungsgesellschaften zu gründen (u. a. auch wegen der Qualifizierung für neue Aufgaben). Die IG Metall hat konkrete Konzepte für die Beschäftigungsgesellschaften Stahl sowie für eine Entwicklungsgesellschaft Werften erarbeitet. Es wird neue Herausforderungen an die gewerkschaftliche Betriebsarbeit bedeuten, solche Initiativen rechtzeitig einzubringen, also dann, wenn sich Beschäftigungseinbußen auf Grund strukturellen Wandels absehen lassen, die betroffenen Unternehmen noch kapitalstark genug sind und die IG Metall

aus der »Position der Stärke« heraus verhandeln kann. — Verknüpft werden sollen derartige Initiativen mit regionalen Beschäftigungsanalysen, die den beschäftigungs- und gesellschaftspolitischen Handlungsbedarf vor Ort aufzeigen. Sie sollen zunächst eine Debatte in der Öffentlichkeit auslösen und schließlich in Mobilisierung münden, um Druck auf die Unternehmen auszuüben. Aber die Wirkung eines solchen Konzepts wäre nur gering, wenn es nicht durch regionale Beschäftigungs- und Zukunftsinvestitionsprogramme unterstützt werden würde. Ansatzpunkte gibt es im Projekt »Metallindustrie an der Ruhr« sowie im »Beschäftigungs- und Strukturprogramm Küste«. In beiden Fällen war das Hamburger Gewos-Institut beteiligt.

Schwierigkeiten ergeben sich in mancherlei Hinsicht: Lassen sich vom Arbeitsplatzverlust bedrohte Beschäftigte für eine aktive Strukturpolitik mobilisieren? Wie lautet eine realistische und gleichsam mobilisierungsfähige Kampfperspektive angesichts der Tatsache, daß nicht die IG Metall, sondern die Unternehmer über die Produktionsmittel verfügen? Wie läßt sich gesellschaftlicher Druck entfachen, damit künftig nicht mehr allein die Unternehmer über Gewinnaneignung und -verwendung sowie damit über Investitionen entscheiden? Wie läßt sich erreichen, daß die Beschäftigungsgesellschaften als Einstieg in die Vergesellschaftung und nicht als Alternative dazu gesehen werden? Wann können zusätzlich zum Umweltschutz Felder gesellschaftlichen Bedarfs konkretisiert werden, denn allein im Umweltschutz läßt sich kein Ausgleich für den zu erwartenden Arbeitsplatzabbau schaffen?

Solidarische internationale Kooperation — Verzicht auf aggressive Exportstrategie

Eine aktive Struktur- und Beschäftigungspolitik spielt für die IG Metall auch vor dem Hintergrund außenwirtschaftlicher Beziehungen eine Rolle. Sie setzt sich nämlich dafür ein, daß vor allem die Überschußländer Japan und Bundesrepublik eine expansive binnenorientierte Wirtschaftspolitik betreiben. Die Exportüberschüsse sollen abgebaut werden, ohne eine Binnenrezession herbeizuführen. Eine Reform der internationalen Handels- und Kapitalbeziehungen soll insbesondere den Schwellen- und Entwicklungsländern helfen, ihre Konsolidierung voranzutreiben; ein Schuldenerlaß steht ebenfalls zur Debatte. Also internationale Kooperation statt ungehemmte Konkurrenz des Kapitals.

Es wird noch einiger Anstrengungen bedürfen, den Beschäftigten in der exportorientierten Metallwirtschaft deutlich zu machen, daß noch höhere Exportüberschüsse kein beschäftigungspolitisches Allheilmittel mehr sind und die Abhängigkeit vom Export reduziert werden muß — auch aus Gründen internationaler gewerkschaftlicher Solidarität, mit der ein Export weiterer Arbeitslosigkeit nicht vereinbar ist.

Außerdem werden sich die Gewerkschaften angesichts der momentanen Kräfteverhältnisse ihrem Ziel — der internationalen Kooperation des Kapitals und der Demokratisierung unternehmerischer Entscheidungen — nur mühsam nähern. Sie sind in der Defensive und praktisch gegenüber dem internationalen Kapital nicht konfliktfähig. Dies gilt auch für den einheitlichen EG-Binnenmarkt. Das Europa des Kapitals ist eher

zu erwarten als ein Europa der Arbeitnehmer. Allerdings gibt es keine Alternative zur engeren internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbewegungen, um Gegenmacht und Druck zu entfalten, um — auch mit staatlicher Hilfe — Unternehmereinfluß zurückzudrängen.

Kampforganismen in einer Klassengesellschaft

In der nächsten Zeit werden die Anforderungen an gewerkschaftliche Politik zunehmen. Gleichzeitig verschlechtern sich allenthalben die Durchsetzungsbedingungen — und zwar mit anhaltender Krise und Massenarbeitslosigkeit — angesichts der Flexibilisierungs- und Deregulierungsstrategie der Herrschenden (Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses und gewerkschaftlicher Rechte) und der zunehmenden Internationalisierung der Unternehmenspolitik. Die gewerkschaftlichen Initiativen drohen an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu scheitern.

Dennoch redet niemand in der IG Metall einer sozialpartnerschaftlichen Politik das Wort. Die IG Metall will Gegenmacht bleiben, also auch Kampforganisation. Sie fühlt sich darin bestärkt durch die Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung; sie fühlt sich nicht entmutigt durch den Kampf gegen den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes und die Stilllegung des Krupp-Stahlwerks in Rheinhausen. So unterschiedlich das Erreichte auch jeweils zu werten ist: An der Kampffähigkeit der organisierten Metallerrinnen und Metaller gab es keinen Zweifel. Doch dies allein reicht nicht.

Findet die IG Metall für eine »andere Zukunft« auch genügend starke »Kampfgenossen«, die sich nicht mit der bundesrepublikanischen Klassengesellschaft abfinden, in der das Kapital über die Arbeit dominiert? Zweifel wurden bei den Foren laut, deren Diskussion immer wieder von den Lohnverzichtsthesen eines stellvertretenden SPD-Vorsitzenden überschattet waren. Kritik an der SPD wurde offen formuliert, weil sie im Verteilungskampf kapitulierte und sich auf »Sozialismus in einer Klasse« beschränkte.

Sollte sich die SPD tatsächlich für diesen Weg entscheiden — für die IG Metall ist er nicht gangbar. Selbst wenn der Einwand von sozialdemokratischer Seite als zutreffend bezeichnet werden müßte, man habe im Verteilungskampf an Boden verloren, so ergibt sich daraus nicht die Schlußfolgerung, diesen Kampf einzustellen. Wer sich nur noch am angeblich Machbaren und nicht mehr am für richtig gehaltenen Ziel orientiert, wird seine Durchsetzungschancen weiter verschlechtern.

Die IG Metall und die anderen Gewerkschaften werden sicherlich zuerst versuchen müssen, den »natürlichen Bündnispartner« von ihren Zukunftskonzepten zu überzeugen. Zusätzlich sucht die IG Metall neue gesellschaftspolitische Kontakte. Deshalb hat sie zu ihren Diskussionsforen Wissenschaftler, Sachverständige, Politiker und Vertreter von verschiedensten Initiativgruppen eingeladen. Sie will damit das »Netz der Solidarität«, das in den Kämpfen für Arbeitszeitverkürzung und gegen den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes geknüpft wurde, erhalten und ausweiten. Der Dialog auf den Foren war weder Selbstzweck noch diente er allein dazu, einen Zukunftsent-

wurf zu erarbeiten. Er muß einmünden in gemeinsame Bemühungen um eine demokratische Gesellschaft, in der der Einfluß der Unternehmer zurückgedrängt wird zugunsten der Beschäftigten in der Fabrikhalle und in der Arbeitsvorbereitung, im Ingenieurbüro und in der Hochschule, im Büro und in High-tech-Betrieben. Denn es geht um die grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Es reicht nicht, auf Veränderungen im Stimmverhalten am Wahltag zu schauen.

Die IG Metall muß sich ändern

»Die andere Zukunft« kann die IG Metall nur dann erstreiten, wenn sie sich selbst verändert. Sie muß sich mit dem Individualisierungsschub in dieser Gesellschaft auseinandersetzen, den die Konservativen für sich funktionalisieren, indem sie soziale Risiken privatisieren, eine anonyme Vereinzelung fördern und die Massenorganisationen der abhängig Beschäftigten verunglimpfen. Die IG Metall wird die einzelnen bei ihr organisierten Menschen ernster nehmen, seine Souveränität und Individualität stärken. Dies geht nur im Kollektiv — nicht ohne.

Es gilt, mit der Mitgliedschaft einen neuen Solidaritätsbegriff zu entfalten: damit sich Männer für die Chancengleichheit von Frauen im Beruf einsetzen; damit sich Angestellte mit Arbeitern solidarisieren und umgekehrt, ebenso die Jungen mit den Alten und umgekehrt; damit sich die Beschäftigten in den (noch) florierenden Branchen mit denen zusammenschließen, die von Strukturkrisen betroffen sind; damit die Arbeitnehmer nicht die Arbeitslosen im Stich lassen; damit die Belegschaften bundesdeutscher Unternehmen mit denen in anderen westeuropäischen Ländern und mit den Ärmsten in der Dritten Welt Solidarität üben. Neue Solidarität gegen — zum Teil eingeredete — Entsolidarisierung.

Die IG Metall muß versuchen, ihre Mitgliederstruktur zu verändern, die schon lange nicht mehr der Beschäftigtenstruktur entspricht. Jugendliche, Angestellte und Frauen müssen gewonnen werden. Mitgliederwerbemaßnahmen bisherigen Stils reichen nicht aus. Gefragt ist nunmehr im Betrieb eine gewerkschaftliche aktionsorientierte Arbeit, die die einzelnen Beschäftigten beteiligt und überzeugt, ihre Bedürfnisse aufnimmt, die Verwirklichung in der Arbeit möglich macht. Argumente und demokratische Beteiligung — statt Parolen. Eine Gewerkschaft, die sich für stärkere Beteiligungsrechte der Beschäftigten am Arbeitsplatz einsetzt, wird lernen müssen, mit selbstbewußteren Mitgliedern umzugehen.

Stephan Dunkhorst/Wolfgang Klever/Udo Klitzke

Demokratische Gestaltung von Arbeit und Technik

»Maschinen- und Werkzeugbau 2000« bei VW

Ein Merkmal zeichnet schon heute die »Fabrik der Zukunft« aus, obwohl sie noch nicht realisiert ist und kaum jemand genau weiß, wie sie sein wird. Dieses Merkmal ist freilich nur indirekt ablesbar. Sie, die »Fabrik der Zukunft«, muß fantastisch und gleichsam erschreckend sein. Denn überall wohin man kommt, ist sie *das* Argument, haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsratsmitgliedern, Politikern usw., Zugeständnisse bei den zeitlichen und räumlichen Arbeitsbedingungen, Arbeitsumweltbedingungen, bei den arbeitsplatz- und arbeitstätigkeitsspezifischen Arbeitsbedingungen sowie bei den spezifischen Lebensbedingungen abzufordern.

Wie muß sie nur sein, daß all die erkämpften sozialen und auch individuellen positiven Bedingungen geopfert werden sollen? Mit dem Verweis auf die nationale und internationale Konkurrenz soll jeder Zweifel über die angeblich dringend gebotenen Zugeständnisse an die Arbeitsbedingungen im allgemeinen abgewiesen bzw. als fortschrittshemmend denunziert werden.

Wer sich dennoch nicht einschüchtern läßt von den (fantastischen) Argumenten für die »Fabrik der Zukunft«, muß feststellen, daß sie kein trefflicher Diskussionsgegenstand ist. Ihre Apologeten scheinen für sich das Recht auf die Zukunft gepachtet zu haben. Selbstverständlich zielt diese Situation darauf, den haupt- und ehrenamtlichen Interessenvertretern mit der Diskussionsbasis zugleich die Möglichkeiten der Gestaltung zu entziehen. Wer will sich schon gegen die angeblichen Sachgewalten auflehnen, und zwar insbesondere auch unter dem ungeheuerlichen öffentlichen Druck?

Angesichts dieser Situation ist die Offensive der IG Metall, ausgedrückt im Aktionsprogramm »Arbeit und Technik«, ihr emphatischer Einsatz für eine demokratische Gestaltung von Arbeit und Technik, von eminent wichtiger politischer Bedeutung. Wie auf der Basis dieses Aktionsprogramms der Prozeß der demokratischen Gestaltung von Arbeit und Technik realisiert werden kann und dabei die vermeintlichen Sachgewalten bzw. -zwänge als das entlarvt werden, was sie sind, zeigt das Projekt »Arbeitsorientierte Gestaltung im Maschinen- und Werkzeugbau« bei VW in Braunschweig.

Die Rationalisierungsmaßnahmen des Unternehmens sahen hochautomatisierte Maschinen- und Produktionsanlagen, lückenlose Erhebung von Daten und Kontrolle über Menschen und Prozesse sowie weitgehende Entkopplung von Menschen und Maschinen vor.

Die sozialen Wirkungen dieser Maßnahmen wären: Arbeitsplatzvernichtung (ca. 27 Prozent), Streß und Arbeitshetze bei gleichzeitig erhöhter sozialer Isolation am Arbeitsplatz, »gläserne Arbeit« mit dem Effekt »gläserner Mensch«, Ausdehnung der Schichtarbeit, qualifizierte Arbeit für wenige, Zunahme geistig-nervlicher Belastungen, Pausendurchlauf, Wochenbetrieb, um nur die wichtigsten zu nennen.

Um diese negativen Effekte für die Beschäftigten abzuwehren, beschloß der VW-Betriebsrat, eine Gestaltungsinitiative zu ergreifen. Deren Hauptmerkmale sind: umfassende Beteiligung der Vertrauensleute und der Beschäftigten im Maschinen- und Werkzeugbau (MWB), Einbeziehung der IG Metall und eines Sachverständigen, Erarbeitung eines eigenen Alternativvorschlages zur Gestaltung von Arbeit und Technik im MWB. Dabei umfaßt die Gestaltung insbesondere die Forderung nach Mitbestimmung darüber, wer, was, wie, womit, wann und mit wem im MWB plant, entwirft und herstellt.

Um die Kompetenz der Kolleginnen und Kollegen im MWB möglichst umfassend in die Gestaltungsvorschläge einzubringen, wurden mit Hilfe des Humanisierungs- und des Qualifizierungsprojektes der Innovationsberatungsstelle Hamburg, der Abteilung Automation/Technologie/Humanisierung der Arbeit der IG Metall-Vorstandsverwaltung einige mehrtägige Seminare mit allen Vertrauensleuten durchgeführt. Neben der Analyse der geplanten Rationalisierungsmaßnahmen wurden vor allem die Gestaltungsvorschläge des Betriebsrates zur Diskussion gestellt. Diese Vorschläge wurden in »Sozialen Pflichtenheften« formuliert, die zwischenzeitlich auch Verhandlungsgrundlage mit dem Arbeitgeber sind.

Folgende Pflichtenhefte wurden erarbeitet: »Arbeitsstrukturierung«, »NC-Organisation«, »CNC-Steuerung«, »Qualifizierung«; ergänzt durch eine visualisierte Dokumentation, die die z.T. komplizierten Sachverhalte für die Diskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen in eine anschauliche Form brachte.

Politik der »Sozialen Pflichtenhefte«

Im *Sozialen Pflichtenheft Arbeitsorganisation* fordert die Kommission die Bildung dezentraler Arbeitsgruppen mit eigenem weitreichendem Handlungs- und Entscheidungsspielraum. Diese Arbeitsgruppen sollen eine Arbeit mit ganzheitlichem Charakter im MWB ermöglichen. Darüber hinaus soll den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit eröffnet werden, bestimmte Aufträge komplett bearbeiten zu können.

Für die Verteilung der über die eigentliche Fertigungsaufgabe hinausreichenden Arbeit, hat die Kommission ein offenes arbeitsorganisatorisches Modell erarbeitet. Ziel dieses Konzeptes ist es, allen Beschäftigten im MWB eine möglichst ganzheitliche Arbeit einschließlich einer Komplettbearbeitung zu ermöglichen, ohne den einzelnen zur Erweiterung seines Aufgabenumfanges zu zwingen und damit ggf. zu überfordern. Hierfür wurden beispielhaft fünf arbeitsorganisatorische Modelle entwickelt.

Um diese Arbeitsorganisation auch unter den Bedingungen des Einsatzes von EDV-gestützten Techniken umsetzen zu können, wurden im *Sozialen Pflichtenheft Werkstattsteuerung* die Anforderungen an das Integrierte Betriebs-, Informations- und Steuerungssystem (IBIS) zusammengestellt. Dieses EDV-System muß eine Dezentralisierung wesentlicher Funktionen der Werkstattsteuerung, der Arbeitsverteilung, der Reihenfolgefestlegung, der Terminüberwachung ermöglichen und unterstützen.

Die größte Gefahr für die Qualifikationen der Facharbeiter/innen in der Werkstatt geht freilich von der CNC-Technik aus. Dies hat seinen Grund darin, daß alle wesent-

lichen Informationen zur Steuerung des Fertigungsprozesses mit CNC-Maschinen in den NC-Programmen enthalten sein können. Unter solchen Bedingungen ist es möglich, die Arbeit an CNC-Maschinen auf Handhabungs- und Überwachungsaufgaben zu beschränken. Es droht der Maschinenbediener!

Um dieser Gefahr zu begegnen, entschloß sich die Kommission, einen wesentlichen Anteil an NC-Programmierstellung in die Werkstatt zu verlagern. Die Kommission will dadurch verhindern, daß die Werkstatt-Programmierung lediglich auf geometrisch einfachste Werkstücke oder auf Eilaufträge beschränkt wird. Ziel ist es, die Tätigkeit »Programmieren« zum regelmäßigen Bestandteil des Arbeitsinhaltes aller Kolleginnen und Kollegen an den CNC-Maschinen im MWB zu machen.

Im *Sozialen Pflichtenheft NC-Organisation* hat die Kommission deshalb die Forderung erhoben, daß alle Bauteile, die keine hochkomplexen Freiformflächen aufweisen, *immer* in der Werkstatt von der Facharbeiterin oder vom Facharbeiter programmiert werden. Daß dies schon heute machbar ist und zum Teil auch so im MWB umgesetzt wird, haben Seminare mit den Vertrauensleuten gezeigt.

Die in der mechanischen Werkstatt des MWB eingesetzten CNC-Steuerungen müssen die Umsetzung der geforderten NC-Organisation ermöglichen. Die Kommission hat deshalb nach vorheriger Analyse des CNC-Steuerungseinsatzes im Werkzeugbau, nach Umfragen bei den Facharbeitern/innen in der Werkstatt und gemeinsamen Präsentationsterminen, nach Seminaren und dem Besuch einer CNC-Ausbildungsakademie, im *Sozialen Pflichtenheft CNC-Steuerung* ihre Anforderungen an diese Technik zusammengestellt.

Viele der darin enthaltenen Forderungen werden heute vom Arbeitgeber akzeptiert und bei der Anschaffung neuer Steuerungen eingelöst. Das Konzept der Kommission mit seinen arbeitsorganisatorischen Modellen der Arbeitsverteilung, der Werkstatt-Steuerung und der NC-Organisation macht umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten im MWB erforderlich, die im *Sozialen Pflichtenheft Qualifizierung* zusammengefaßt wurden.

Umsetzung

Mit der Erarbeitung der Sozialen Pflichtenhefte, der »Visualisierung«, der Diskussion der erarbeiteten Vorschläge mit den Beschäftigten der MWB ist der Braunschweiger VW-Betriebsrat jetzt an einem Punkt angelangt, wo es um die Umsetzung seiner Vorschläge für die Gestaltung von Arbeit und Technik geht.

Viele der hiermit verbundenen Probleme werden nicht allein durch den örtlichen Betriebsrat zu lösen sein. Dies gilt zum Beispiel für Lohn- und Gehaltsfragen, für bestimmte Techniken der Vernetzung und Verkettung, die konzernweit zum Tragen kommen, für Qualifizierungsmaßnahmen und vieles mehr. Deshalb hat der Betriebsrat seine Ausarbeitungen auch mit dem Gesamtbetriebsrat abgestimmt. Dies ist auch deshalb erforderlich, um ein Ausspielen der einzelnen Werkzeug- und Maschinenbauten der Werke durch das Management zu verhindern. Arbeitsbedingungen von einzelnen

Maschinen- und Werkzeugbauabteilungen dürfen nicht als Hebel gegen Kolleginnen und Kollegen anderer Werke oder Abteilungen benutzt werden können.

Um seine Vorschläge auf ihre Tragfähigkeit hin zu überprüfen, hat der Betriebsrat vorgeschlagen, daß über alle Bereiche hinweg Pilotfälle mit den fünf Arbeitsorganisationskonzepten eingerichtet werden. Zugleich können diese Pilotfälle wie die offenen arbeitsorganisatorischen Konzepte im Sinne einer lernförderlichen Arbeitsstrukturierung fungieren. Daß dies alles durch eine Betriebsvereinbarung abgesichert werden soll, entspricht gewerkschaftlicher Tradition.

Mit seiner demokratischen Gestaltung von Arbeit und Technik hat der Betriebsrat dem technozentrischen CIM-Konzept (computer integrated manufacturing) des Unternehmens eine humane Gestaltung des Maschinen- und Werkzeugbaus entgegengesetzt. Es betrifft nicht allein die Anwendung der Technik, sondern diese selbst. Produktions-, Planungs- und Steuerungssysteme (PPS) sind ausschließlich für individuelle Arbeit geeignet. Allein schon die Größe des Bildschirms steht einer Arbeit in Gruppen mit ihm entgegen. Hier wurde ein gruppenfähiges Planungsinstrument gefordert, das zugleich auch zu den EDV-Systemen kompatibel ist.

Gleiches läßt sich für CNC-Programmier-Systeme sagen. Entsprechend der Vorschläge der Kommission soll die Programmerstellung Bestandteil der Gruppenarbeit sein, bei in der Regel individueller Ausführung. Hochkomplexe Teile jedoch sollen gegebenenfalls durch eine Gruppe, wenn auch vielleicht nur partiell, programmiert werden, wobei diese Gruppe beispielsweise aus einem NC-Programmierer, einem Konstrukteur und einem Zerspanungsfacharbeiter bestehen kann. Auch für diese Arbeitsweise müssen entsprechende Techniken und Steuerungssysteme entwickelt werden. Für andere Bereiche wurden ebenfalls derartige Vorschläge entwickelt, um die Gruppenarbeit nicht an technischen Bedingungen scheitern zu lassen.

Ihre Arbeiten im Bereich des Planens, Steuerns, Disponierens, Programmierens und auch z.T. des Qualifizierens sollen die Gruppen in einem eigens für sie eingerichteten Gruppenraum in der Werkstatt durchführen. Wir können ganz allgemein sagen, daß für solche Gruppenarbeiten bisher kaum eine Technik entwickelt wurde. Für diese Aufgabe, die Entwicklung von gruppenfähiger Technik, haben die Pilotfälle eine hervorragende Bedeutung.

Freilich werden derartige Entwicklungen u.U. nicht allein durch einen Betrieb initiiert werden können, es sei denn, daß staatliche Förderung, z.B. durch das Programm Humanisierung der Arbeit, unterstützend wirkt. Aber es kommt wesentlich darauf an, daß immer mehr Betriebsräte die Gestaltung von Arbeit und Technik zu ihrer Aufgabe machen. So kann mit dem Verbund vieler einzelner Projekte eine Zukunft humaner Arbeit eingeleitet werden.*

* Vgl. auch: Dunkhorst, Klever, Klitzke: Die Zukunft hat begonnen. Ansätze einer demokratischen Gestaltung von Arbeit und Technik, in: S. Bleicher, J. Stamm (Hrsg.): *Fabrik der Zukunft*, VSA, Hamburg 1988

Walter Riestler

Strukturwandel und Qualifizierung

Konzepte der IG Metall

Immer häufiger stehen Fragen der Qualifizierung und Weiterbildung im Zentrum der wirtschafts- und strukturpolitischen Diskussion. Scheinbar verbindet der gemeinsame Ruf nach ständiger Weiterbildung die Vertreter des Unternehmerlagers, Gewerkschafter und Wirtschaftspolitiker.

Betrachten wir die Weiterbildungspraxis in den Betrieben, so wird schnell deutlich, daß sich zwischen abstraktem Anspruch und Realität eine breite Kluft auftut. Systematische und vorausschauende Weiterqualifizierung in den Betrieben ist auch heute noch die absolute Ausnahme. Wenn es überhaupt Angebote gibt, dann für aktuelle Anpassungsqualifikationen. Entscheidungen über die Qualität der Maßnahmen sowie die jeweiligen Teilnehmer/innen werden häufig vom jeweiligen Management getroffen, ohne den Betriebsrat einzubeziehen. Weiterbildungsangebote richten sich vor allem an Höherqualifizierte und bewirken dadurch eine weitere Polarisierung zwischen gering und höher qualifizierten Beschäftigten.

Selbst dort, wo diese unbefriedigende betriebliche Praxis besteht, gibt es keinen tariflichen Rechtsanspruch. Nur in einigen Bundesländern kann hilfsweise auf den gesetzlichen Weiterbildungsanspruch zurückgegriffen werden.

Erstmals hat die IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden mit dem Verband der Metallindustrie in einem Flächentarifvertrag die systematische Weiterbildung auf zukünftige Anforderungen vereinbart, die sich aus technischen und organisatorischen Veränderungen ergeben. Ein Schritt, der Chancen eröffnet, Hoffnungen nährt.

Erstmals besteht somit die Chance, in einem Industriebereich mittel- und langfristig zu einem systematischen Qualifizierungsprozeß zu kommen. Denn in allen Betrieben ist nun jährlich von der Geschäftsleitung der Bedarf an Weiterbildung zu ermitteln. Vom Betriebsrat sind die Qualifikationsbedürfnisse der Beschäftigten zu erheben und einzubringen. Festgelegt wird der Qualifikationsbedarf dann in einem betrieblichen Weiterbildungsplan, auf dessen Grundlage die Beschäftigten während ihrer Arbeitszeit und bezahlt weiterqualifiziert werden.

Werden sie für höherwertige Tätigkeiten qualifiziert und übernehmen anschließend eine entsprechende Arbeit, erfolgt die Erhöhung der Lohn- oder Gehaltsgruppe; kann die höherwertige Tätigkeit nicht angeboten werden, erhalten die Beschäftigten einen Geldzuschlag.

Obwohl die Qualifizierungsinteressen der Beschäftigten im betrieblichen Weiterbildungsplan zu berücksichtigen sind, räumt der Tarifvertrag dem zukünftigen betrieblichen Bedarf Vorrang ein. Insofern ist die Vereinbarung sicher ein Kompromiß zu weitgehenden Forderungen, die bildungs- und tarifpolitisch von der IG Metall erhoben

werden. Aber mit diesem Schritt gelang ein erster wichtiger Einstieg in die tarifliche Sicherung der Weiterqualifizierung. Er eröffnet die Chance, Qualifizierungspolitik zu einem festen Bestandteil gewerkschaftlicher Betriebsarbeit zu machen. In welchem strategischen Zusammenhang steht nun diese Qualifizierungspolitik zu anderen Teilbereichen arbeitsplatzsichernder Wirtschafts- und Strukturpolitik der Gewerkschaften?

Falsch wäre der Eindruck, strukturelle Krisen sowie technologisch oder arbeitsorganisatorisch bedingte Veränderungen ließen sich mit dem Mittel der Anpassungsqualifikation beschäftigungssichernd ausgleichen. Die Vernichtung unprofitabler Arbeitsplätze, der Ersatz menschlicher Arbeit im Rahmen kapitalorientierter Rationalisierung entspricht gewinnwirtschaftlicher Zielsetzung. Andererseits bietet eine gewerkschaftliche Konzeption, die aktive Betriebspolitik mit übergreifenden tarifpolitischen Regelungen und wirtschaftspolitischen Forderungen verbindet, konkrete Handlungsalternativen, die auch optimal genutzt werden sollten.

Beispiele aktiver Betriebspolitik

Zwei konkrete Beispiele beschäftigungssichernder Alternativen gegen unternehmerische Konzepte des Arbeitsplatzabbaus sind Vereinbarungen, die mit Porsche in Stuttgart und Thomson-Brandt in Villingen kürzlich unterzeichnet wurden. Beiden Vereinbarungen gingen betriebliche Auseinandersetzungen und daran anschließend langwierige Verhandlungen voraus.

Thomson-Brandt kündigte für sein Werk EWD (Elektronik-Werke Deutschland, ehemalige SABA) in Villingen den Abbau von mehreren 100, Porsche in Stuttgart den Abbau von über 1000 Arbeitsplätzen an. In beiden Unternehmen sehen nun die getroffenen Vereinbarungen vor, ein Maßnahmenbündel zur Beschäftigungssicherung zu realisieren. Im Falle EWD (Thomson-Brandt) sieht das Angebot die Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses in dem Unternehmen EWD bei gleichzeitiger Beschäftigung in einer Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft vor, in der für zukünftige Tätigkeiten qualifiziert wird. Parallel dazu bemüht sich die Firma, neue Unternehmen in ihren bisherigen Fabrikationsstätten anzusiedeln.

Porsche bietet neben verschiedenen Modellen einer weiteren Arbeitszeitverkürzung die Freistellung für Qualifizierung auf anerkannte Ausbildungsabschlüsse an, und zwar bis zu einer Dauer von 24 Monaten. Für diese Weiterqualifizierung gewährt Porsche zusätzlich zu den Leistungen aus dem Arbeitsförderungsgesetz ein zinsloses Darlehen, das bei späterer Beschäftigung im Unternehmen nach drei Jahren getilgt ist. Beschäftigte an Arbeitsplätzen, die zukünftig entfallen sollen, bekommen, sofern sie ein alternatives Weiterbildungsangebot annehmen, Qualifizierungsmaßnahmen bis zu 24 Monaten finanziert; ihr bisheriger Verdienst bleibt aufrechterhalten.

Vereinbarungen dieser Art, so gut sie auch im Einzelfall sein mögen, werfen mehrere grundsätzliche Probleme auf. Dort, wo Weiterbildung bisher gar nicht, nach dem Zufallsprinzip oder nur willkürlich betrieben wurde, und somit die Beschäftigten weder Erfahrung mit, noch Nutzen aus Weiterbildung ziehen konnten, sind häufig erhebliche

Barrieren zu überwinden, selbst wenn die Qualifizierungsangebote in zugespitzten Situationen häufig als die bessere Alternative erscheinen.

Ein grundsätzliches Problem besteht auch darin, daß trotz massiven Drucks der Beschäftigten, der sicher nicht überall in gleicher Weise entfaltet werden kann, die finanziellen Voraussetzungen, die bei Thomson-Brandt und Porsche gegeben sind, häufig nicht unterstellt werden können, insbesondere nicht in wirtschaftlich stark angeschlagenen Unternehmen.

Ihre Grenzen erreichen alle Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen dort, wo im Ergebnis kapitalistischer Strukturkrisen Arbeitsplätze vernichtet werden, ohne zumindest im gleichen Umfang alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Betriebliche Lösungen, an den Beispielen Porsche und EWD aufgezeigt, bedürfen also dringend einer überbetrieblichen tariflichen Weiterqualifizierung, die nicht erst im Falle des akuten Arbeitsplatzverlustes einsetzt, sondern rechtzeitig systematisch und geplant, als permanente betriebliche Aufgabenstellung angegangen wird. Den Erhalt und den Ausbau der eigenen Qualifikation zur eigenen Sache zu machen, ist als Chance in der tariflichen Regelung in Nordwürttemberg/Nordbaden angelegt. Realisieren wird sich dies mit Sicherheit nicht automatisch, sondern nur durch gezielte gewerkschaftliche Anstrengungen für eine vorausschauende Qualifizierungspolitik.

Wirtschafts- und strukturpolitische Alternativen zur Beschäftigungspolitik

Betriebliche Aktivitäten und Maßnahmen der Weiterqualifizierung ersetzen aber nicht den dringend notwendigen Aufbau von Beschäftigungsalternativen gerade dort, wo bestehende Arbeitsplätze stark gefährdet sind.

Nachdem schon mehrere hunderttausend Arbeitsplätze in den ehemaligen Kernbereichen der Industrie, nämlich Kohle-, Stahl- und Werftindustrie, ohne entsprechenden Ersatz in Norddeutschland und in Nordrhein-Westfalen vernichtet wurden, bahnt sich eine Arbeitsplatzgefährdung in noch größerer Dimension in den scheinbaren Zukunftsbereichen Elektroindustrie, Fahrzeug- und Maschinenbau an. Späths Wirtschaftspolitik, völlig zu Unrecht als Strukturpolitik in den Medien hochgejubelt, beschränkt sich darauf, die Infrastruktur für die wirtschaftlich Mächtigsten noch weiter zu verbessern. Die Beispiele sind bekannt: 70 Millionen DM an den Daimler Benz-Konzern für den Aufbau eines neuen Automobilwerkes in Rastatt, mehrere Hundertmillionen DM zum Aufbau einer Universitätsstadt in Ulm — dort sollen 7000 Wissenschaftler unter der unternehmenspolitischen Zielvorstellung von Daimler Benz und IBM Grundlagenforschung betreiben.

Dringend notwendige wirtschaftspolitische Alternativen, die den absehbaren Beschäftigungseinbruch im Fahrzeugbau, in der Elektroindustrie und im Maschinenbau zumindest abschwächen, sind in Baden-Württemberg nicht ansatzweise zu erkennen. Es gilt daher, Produktionsmöglichkeiten durchzusetzen, die durch die Wirkung des Marktes verdrängt worden sind. Die Produktionsfelder für qualitatives Wachstum sind im Beschäftigungsprogramm des DGB aufgelistet.

Vor allem müssen — unterstützt durch eine zielgerichtete gewerkschaftliche Betriebsarbeit — längst überfällige Investitionen zur menschengerechten und umweltverträglichen Produktionsgestaltung erzwungen werden. Es gibt mehrere erfolgreiche Beispiele im IG Metall-Bezirk Stuttgart. Sie zeigen auf, daß Gewerkschaften über meist fruchtlose Appelle hinausgehen können. Dort, wo der betriebliche Arbeits- und Umweltschutz zum Gegenstand gewerkschaftlicher Betriebspolitik gemacht wurde, konnten zum Teil erhebliche Investitionen für bessere Arbeits- und Umweltbedingungen durchgesetzt werden.

Nur wenn sich diese Beispiele mehren und eine übergreifende systematische gewerkschaftliche Betriebspolitik zur Verbesserung der Arbeits- und Umweltbedingungen eingeleitet wird, bestehen auch realistische Chancen, über staatliche Auflagen zu einer veränderten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Marktnachfrage zu erzeugen.

Qualifizierungspolitik wird erst dann in einem strategischen Konzept greifen, wenn sie nicht mehr auf der bisherigen, meist unsystematischen, zum Teil willkürlichen Einzelentscheidung beruht, sondern durch einen tariflichen Anspruch auf geplante, vorausschauende und systematische Weiterbildung, mit der sich auch Qualifizierungsansprüche der Beschäftigten realisieren lassen, abgesichert ist. Dies muß verbunden sein mit einer gewerkschaftlichen Betriebsarbeit, die auf beschäftigungssichernde Alternativen zur bisherigen Produktion drängt, und damit die politischen Voraussetzungen schafft, auch gegen Widerstand alternative wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen durchzusetzen.

Erste konkrete Schritte zur Entwicklung einer solchen Politik zeichnen sich ab. Die Beispiele Porsche und EWD sowie tarifliche Regelungen zur Weiterqualifizierung sind Schritte in die richtige Richtung.

Heide M. Pfarr

Chancen und Gefahren für eine solidarische Tarifpolitik

Tarifpolitik und Arbeitsverhältnis — Kollektive Normsetzung und individuelle Gestaltungsfreiheit

Kollektive Normsetzung und individuelle Gestaltungsfreiheit bleiben in der öffentlichen Diskussion kaum ohne Emotionen weckende Verzerrungen. Das beginnt schon damit, daß diese Begriffe als Gegensätze ausgewiesen werden und den Gewerkschaften ein ideologischer Wahn nach Zwangskollektivierung unterstellt wird. Es kann für die Gewerkschaften gar keine Frage sein, ob sie Bestandteile individueller Gestaltungsfreiheit des Arbeitsverhältnisses in ihre Normpolitik aufnehmen wollen.

Die Individualisierung der Arbeitszeit wird, wie Befragungen ergeben haben, von den abhängig Beschäftigten positiv eingeschätzt, wenn auch nicht in gleichem Maße für sich selbst reklamiert, insbesondere dann nicht, wenn eine kürzere Arbeitszeit mit Einkommenseinbußen verbunden ist. Gleitzeitmodelle erfreuen sich großer Beliebtheit. Diese positive Bewertung ist von ganz erheblichem Gewicht. Sie macht deutlich, daß eine sich bloß negativ äuernde Gewerkschaftspolitik nicht verstanden, geschweige denn unterstützt wird. Den Flexibilisierungs- und Individualisierungskampagnen der Arbeitgeber kann mit Ablehnung allein kein Widerstand entgegengesetzt werden.

Die Gefahren der Individualisierung hingegen werden von den Beschäftigten nicht wahrgenommen, nicht erlebt. Dies beruht wohl gerade darauf, daß es in weiten Bereichen gelungen ist, die »Normalarbeitszeit« noch zu halten, jedenfalls für diejenigen, die als qualifizierte und männliche Beschäftigte auch den Kern der gewerkschaftlichen Organisation bilden. Noch erleben die Kollegen die negativen Folgen einer »Individualisierung« entsprechend den Vorstellungen der Arbeitgeber vor allem bei den Frauen und den übrigen Beschäftigten der Randbelegschaft. Und eingeübt in die ungute alte Tradition, Frauenprobleme nicht als auch eigene und gemeinsame Probleme zu sehen, ja die »Unnormalität« der weiblichen Erwerbstätigkeit als notwendige und angenehme Bedingung des männlichen Erwerbsmusters zu erleben, werden die Entwicklungen nicht weitergedacht, die späteren Auswirkungen auch auf die Männer nicht vorhergesehen.

Der so ermöglichte klammheimliche Erfolg arbeitgeberorientierter Flexibilisierung der Arbeitszeit von den Rändern her hat notwendige Auswirkungen auf die Fähigkeit der Interessenvertretungen der abhängig Beschäftigten, den freien Fall aller in den freien, d.h. sozial nicht mehr abgesicherten Arbeitsvertrag zu bremsen oder umzukehren. Vor allem fünf Gefährdungsbereiche zeichnen sich ab:

a) Es wird Personen geben, die »individuell« erheblich längere Arbeitszeiten als die tariflichen haben werden, Einkommen und Prestige werden damit verbunden. Anderen wiederum werden Arbeitsverträge, die eine eigenständige Existenzsicherung bedeuten, ganz oder teilweise, auf Zeit oder dauerhaft verweigert werden. Wie sich die Gruppen zusammensetzen werden, ist schon heute klar: in der ersteren werden Männer auf qualifizierten Arbeitsplätzen dominieren, in der zweiten Frauen, Ausländer, Leistungsgeminderte, vielleicht auch Jugendliche. Bestimmten Gruppen, z.B. verheirateten Frauen, könnte gar das Recht auf einen vollen Arbeitsplatz abgesprochen werden.

b) Die Interessen der vielen ungleich Gemachten, der Beschäftigten mit den je unterschiedlichen Verträgen, die auch nicht alle oder auch nur überwiegend als »Arbeitsverträge« bezeichnet werden, können nicht mehr gebündelt und in eine Rangfolge gebracht werden. Die abhängig Beschäftigten müssen eine hohe Abstraktionsstufe erklimmen, um sich als Gleiche zu erkennen, eine Erkenntnis, die notwendige Voraussetzung von Solidarität ist.

c) Ungleiche Arbeitszeiten haben ungleiche Anwesenheitszeiten im Betrieb zur Folge und werden vom Arbeitgeber so geschnitten, daß maximal arbeitsintensiv gearbeitet werden kann und muß; beides schmälert oder beseitigt die Möglichkeit zwi-

schenmenschlicher Kommunikation in der Erwerbsarbeit; auch diese Voraussetzung von Solidarität verschwindet.

d) Gewerkschaftspolitik und Tarifpolitik haben keinen vermittelbaren Rahmen mehr. Der »Ecklohn« wird gänzlich aussagelos, denn nur in Verbindung mit einer Normalarbeitszeit gibt er Auskunft über das Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten. Ist die vertragliche Arbeitszeit variabel und je unterschiedlich, bleiben Ausgangspunkt und Ziel einer Lohnpolitik verschwommen. Ob die Arbeitseinkommen zur Existenzsicherung der Beschäftigten eines Tarifbereiches noch ausreichen, bleibt unbekannt und liegt ganz in den Händen der Arbeitgeber, die die Arbeitszeiten zubilligen.

e) An einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit haben dann vor allem diejenigen ein Interesse, die über soziale Macht nicht oder nicht in ausreichendem Maße verfügen: diejenigen, die einen Erwerbsarbeitsplatz deshalb nicht bekommen, weil viele zu viel und ungebremst arbeitsintensiv arbeiten.

Was die Dauer der Arbeitszeit angeht, kann es deshalb zum Schutze der abhängig Beschäftigten nur eine Tarifpolitik der Gewerkschaften geben, die auf eine Arbeitszeitnorm zielt. Das heißt: kollektive Normsetzung, nicht deren Ersatz durch individuelle Gestaltungsfreiheit.

Das heißt aber keineswegs, daß die Gewerkschaften sich nunmehr beruhigt zurücklehnen können, da sie ja gleiche Arbeitszeiten schon immer vereinbart haben. Das trifft nicht uneingeschränkt zu, heute noch weniger als früher: Die Arbeitszeitnormierung hat Mehrarbeit, Kurzarbeit, die Zunahme von Schicht- und Wochenendarbeit und schließlich unterschiedliche, »flexibilisierte« Arbeitszeiten nicht verhindert.

Hier haben die Gewerkschaften dadurch, daß sie sich auf finanzielle Ausgleichs beschränkt haben, die Bedürfnisse der von ihnen Vertretenen sowohl einseitig mitgeprägt als auch nicht weitblickend vertreten. Gegenüber anderen Beschäftigtengruppen haben sie sich gar in einer Weise verhalten, die die Gewerkschaftsferne dieser Gruppen nicht nur zur Voraussetzung, sondern heute vor allem zur Folge hat und haben muß.

Die tarifliche Arbeitszeitnormierung nahm hin, daß eine ganze Personengruppe zwischen unvereinbaren, nämlich von ihnen nicht zu steuernden Anforderungen an Zeit zerrieben wurden: die Frauen, die auf gleichermaßen rigide Anforderungen in der Familie wie in der tariflich geformten Arbeitswelt stießen. Dabei hat die tarifliche Arbeitszeitnormierung Beschäftigungsverhältnisse unterhalb der Normalarbeitszeit nicht etwa verhindert, sondern nur deren Benachteiligung hingenommen bzw. selbst tarifvertraglich abgeseget.

Eine Fortsetzung dieser Politik kann nicht mehr ernsthaft zur Debatte stehen. Die rapide Zunahme von Arbeitszeitgestaltungen, die immer ungebremster allein den Interessen der Unternehmer entsprechen, macht ein Handeln der Gewerkschaften unerläßlich. Die zutreffende Erkenntnis, wie schädlich Teilzeitarbeit im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung für alle wirkt und die Forderungen nach Verbesserungen der sozialen Infrastruktur politisch leerlaufen läßt, rechtfertigt endgültig nicht länger die Geiselnahme der Frauen mit Familienpflichten: seit Jahren ist bekannt, daß zur Befreiung dieser Geiseln kein Mann etwas hergibt. Schließlich ist auch die Gewerkschaftsverdrossenheit derjenigen, die sich und ihre Bedürfnisse zur Gestaltung des

eigenen Lebens weder vom Arbeitgeber noch in den Gewerkschaftspolitiken berücksichtigt sehen, nicht angeboren, sondern wird durch die Regelmuster in Tarifverträgen miterzeugt.

Es besteht damit ein Defizit sowohl an Normierung der Arbeitszeitdauer wie an geschützten Freiräumen, die den Beschäftigten ihren Bedürfnissen entsprechende individuelle Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitszeit eröffnen. Dabei scheint es auf den ersten Blick ausgeschlossen, beide Defizite gleichzeitig und gleichermaßen auszugleichen, wenn sie doch füreinander ursächlich sein könnten. Doch genau das trifft nicht zu.

Freiräume in einer Arbeitszeitnormierung sollten nicht etwa dadurch ermöglicht werden, daß im Tarifvertrag eine »Bandbreite von Arbeitszeiten anstelle einer Höchst-arbeitszeit« zur Auswahl gestellt wird. Denn hier ist gerade nicht gesichert, daß sich die Wünsche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an ihre Arbeitszeit durchsetzen. Sondern wie heute bei der Teilzeitarbeit und ihren immer belastenderen Formen werden die betrieblichen Interessen des Arbeitgebers bestimmend sein, der nur eine diesen Interessen entsprechende Auswahlentscheidung von Arbeitsuchenden annimmt. Die Funktion des Tarifvertrages, Rechtsansprüche der abhängig Beschäftigten zu sichern und über die Bestimmung der Dauer der Arbeitszeit auch das Einkommen zu garantieren, wäre damit im Prinzip zerstört.

Freiräume für individuelle Arbeitszeitbedürfnisse können geschaffen werden, indem für die Arbeitszeitdauer tariflich grundsätzlich und für alle nur eine einzige angeboten wird, die gleichzeitig sowohl vertragliche Mindest- wie Höchst-arbeitszeit ist. Das klingt paradox, ist es aber nicht.

Der Tarifvertrag sieht z.B. vor: »Die vertragliche Arbeitszeit für alle Beschäftigten, die unter diesen Tarifvertrag fallen, beträgt 35 Stunden.« Längere Arbeitszeiten werden an anderer Stelle des Tarifvertrages als Ausnahme unter den Voraussetzungen einzuschränkender Mehrarbeit geregelt. Eine kürzere Dauer der Arbeitszeit kann nur dadurch bewirkt werden, daß Beschäftigte eine Freistellung von der vertraglich geschuldeten Arbeitsleistung verlangen.

Geregelt werden muß nur das Verfahren des Übergangs von einer vollen Arbeit in die teilweise oder ganze Freistellung von der Arbeitsleistung und die — nachrangig! — Berücksichtigung betrieblicher Belange sowie die Reihung von Freistellungs- oder Rückkehrwünschen, die nicht alle gleichzeitig erfüllt werden können.

- Diejenigen Beschäftigten haben einen unbedingten Anspruch darauf, ganz oder teilweise von der Arbeitsleistung freigestellt zu werden, die gesetzliche und/oder tarifliche Erziehungszeiten oder Pflegezeiten in Anspruch nehmen.
- Betriebliche Interessen an Zeitpunkt und Dauer, die Interessen anderer Beschäftigter daran und an der Reihenfolge dürfen und müssen berücksichtigt werden bei der Freistellung zu politischen und gewerkschaftlichen Zwecken, bei Alter und Leistungsminderung, zu Zwecken einer nicht für den Betrieb verwertbaren Fort- und Weiterqualifikation (die betrieblich nutzbare ist bezahlte Arbeitszeit) und zur Verwirklichung individueller Lebensentwürfe.

Die Freistellungen von der Arbeitsleistung sind grundsätzlich auf höchstens drei Jahre zu befristen, können aber verkürzt oder nach Ablauf der Frist erneut vereinbart werden. Ankündigungszeiten sind einzuhalten. Im Streitfall entscheidet die für diese Zwecke eingerichtete betriebliche oder überbetriebliche Tarifkommission.

Zu diskutieren bleibt, ob es eine Obergrenze für das Ausmaß der Freistellung geben sollte. Gewerkschaften nennen gerne, wenn überhaupt, als Mindestarbeitszeit die Hälfte der tariflichen, oft 20 Stunden; bei näherer Betrachtung aber nehmen sie dann regelmäßig aus der Geltung des Tarifvertrages die gringfügig Beschäftigten ganz heraus. Das ist eine Politik zu Lasten der besonders Schutzbedürftigen, wohl damit begründet, daß es eben doch Tätigkeiten gibt oder geben kann, die nicht mehr als zehn Stunden dauern. Aber vielleicht bedarf es keiner Obergrenze für die Freistellungen dann, wenn in demselben Tarifvertrag den Beschäftigten, die nicht gänzlich freigestellt sind, ein Mindesteinkommen zugesichert wird, das oberhalb jener Grenze für die geringfügige Beschäftigung liegt.

Diese Form der tariflichen Arbeitszeitnormierung könnte absichern, daß für geringere Arbeitszeiten als die Normalzeit nur die Bedürfnisse der Beschäftigten ursächlich sein können. Zwar kann der Arbeitgeber bereits mit Abschluß des Arbeitsvertrages eine Freistellung von der Arbeitsleistung vereinbaren; entsprach sie aber nicht oder entspricht sie nicht mehr den Bedürfnissen der Beschäftigten, hat diese Arbeitsleistung einen tarifvertraglich gesicherten Anspruch auf die Normarbeitszeit spätestens mit Ablauf der Freistellungsfrist. Tarifbestandteil könnte auch sein, unter welchen Voraussetzungen und wie finanziert die Freistellung bei ganzer oder teilweiser Entgeltfortzahlung erfolgt.

Selbstverständlich sind diese Regelungen durch ein Verbot bzw. die Einschränkung der Befristung von Arbeitsverträgen zu ergänzen. Befristungen ohne zwingenden Grund aus der Arbeitsaufgabe heraus würden die Rückkehrmöglichkeiten zur Normarbeitszeit leerlaufen lassen.

Die Freistellungsmöglichkeiten von der vertraglichen bzw. tariflichen Normarbeitszeit sollen nicht etwa die allgemeine Arbeitszeitverkürzung ersetzen — im Gegenteil. Die größten individuellen Gestaltungsmöglichkeiten für das eigene Leben haben Menschen, die über einen möglichst großen Zeitraum verfügen, der »frei« ist. Darüber hinaus werden Freistellungen für viele Anforderungen, z. B. bei Familienpflichten, erst im Zusammenhang mit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung effektiv. Die Höchstarbeitszeit muß sogar in einem stärkeren Maße sinken als es bisher formuliertes Tarifziel der Gewerkschaften ist: auf 30 Stunden, eine Forderung, die schon beschäftigungspolitisch unerlässlich ist.

Die Risiken für eine Individualisierung der Lage und Verteilung der Arbeitszeit halte ich nicht für gleichermaßen groß wie die für die Dauer der Arbeitszeit. Dennoch ist es verfehlt, Lage und Verteilung der Arbeitszeit gänzlich freizugeben und tariflich ungeregelt zu lassen. Gegen eine beliebige Flexibilisierung sprechen vor allem folgende fünf Gründe:

1) Die Solidarität derjenigen, die eine Erwerbsarbeit haben, mit denen, die arbeitslos sind, darf nicht um zudem kurzfristig formulierter Interessen willen auf-

gegeben werden. Beschäftigungspolitisch hat eine täglich wirksame Arbeitszeitverkürzung gegenüber freien Tagen oder längeren Freizeitblöcken die größte Wirkung und muß deshalb verbindlichen Vorrang haben.

2) Bei bestimmten Arbeitszeiten besteht die Gefahr, daß ganze Gruppen von der Aufnahme einer Beschäftigung ausgeschlossen werden, weil sie typischerweise diese zeitlichen Anforderungen nicht erfüllen können — das sind, bei sehr kurzen täglichen Arbeitszeiten z.B. Pendler, bei langen Arbeitstagen z.B. Mütter.

3) Bei gänzlich unnormierter Arbeitszeit sind ein beherrschender Einfluß kapazitätsorientierter Überlegungen und damit Arbeitsintensivierung wahrscheinlich, die vorrangig oder allein im Unternehmensinteresse liegen.

4) Arbeitsintensivierte, unternehmensorientierte flexible Arbeitszeiten bedeuten zugleich, daß der Zugriff des Arbeitgebers auf die abhängig Beschäftigten erweitert wird, selbst wenn die Arbeitszeitdauer insgesamt verkürzt würde. Ohne feste Zeitstruktur, in Schichtarbeit, ohne Tabuzonen vor allem nachts und am Wochenende, verkauft der Arbeitnehmer wieder eigentlich sich selbst, nicht mehr begrenzt nur seine Arbeitskraft.

5) Flexibilisierungen können schließlich die Kommunikationszusammenhänge zwischen den abhängig Beschäftigten und damit die Grundlage ihrer Solidarität bedrohen und es ihren Organisationen erschweren, soziale Gestaltungsmacht zu behalten.

Der Tarifvertrag mußte deshalb bestimmte Modelle für die Lage und Verteilung der Arbeitszeit zur Verfügung stellen und verbindliche Eckdaten formulieren:

a) Bei einer Arbeitszeit von 30 oder bis zu 35 Stunden muß die Arbeit in höchstens acht Stunden am Tag an mindestens vier und höchstens fünf Werktagen erbracht werden. Der Ausgleichszeitraum beträgt sechs Monate.

b) Die Lage und Verteilung im einzelnen wird — unter Berücksichtigung betrieblicher Interessen und immer dem Zustimmungsrecht des Betriebsrats unterworfen — durch die denkbar kleinste betriebliche Einheit festgelegt. Das kann bei Arbeitsaufgaben, die unabhängig von anderen erbracht werden können, eine einzige Person sein, bei großen betrieblichen Arbeitszusammenhängen können auch sehr viele Personen beteiligt sein.

c) Die Arbeitszeit muß persönliche Bedürfniszeiten sowie Erholungs- und Verfügungszeiten umfassen. Diese freien Zeiten im Arbeitsprozeß, von den Gewerkschaften erkämpft, hatten schon immer zwei Wirkungen: sie sollen die Gesundheit der Beschäftigten erhalten und ein menschliches Miteinander im Betrieb ermöglichen. Je mehr aber die körperlich spürbaren Belastungen der Arbeit durch den Einsatz neuer Techniken zurückgehen, um so bedeutsamer ist jener zweite Aspekt von Pausen und freien Zeiten. Sie müssen daher als kollektive und für alle zur selben Zeit liegende geregelt werden, damit betriebliche Kommunikationszusammenhänge entstehen können.

Klaus Lang

Das »Wie« und »Was« der Produktion beeinflussen

Neue Begründungen und Inhalte gewerkschaftlicher Tarifpolitik

1.

Tarifpolitik für die Zukunft muß heute weiterentwickelt werden im Horizont der »Fabrik 2000«. Bei allen noch offenen Diskussionen um die Produktionskonzepte der Zukunft scheint soviel festzustehen:

- Höherer Automatisierungsgrad und weniger Menschen;
- flexible Konzepte der Technik und des menschlichen Arbeitseinsatzes;
- neue Produktionskonzepte, die weniger arbeitsteilige Formen der Arbeit ermöglichen, aber nicht erzwingen;
- höhere Anforderungen an die Qualifikation, die weiterhin im Sinne verstärkter Segmentierung und Polarisierung wirken, aber auch zur Anhebung des Qualifikationsniveaus aller Beschäftigten genutzt werden können;
- neue Formen der Arbeitsorganisation, die die Chancen zu mehr Selbstbestimmung und demokratischer Arbeitspolitik bieten, aber auch neue Gefahren ausbeuterischer Selbstregulierung beinhalten;
- eine andere Arbeitnehmerstruktur und ein verändertes Arbeitnehmerbewußtsein, das auf Qualifikation, Beteiligung und Gestaltungsmöglichkeiten zielt, sich aber auch in verschärfter Konkurrenz, ausgeprägter Ichbezogenheit und fehlender Solidarität ausdrücken kann.

Entschieden ist die Gestalt der Fabrik 2000 und die Lage der in ihr arbeitenden Menschen noch keineswegs. Entschieden wird dies auch nicht allein und in erster Linie am Reißbrett oder, besser gesagt, am CAD-System von Technikern und Ingenieuren, von Betriebswirten und Juristen, sondern in sozialen Auseinandersetzungen. Um Ziele und Forderungen dafür geht es bei der Formulierung und Durchsetzung gewerkschaftlicher Tarifpolitik in der Metallwirtschaft.

2.

In all diesen modernen Konzepten und neuen Gestaltungsmöglichkeiten bleibt es aber auch bei den alten Konflikten. Es geht nach wie vor

- um Geld, d.h. um die Aufteilung des erarbeiteten und erwirtschafteten Ertrages;
- um Zeit, d.h. um den Zugriff des Kapitals auf die Lebenszeit der Menschen oder die Begrenzung dieser Verfügbarkeit nach Dauer und Intensität;
- um die Entfaltungsmöglichkeiten lebendiger Arbeit oder um ihre Eingrenzung und Kontrolle im Produktionsprozeß und schließlich
- um den Bestand lebendiger Arbeit, d.h. den Bestand von Arbeitsplätzen oder deren Verdrängung und Vernichtung.

Die tarifpolitischen Forderungskonzepte und Inhalte können für die Zukunft weder bruchlose Fortschreibung der Vergangenheit noch totaler Neuanfang sein.

3.

Tarifliche Einkommenspolitik zielt auch in Zukunft auf Erhöhung der Entgelte. Es bleibt unsere Aufgabe, den Anteil der abhängig Beschäftigten am Volkseinkommen und die Realeinkommen der einzelnen zu erhöhen. Aktive Tarifpolitik heißt nicht, einen z.B. durch angebliche ökonomische Sachzwänge, Kapitalinteressen oder staatliche Vorgaben definierten Verteilungsspielraum zu akzeptieren, sondern eine Umverteilung zu Gunsten der Arbeit und zu Ungunsten des Kapitals zu erreichen.

Dafür sprechen soziale Erfordernisse und wirtschaftliche Vernunft. Die Steigerung privater und öffentlicher Nachfrage und Massenkaufkraft bleibt eine Voraussetzung einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung. Mehr denn je spielt die Frage auch der tariflichen Einkommensstruktur eine Rolle.

Wir müssen an die Tradition einer solidarischen Einkommenspolitik anknüpfen und versuchen, Sockel- und Mindestbeträge für die Beschäftigten in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durchzusetzen. Der niedrigste tarifliche Monatslohn liegt jetzt bei ca. DM 1 740, das unterste Monatsgehalt bei knapp DM 1 100 brutto! Die höchsten tariflich geregelten Monatslöhne enden bei knapp DM 3000, die Monatsgehälter bei DM 5000 für die Metallverarbeitung. Auch die politisch-moralische Berechtigung verbesserter Arbeitseinkommen kann nicht in Frage stehen!

4.

Tarifliche Einkommenspolitik zielt auch auf die Veränderung der Entgeltstrukturen. Darum hat Einkommenspolitik immer eine qualitative Komponente: Fragen der Differenzierung und Begründung der tariflichen Eingruppierungssysteme, Möglichkeiten der Höhergruppierung und des Schutzes vor Abgruppierung sind hier zu nennen. In diesem Zusammenhang fordert die IG Metall seit gut einem Jahrzehnt neue Systeme der Entgeltbegründung und der Entgeltdifferenzierung. — Dabei geht es darum,

- gemeinsame Eingruppierungssysteme für alle Beschäftigten — Arbeiter und Angestellte — zu verwirklichen,
- die Durchlässigkeit nach oben, d.h. die Möglichkeiten der Höhergruppierung
- sowie den Schutz gegen Abgruppierung zu verbessern.

Wenn es stimmt, daß Automatisierung und Rationalisierung der Produktion das Qualifikationsniveau erhöhen und die Qualifikationsunterschiede verringern, ist der stärkere Qualifikationsbezug auch der sinnvolle Ansatz einer in der Tendenz egalisierenden und auf Höherqualifikation zielenden Entgeltpolitik. — Von daher sind zunächst zwei Punkte entscheidend:

- a) Der Einfluß der Beschäftigten und der Betriebsräte auf die Qualifikation, den Qualifikationsprozeß sowie die Qualifikationsplanung und
- b) ihr Einfluß auf die Arbeitsinhalte, auf die Gestaltung der Arbeitssysteme und den Grad der Arbeitsteilung.

Dieses erfordert als *drittes* Element einen tarifvertraglichen Anspruch auf *Weiterbildung während der Arbeitszeit* im Rahmen paritätisch beratener und beschlossener Personal- und Qualifikationspläne mit einem Anspruch auf Höhergruppierung und entsprechender Bezahlung. Dazu gehört *viertens* der Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsorganisation und die Arbeitsinhalte, die qualifikationsfördernd sein müssen.

Dies ist in der Tat ein Forderungskonzept, das den arbeitsorganisatorischen und produktionstechnischen Änderungen, die heute so oft als Trend in Richtung neuer Produktionskonzepte, auf die »Requalifikation« der Arbeit, auf verringerte Arbeitsteilung und Qualifikationsoffensive beschrieben werden, Rechnung trägt.

5.

Das zweite Kernstück der Neugestaltung klassischer tarifpolitischer Handlungsfelder bezieht sich auf die Neuregelung der Arbeits- und Leistungsbedingungen einschließlich humaner Arbeitsgestaltung. Das wird einerseits erforderlich auf Grund wachsender Ansprüche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Verbesserung der Qualität ihrer Arbeit und zur mitbestimmten Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen. Dies wird andererseits notwendig u.a.

- auf Grund der umfassenden datentechnischen Durchdringung des Gesamtprozesses der Produktion;
- durch neue Organisationsformen der Leistungsabforderung und der Leistungskontrolle in allen Bereichen des Betriebes;
- durch den steigenden Anteil von Prozeßzeiten bei automatisch gesteuerten Produktionsprozessen;
- auf Grund der Möglichkeit zur umfassenden Leistungs- und Verhaltenskontrolle mit Hilfe EDV-gestützter Systeme.

Bis heute fehlen weitgehend *tarifvertraglich* festgelegte Gestaltungsansprüche und *direkte* Mitbestimmungsrechte im Hinblick auf Arbeitsinhalte, Arbeitsorganisation und die Technikgestaltung. Bis heute können allerdings für die große Zahl der *gewerblichen* Arbeitnehmer, nämlich für die Akkordarbeiter bzw. die Leistungslöhner, auf dem Weg der Mitbestimmung über das Lohn-Leistungsverhältnis und alle damit zusammenhängenden Gegebenheiten die Arbeits- und Leistungsbedingungen beeinflußt werden. Diesen Gestaltungsspielraum gilt es zu nutzen und möglichst auszuweiten, z.B. im Zusammenhang mit der Einführung des Systems vorbestimmter Zeiten zur Kalkulation, Arbeitsgestaltung und Vorgabezeitermittlung, aber auch im Zusammenhang mit der Einführung von Betriebsdatenerfassung und Produktionsplanungs- und Steuerungssystemen.

Durch die produktionstechnische Entwicklung verringern sich die durch den Menschen direkt beeinflussbaren Zeiten. Vollautomatisch ablaufende Arbeitsprozesse bei computergesteuerten Maschinen bestimmen die Bearbeitungszeiten in der Fertigung. Über Produktionsplanungs- und Steuerungssysteme wird das Produktionssoll und das Tempo des Produktionsprozesses bestimmt. Die Grundlage der traditionellen Leistungsentlohnung, nämlich die individuell beeinflussbare Mengenleistung pro Stunde oder pro Schicht, wird dadurch verändert. Die Arbeitgeber nehmen dies zum Anlaß,

die Mitbestimmungsrechte im Leistungslohn als Instrument gestalterischer Einflußnahme auf die Arbeits- und Leistungsbedingungen in Frage zu stellen.

Hinzu kommt, daß in den wachsenden Angestelltenbereichen die Einflußnahme auf die Arbeitsbedingungen und die Vielfalt der direkten oder indirekten Leistungsvorgaben über die Ausgestaltung des Entlohnungsgrundsatzes bis heute nicht bzw. nicht befriedigend durchgesetzt werden konnte. Auch hier bestätigt die arbeitsorganisatorische und produktionstechnische Entwicklung im Grunde genommen die etwa ein Jahrzehnt alten gewerkschaftlichen Forderungen: Statt Lohnanreiz Leistungskompromiß, also Prämien- statt Akkordlohn, könnte hier verkürzt die Zielsetzung genannt werden.

Wir wollen die Arbeits- und Leistungsbedingungen für *alle Arbeitnehmer* human und zumutbar gestalten:

- durch die mitbestimmte Festlegung eines Mengen- oder eines Qualitätspensums, das der/die Arbeitnehmer/in bzw. eine Arbeitsgruppe zu erbringen hat,
- durch die Festlegung der Zahl der Beschäftigten, die in einer Anlage, einem Arbeitssystem oder in einer Abteilung zur Erfüllung einer bestimmten Dienstleistung beschäftigt sind, und zwar jeweils unter Einschluß sämtlicher Bedingungen, unter denen gearbeitet werden muß.

Dies erfordert erweiterte Mitbestimmungsrechte der Interessenvertretung im Betrieb und verbesserte Reklamationsrechte der einzelnen Beschäftigten. Mit diesem Konzept wird sowohl dem Prozeß der Emanzipation in der Arbeit als auch der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung von technischer und arbeitsorganisatorischer Modernisierung innerhalb der Betriebe und zwischen den Betrieben Rechnung getragen. In einem solchen Konzept würden die tariflichen Verfahrensnormen gegenüber konkret festgelegten inhaltlichen Gestaltungszielen an Gewicht gewinnen.

6.

Das quantitative Beschäftigungsproblem, d.h. der Rückgang des benötigten Volumens an menschlicher Arbeit, ist damit allerdings noch nicht gelöst. Selbst wenn diese arbeitnehmerorientierten und demokratischen Gestaltungsziele für Technik und Arbeitsorganisation (z.B. mit Qualifikations- und Beteiligungszeiten) durchgesetzt werden könnten, wird dadurch das Produktivitätsniveau nicht geringer und der Produktionsanstieg nicht langsamer, eher im Gegenteil. Die Frage nach der Zahl der Arbeitsplätze bleibt damit nicht nur bestehen, sondern wird sich sowohl aus konjunkturellen als auch aus strukturellen Gründen — blickt man z.B. auf die Automobilindustrie — verschärfen.

Von daher bleibt die Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohnausgleich — auch über die 35-Stunden-Woche hinaus — auf der Tagesordnung. Zu fragen ist, welche Form der Arbeitszeitverkürzung in den neunziger Jahren Vorrang erhalten soll:

- entweder weiterhin die generelle Arbeitszeitverkürzung, z.B. die 30-Stunden-Woche und der 6-Stunden-Tag
- oder die gruppenspezifische Arbeitszeitverkürzung, z.B. ab bestimmten Altersgruppen und zur Ermöglichung familienfreundlicher Lebensbedingungen, als Einstieg in weitere generelle Arbeitszeitverkürzung.

Gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik wird aber mehr denn je nicht nur eine Politik der Verkürzung, sondern auch eine Politik der *Gestaltung der Arbeitszeit* sein müssen. Das bezieht sich zum einen auf die *äußere Gestaltung*, nämlich die Lage der Verteilung der Arbeitszeit. Hier werden wir unser Konzept von flexiblen Wahlmöglichkeiten im Rahmen sozialer Eckpunkte weiterentwickeln müssen. Hier stellt sich aber auch die Frage »kompensatorischer Forderungskonzepte«. Dies muß sich auch auf die *innere Gestaltung* der Arbeitszeit beziehen (Qualifikationszeit und Beteiligungszeit). Diese innere Gestaltung ist wichtig, hat aber mit *Verkürzung* der Arbeitszeit nichts zu tun.

Wir müssen deshalb auf diesen Punkt so genau achten, weil die Arbeitgeber versuchen, die Arbeitszeit auf die Tätigkeitszeit an Maschinen und Anlagen zu reduzieren und sich dann großzügig bereit erklären, darüber hinausgehende »Anwesenheitszeiten« teilweise zu bezahlen, aber nicht als Arbeitszeit rechnen zu lassen! Zum Beispiel 35-Stunden-Woche bei 45-stündiger Anwesenheit!

Dieser Punkt ist auch aus einem zweiten Grunde wichtig. Wir haben es auch mit dem Versuch zu tun, durch Tarifverträge den Zugriff auf die Lebenszeit der Menschen außerhalb der geschuldeten Arbeitszeit durchzusetzen. Dies geschieht z.B. dann, wenn man Tarifverträge über Qualifikationszeit außerhalb der Arbeitszeit und als angebliche Alternative zur Arbeitszeitverkürzung abschließen will. Beide Tendenzen kommen im Ende auf dasselbe hinaus: Es wäre die Ausweitung des tarifvertraglichen Zugriffs auf die Lebenszeit der Menschen.

7.

Schließlich bleibt die Frage, welche neuen Themenfelder wir in die gewerkschaftliche Tarifpolitik einbringen sollten.

Ich nenne hier als *erstes* das Problem der *tariflichen Regelung ungesicherter Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse*. Die Sicherung des Normalarbeitsverhältnisses auf der Grundlage einer Normalarbeitszeit mit entsprechenden Einkommen muß für uns im Vordergrund stehen. Tatsache ist aber, daß die Zahl der ungesicherten und prekären Arbeitsverhältnisse weiter zunimmt. Wie ist in dieser Situation zu handeln? Für die Sicherung der Teilzeitarbeit haben wir tarifvertragliche Forderungen und Eckpunkte formuliert. Wie sieht es z.B. bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen, bei Arbeitnehmerüberlassung, bei Leiharbeit, bei Werkverträgen, bei dem Trend zu neuer Selbständigkeit aus? Unterstützen wir mit *tariflichen Regelungen* den Weg zur »Risikogesellschaft« oder nehmen wir die tariflich unabdingbare Schutzfunktion in der Risikogesellschaft wahr? Können und müssen wir in Zukunft auf der Grundlage des § 12 a Tarifvertragsgesetz versuchen, diese arbeitnehmerähnlichen Verhältnisse in den Geltungsbe- reich unserer Tarifverträge einzuziehen?

8.

Ich nenne als *zweites* die Frage der Frauenförderung über das Problem betrieblicher Höhergruppierungsaktionen und tariflicher Neugestaltung der Entgeltstrukturen hinaus. Mögliche Ziele wären, die tarifvertragliche Verpflichtung,

- in allen Betrieben Frauenförderpläne in paritätischer Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat aufzustellen und *jährlich* mit konkreten Zielen der Frauenförderung fortzuschreiben;
- Frauenförderbeauftragte im Einvernehmen mit dem Betriebsrat zu benennen;
- die Vorlage eines jährlichen Berichts zur Frauenförderung.

Weiter muß überlegt werden, ob eine tarifliche Regelung etwa dergestalt sinnvoll wäre, daß nach einem Zeitpunkt, der betrieblich zu vereinbaren wäre, der Anteil der Frauen in keiner Lohn- und Gehaltsgruppe den durchschnittlichen Anteil der Frauen im Betrieb um x-Prozent unterschreiten darf. Das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes verpflichtet auch die Tarifvertragsparteien zum Handeln. Die Gewerkschaften dürfen sich dieser Verpflichtung nicht entziehen.

9.

Ich verweise zum *dritten* auf das *Problem des Umweltschutzes* als tariflichen Regelungsgegenstand. Neue Untersuchungen, z.B. von Kern/ Schumann und von Hildebrandt gehen davon aus, daß die Frage der Ökologie einen immer zentraleren Stellenwert im Bewußtsein der Beschäftigten, vor allem auch der heutigen Angestellten einnimmt. Liegt hier ebenfalls ein Feld von neuen Ansprüchen für gewerkschaftliche Tarifpolitik oder ist hier auf Umweltschutz- und Umweltschutzgestaltungsaufgaben durch allgemein geltende Gesetze zu verweisen? Mögliche Regelungsgegenstände wären:

- Zum einen ein verbesserter Gesundheitsschutz, wie er etwa schon im Entwurf eines Lohnrahmentarifvertrages Süd formuliert, aber bis heute nicht verwirklicht ist.
- Ein zweiter Ansatz wäre so etwas wie ein »Interner Umweltschutz«, der über den unmittelbaren Gesundheitsschutz hinausgeht und sich im Grunde genommen auf alle umweltgefährdenden Auswirkungen von Produktionsprozessen und Produkten bezieht.
- Ein dritter Ansatz könnte hier in einem tariflich gesicherten Reklamations- und Leistungsverweigerungs- sowie einem Informationsrecht gegenüber Dritten bei allen vermuteten Gefährdungen und erkannten Verstößen sowohl gegen interne als auch gegen externe Umweltauflagen sein.

10.

Ein *letzter* Diskussionsansatz bezieht sich dann schließlich auf die Frage *umweltfreundlicher Produkte und umweltfreundlicher Produktgestaltung*. Hier geht es um das Stichwort einer gewerkschaftlichen Produktionspolitik, das im Zusammenhang auch mit Beschäftigungssicherung, Beschäftigungsplänen und Beschäftigungsgesellschaften besonders aktuell wird. Tarifliche Regelungen könnten hier gesicherte Rechte der Betriebsräte schaffen:

- auf die Einrichtung von Arbeitskreisen alternativer Produktion,
- die Initiativen zu Verhandlungen über Beschäftigungspläne und auch Beschäftigungsgesellschaften frühzeitig zu ergreifen, wobei der Arbeitgeber verpflichtet wäre, sich darauf einzulassen.

11.

All die zuletzt genannten Themen sind grundlegend wichtig für die gewerkschaftliche Politik der nächsten Jahre. Zu fragen bleibt jedoch, ob wir all diese Themen zum Gegenstand *tarifvertraglicher* Forderungen nicht nur machen *können*, sondern auch selbst machen *wollen*. Gewerkschaftliche Tarifpolitik darf sich in ihrer Themenwahl und in ihren Zielsetzungen sicherlich nicht der Kapitallogik von Krisenbewältigung unterwerfen und ihre Ansprüche in einem Anflug von falscher Bescheidenheit zurücknehmen, wenn sie durchsetzungsfähig bleiben will. Gerade unter erschwerten Durchsetzungsbedingungen muß die Tarifpolitik erkennbar Bestandteil einer reformorientierten Gewerkschaftspolitik bleiben.

Kongreßankündigung

Die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) und die Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP veranstalten vom

22. bis 23. September 1988

ein wissenschaftliches Symposium zu dem Thema:

Technikentwicklung und Streik Auswirkungen neuer Technologien in Produktion, Handel und Arbeitsorganisation auf die Streikfähigkeit der Gewerkschaften

Diese Tagung findet statt in den Räumen der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, 2000 Hamburg 13. — Zu dem Symposium werden Rechts- und Sozialwissenschaftler sowie Praktiker aus Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, der Arbeitsgerichtsbarkeit und den Betrieben erwartet. U.a. Prof. Dr. Walter Müller-Jentsch, Prof. Dr. Heide Pfarr, Prof. Dr. Wolfgang Däubler.

Die Tagung soll sich mit der Frage beschäftigen, welche Auswirkungen der Einsatz neuer Technologien in Produktion, Handel und Arbeitsorganisation auf die Streikfähigkeit der Gewerkschaften hat. Genauer untersucht werden sollen die Hypothesen, daß einerseits die Arbeitgeber durch neue Produktionstechniken anfälliger werden gegenüber Streiks bei Zulieferbetrieben (»just in time«-Produktion), daß andererseits aber insbesondere der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung Betriebe nahezu unbestreikbar machen kann (z.B. die Entwicklung in der Druckindustrie) oder aber eine Segmentierung der Belegschaft ermöglicht, die sich negativ auf die subjektive Streikbereitschaft auswirkt (z.B. die Entwicklung im Dienstleistungsbereich). Das Ziel der Tagung besteht in einer Diskussion der Konsequenzen, die sich aus diesen Entwicklungen ergeben.

Auf der Tagung werden insgesamt zwölf Vorträge gehalten. Für die Diskussion sind vier Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen:

1. Technikentwicklung und objektive Bedingungen der Streikfähigkeit;
2. Technikentwicklung, Mitgliederbewußtsein und Streikfähigkeit;
3. Polizei und neue Arbeitskampfformen;
4. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Streikrechts vorgesehen.

Information und Anmeldung über die Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, 2000 Hamburg 13, Telefon: 040/4123-2197

Lafontaine — Kontroverse

Norbert Mappes-Niediek

Welcher Weg zur Macht?

Einige strategische Implikationen der Lafontaine-Vorschläge

Für sein taktisches Geschick, mit dem er ein liebevoll ausgewähltes Thema zu einem günstigen Zeitpunkt mit den rechten Worten so plazierte, daß sich die Öffentlichkeit drei Monate lang an ihm abarbeiten konnte, ist Oskar Lafontaine schon gehörig bewundert worden. Jeder, der ihn widerlegte, schloß ungewollt eine neue Dimension des Themas auf, um schließlich mit einer offenen Frage dazustehen. Lafontaines Vorstoß zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit bot zudem reichlich Gelegenheit, die verschiedenen ideologischen Ansätze, die in der Arbeiterbewegung seit jeher nebeneinander existieren, noch einmal neu zu diskutieren. Am Ende dieser hilflosen Debatte jedenfalls steht der Hauptakteur allein auf der Walstatt. Das Thema war so gewählt, daß es je nach Reaktion eine stufenlose Skala von Konkretisierungen und Rückzugsmöglichkeiten bot. Die einzige konkrete Antwort auf die Debatte, die Lafontaine schließlich selbst gab, war eine Bundesratsinitiative, die von der ÖTV ausgehandelte Arbeitszeitverkürzung für Beamte des höheren Dienstes nicht mit einer Gehaltserhöhung zu verbinden. Diese Initiative hätte sich, wenn es allein um sie gegangen wäre, leicht als Vorstoß zur Nivellierung von Spitzengehältern verkaufen lassen, was aber — wenigstens bei den Gewerkschaften — kaum zu vergleichbarer Erregung geführt hätte. Der eigentliche Sinn der Debatte ist in der Produktion von offenen Fragen zu suchen. Zugleich bot die Diskussion um Lafontaines Vorstoß erstmalig die Gelegenheit, die Konturen eines neuen sozialdemokratischen Modells zu studieren.

Lafontaine als strategische Herausforderung

Gekämpft wurde gegen Lafontaine unter dem Banner der Prinzipien und mit den Waffen der Taktik. Den Part des Strategen besetzte der Verteidiger allein. Um den Vorstoß zu verstehen, wird es nötig sein, ihn in seiner wichtigsten, der strategischen Dimension zu erfassen. Strategisch denkende Sozialdemokraten sehen in der gesellschaftlichen Entwicklung seit dem Ende der Krise und seit der Wende die Gefahr, daß die Arbeiterbewegung, SPD und Gewerkschaften, einer Isolierung bei gleichzeitigem Verlust an Einfluß zutreiben. Die Neugeburt bürgerlicher Werte nach dem konjunkturellen Tief, der langsame Umbau der Sozialsysteme, die Flexibilisierung im Arbeitsleben und die Durchsetzung neuer Technologien, vor allem der Mikroelektronik, sind

Entwicklungen, die die SPD nicht mitvollzogen hat und die sich gegen die Opposition der Gewerkschaften durchzusetzen hatten. Schreckbild ist vor allem die Labour Party, die in dem Maße strategisch an Bedeutung verliert, wie sie ideologische Schätze aus der Vergangenheit hebt. Ihre politischen Modelle werden zum abstrakten Gegenbild der britischen Wirklichkeit. Die SPD sieht dagegen die Chance, einen anderen, einen strategischen Schatz aus ihrer Vergangenheit zu bergen: den »Weg nach Godesberg«, der sie über die Große Koalition für eine Zeitlang zur größten politischen Kraft in der Bundesrepublik werden ließ. Der strategische Ausgangspunkt des Jahres 1988 weist einige starke Parallelen zur Situation in den fünfziger Jahren auf.

Zurück nach Godesberg?

Schon nach dem Zweiten Weltkrieg vollzog sich, dramatischer noch als jetzt nach der Krise, eine Entwicklung ohne die SPD. Die Politik der Westeinbindung, der Wiederbewaffnung und vor allem der Restauration des Kapitalismus in einer ordoliberalen Variante stieß auf ihren Protest, aber auf zunehmende Akzeptanz in der Gesellschaft. Spätestens 1957 war die Wählerschaft der SPD auf einen Kern von Anhängern der Arbeiterbewegung reduziert, der nicht wuchs. Die SPD reagierte mit einer Modernisierung und Öffnung zur Volkspartei. Die Entwicklung seit dem Krieg wurde als unumkehrbar akzeptiert; die Partei sprach die großen Jas, die wenigstens terminologisch schon im baden-württembergischen Landtagswahlkampf wiedergeboren sind. Die Politik einer Volkspartei, die mehrheitsfähig sein will, so die Einsicht, hat auf den Säulen des Alltagsbewußtseins zu ruhen. Die Linie der Anpassung mußte gegen eine noch starke, wenn auch minoritäre gesellschaftliche, innerparteiliche und nicht zuletzt auch gewerkschaftliche Protestbewegung durchgesetzt werden. Die Kapitulation war allerdings noch keine hinreichende Bedingung für die Partei, als Regierungsmacht akzeptiert zu werden. Sie mußte zugleich eine originäre Perspektive bieten, ohne an den nach dem Kriege geschaffenen Bedingungen grundsätzlich etwas ändern zu wollen. Sie fand diese Perspektive im Innern mit der Politik der Globalsteuerung, nach außen mit der neuen Ostpolitik. Wenigstens für die Politik der Globalsteuerung bot die SPD strukturell die besten Voraussetzungen: als Partei, in deren eigenen Reihen die Scharmützel zwischen Branchen und Einzelkapitalen nicht stattfinden, die aber gleichwohl den Kapitalismus nicht mehr in Frage stellt.

Will man den Vorstoß Lafontaines im Lichte des Godesberger Weges betrachten, muß man sich zunächst über seinen Inhalt verständigen. Das ist nicht so einfach, wie es zunächst scheint. Entschieden dementiert hat Lafontaine stets, daß er zum »Lohnverzicht« aufrufen wolle; in seinen Dementis schien es zeitweilig so, als wolle Lafontaine nur bekannte Positionen der Gewerkschaften wiederholen. Zuweilen erweckte er sogar den Eindruck, bei seinem Streit mit den Gewerkschaften handle es sich nur um ein Mißverständnis. Wo sich Lafontaine und seine schärfsten Widersacher direkt begegneten, etwa im Streitgespräch mit Hermann Rappe im *Spiegel*, schwenkte der Disput bald über zu dem parallelen Vorschlag Lafontaines, den Arbeitsbegriff neu zu definieren — ein Vorschlag übrigens, dem Lafontaine nach seinem eigenen Urteil im vor-

hinein die größte Brisanz zugetraut hätte. Dennoch dürfte sich Lafontaines Vorschlag, wenn man alle seine eigenen taktischen Rückzugsmanöver und alle Überhöhungen seiner Widersacher außer Betracht läßt, im Kern etwa so beschreiben lassen: einen Sozialpakt zwischen Arbeit und Kapital zu schließen, bei dem die Verteilungsbedingungen nicht grundsätzlich angetastet werden. Der Teil des gesellschaftlichen Verteilungsvolumens, der den Arbeitenden zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft ausgeschüttet wird, ist so umzuverteilen, daß höhere Arbeitseinkommen gekappt werden und die zusätzlich gewonnene Verteilungsmasse in neue Arbeitsplätze investiert wird. Dabei wird in der Tat Lohn- (oder besser: Gehalts-) Verzicht gefordert; auf der anderen Seite aber vom Kapital, daß der erweiterte Spielraum auch tatsächlich beschäftigungswirksam genutzt wird.

► Aspekte und Perspektiven der Vorschläge Lafontaines

1. Teilkapitulation der Gewerkschaften

Der Vorstoß stellt eine *Kapitulation dar vor den mit der Krise eingetretenen Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit*. Als gegeben hingenommen wird die traumhafte Entwicklung der Profite in den letzten Jahren; anerkannt wird die Unfähigkeit der organisierten Arbeitnehmerschaft, dieses wachsende Kapital anzutasten. In der Argumentation Lafontaines bedingt die enorm ausgeweitete Internationalisierung der Geld- und Kapitalmärkte, »daß der Kapitalseite eine Gewinnerwartung möglich sein muß, die mit der Rendite aus Finanzanlagen konkurrieren kann, wenn es zu beschäftigungswirksamen Investitionen kommen soll.« Bei den gegenwärtigen Ertragsmöglichkeiten für Finanzkapital vor allem in den USA folgt entsprechend, daß die nationale Profitrate in der Bundesrepublik hoch sein muß, um beschäftigungswirksame Investitionen attraktiv zu machen. Die Anforderung also, neue Arbeitsplätze aus den explodierenden Gewinnen zu finanzieren, die die Gewerkschaften in jeder Tarifrunde neu stellen, ist für Lafontaine per se unerfüllbar.

2. Perspektive: Abbau der Massenarbeitslosigkeit

Der Vorstoß bietet zugleich eine Perspektive: nämlich die weiter steigende Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Es liegt allerdings auf der Hand, daß es auf diesem Wege mit einer Kappung höherer Beamtengehälter nicht getan sein wird. Das hat in der Diskussion zu dem nie recht ausgeräumten Verdacht geführt, Lafontaine propagiere einen Lohnverzicht in weit größerem Maßstab, als er habe zugeben wollen. Kapitulation und Perspektive, die beiden Aspekte der erfolgreichen sozialdemokratischen Modernisierung am Ende der fünfziger Jahre, sind bei Lafontaine in einem einzigen Vorstoß versammelt. Das zwingt jeden, der die Aufforderung zur Kapitulation ablehnt, zugleich eine realisierbare Perspektive zu bieten. Die moralische Schubkraft, die die Initiative mit dieser Verquickung bekam, nutzte Lafontaine offensiv. Wie sinngemäß auch an

derer Stelle, erklärte Lafontaine in einem Redaktionsgespräch mit den *Stuttgarter Nachrichten*: »Es packt mich ein gewisser Zorn über das Heer von Bedenkträgern gegen meine Ideen. Denen fehlt es an Engagement für die Arbeitslosen.« Gegen den Widerspruch allerdings, daß maßvolle Einkommensverzichte eben auch nur mäßig beschäftigungswirksam sind, ist Lafontaines Vorstoß übrigens flexibel abgedichtet durch seinen parallelen, hier nicht näher betrachteten Vorstoß, den Arbeitsbegriff neu zu definieren. Daß diese Koppelung bewußt geschah, ließ Lafontaine wenigstens in seiner Rede vor dem Unterbezirksparteitag in Köln ahnen: »Wir müssen also die schwierige Aufgabe annehmen, vor dem Hintergrund eines anderen Arbeitsbegriffs, der die informelle Arbeit mit hineinnimmt und die unterschiedlich gelagerten Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung der Menschen einbezieht, zumindest [!] eine Vision von einer Gesellschaft zu geben, in der die Geißel der Arbeitslosigkeit nicht mehr so schmerzlich ist.« Der Verdacht, daß hier Ideologie als Trostspender eingesetzt werden soll, ist nicht von der Hand zu weisen.

3. Schwächung der Kampfposition der Gewerkschaften

Der Vorstoß schwächt die Kampfposition der Gewerkschaften. Zu Recht haben Kritiker von Gewerkschaftsseite immer wieder beklagt, daß Lafontaines Initiative nolens volens den Gewerkschaften Verantwortung für die Arbeitslosigkeit aufgibt. Dieser Aspekt ist von der anderen Seite sogleich als Chance wahrgenommen worden, die Verantwortung vom Staat ab- und auf die Tarifpartner umzuwälzen — wobei der Begriff »Tarifpartner« in diesem Zusammenhang rein ideologisch ist. Gemeint sind nämlich stets nur die Gewerkschaften: Denn der andere Tarifpartner, der stets an »maßvollen« Abschlüssen interessiert ist, nimmt nach dieser Logik seine Verantwortung immer schon wahr. Die Arbeitgeberseite macht sich höchstens dadurch mitschuldig, daß sie gegenüber gewerkschaftlichen Tarifforderungen nachgiebig auftritt. Zurecht hat sich auch zum Beispiel Detlef Hensche darüber beklagt, daß mit Lafontaines Initiative die Ideologie von den »Arbeitsplatzbesitzern«, die den Arbeitslosen den Zugang zu den Fleischtöpfen verwehrten, wiederbelebt werde. Aber abgesehen von diesem ideologischen Schlag, der über das gesellschaftliche Klima auch massiv auf Tarifabschlüsse wirkt, liegt die stärkste Beeinträchtigung der Gewerkschaften durch die Lafontaine-Initiative eben darin, daß die Tür zu einer grundsätzlichen Umverteilung fürs erste vernehmlich zugeschlagen wurde.

4. Aufwertung der SPD

Zugleich wertet der Lafontaine-Vorstoß die Position der SPD auf. Daß den »Tarifpartnern« Verantwortung für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit übertragen wird, bedeutet im Modell Lafontaines nämlich keineswegs, daß den Gewerkschaften die Rolle des Subjekts einer Überwindung der Arbeitslosigkeit überantwortet werden soll. Diese Rolle ist für einen SPD-geführten Staat vorgesehen. Hier liegt die entscheidende strategische Dimension des Vorschlags. Für die SPD ergibt sich eine klassische Rolle als klassenversöhnende Kraft über die Führung und Organisation des Sozialpakts. Nach-

dem die Zuversicht der Gewerkschaften, mit der SPD ihre politische Agentur in der Bundesregierung zu haben, in der Endphase der sozialliberalen Koalition geschwunden war und dort eine Besinnung auf die eigene Kraft an die Stelle trat, müssen die Gewerkschaften nun erleben, daß die Partei sich für die Lösung ihres größten Problems anbietet, dabei aber gerade auf die gewerkschaftliche Kraft nicht vertrauen mag. Nicht von ungefähr haben im Verlauf der Debatte führende Sozialdemokraten, von Lafontaine über Vogel bis hin zu Rudolf Dreßler, immer wieder betont, die SPD sei nicht die Partei der Gewerkschaften. Auf Vorhaltungen, Lafontaine sei mit seinem Vorschlag mitten in die Tarifrunde im öffentlichen Dienst geplatzt, hat Lafontaine verwundert angemerkt, er sei ja selbst Partei in diesem Streit: öffentlicher Arbeitgeber nämlich — Vertreter des Gemeinwohls also gegen die partikularen Interessen der Gewerkschaften. Damit ist sicher nicht gemeint, die SPD gehöre in der Tarifaueinandersetzung in der gewerblichen Wirtschaft auf die Arbeitgeberseite; vielmehr sollte es klarmachen, daß die SPD sich nicht ohne weiteres einer Tarifpartei zuordnen lassen möchte. Man wird an eine Rolle der SPD als steuernde Kraft in einer Konzertierten Aktion denken müssen, wenn Lafontaine dieses Reizwort auch bisher vermieden hat. Auf den Vorhalt der *Hannoverschen Neuen Presse*, »Gespräche am runden Tisch« zwischen den Tarifparteien und der Regierung erinnerten doch »an die Neuauflage der Konzertierten Aktion«, antwortete Lafontaine: »Ich habe diese Forderung ebenfalls erhoben. Egal, welche Form der Tisch haben wird: Ohne Gespräche wird sich schwerlich irgendwo ein Ergebnis erzielen lassen. Die Einbindung von Arbeitgebern und Regierung in die Lösung der Arbeitslosen-Problematik ist jedenfalls unerlässlich.«

5. Eine Zumutung für die Unternehmer

In der Debatte ist über den lauten Protest von Gewerkschaftsseite überhört worden, daß Lafontaines Vorstoß auch für die Arbeitgeberseite eine Zumutung parat hält. Was in der öffentlichen Tarifrunde dem einen Tarifpartner vorbehalten bleibt, nämlich den Einkommensverzicht mit einer Einstellungsgarantie zu beantworten, fällt in der gewerblichen Wirtschaft den Arbeitgebern zu. Auf den Vorhalt der *Welt der Arbeit*, Einstellungsgarantien seien nicht zu erwarten, antwortet Lafontaine: »Bei den öffentlichen Arbeitgebern geht das. Bei den privaten Arbeitgebern auch, aber dazu muß man sich intelligente Lösungen einfallen lassen.« Die dazu nötige Phantasie ist allerdings kaum bei den Arbeitgebern selbst zu suchen, sondern beim Staat. Das bedeutet, daß die Arbeitgeberseite ihre gewachsene Stärke nicht mehr voll auskosten können. Vor diesem Hintergrund muß auch gesehen werden, daß Arbeitgeberpräsident Murmann von seiner ursprünglichen Position, der Begrüßung der Lafontaine-Thesen, wieder zurückgepfiffen wurde. Das deutet darauf hin, daß es auf der Seite des Kapitals Verhandlungsmasse gibt.

Daß Lafontaine mit seiner Initiative dem Kapital die Zustimmung zum Abbau der Arbeitslosigkeit leicht macht, bedeutet noch nicht, daß seine Initiative diese Zustimmung direkt induziert. Schließlich hat die Existenz der Reservearmee in den vergangenen Jahren nicht wenig dazu beigetragen, die Stellung der Kapitaleseite im Tarifstreit

zu festigen — ein Vorteil, den sie nicht aus Menschenfreundlichkeit aufgeben wird. Für den Erfolg einer neuen Konzertierte(n) Aktion ist es also nötig, daß die Arbeitgeberseite im Tausch etwas erhält. Hier ist in erster Linie an eine kalkulierbare, vorausschauende Umwelt- und Technologiepolitik zu denken, die von der gegenwärtigen Regierung nicht zu erwarten ist. Auch unter Wirtschaftsliberalen besteht inzwischen Konsens darüber, daß die Umweltprobleme nicht mit marktradikalen Modellen einzudämmen sind. Vielmehr wird hierin eine große staatliche Investitionsaufgabe gesehen. Das gilt wenigstens auch für den enormen Forschungsbedarf, den die Biotechnologie für die chemische und pharmazeutische Industrie erzeugt. Nicht zuletzt spielt für diese Technologien die gesellschaftliche Akzeptanz eine große Rolle, die die CDU-geführte Bundesregierung nicht zu bieten hat. Man wird allerdings noch an einen unmittlebareren Vorteil für die Arbeitgeberseite denken können: an staatliche Lohnkostenzuschüsse etwa oder an eine Form der »Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand« (die bei Lafontaine ausdrücklich wieder eine Rolle spielt): Ein Teil des Lohnanteils verbleibt, als »Vermögen« oder als »Beteiligung« des Arbeitnehmers, in der Verfügungsmasse des Arbeitgebers — so ein mögliches Modell.

Der klassische Weg zur Macht

Damit beschreitet die SPD alles in allem den klassischen Weg zur Macht. Sie bietet sich an als einzige Kraft, die für die Weiterentwicklung und Festigung des Klassenkompromisses taugt, und eben nicht als Gegenpol des Kapitals und seiner politischen Vertretungen. Ihr bevorzugtes Aktionsfeld bleibt der Staat als der Moderator in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Wer dieses Modell bewerten will, muß das vom Standpunkt einer Alternative tun. Das Beharren darauf, daß sich die Entwicklung der letzten Jahre besser nicht vollzogen hätte, ist nicht nur hilflos, sondern kann nicht einmal vor einem wohlverstandenen moralischen Grundsatz bestehen, denn der Verzicht auf Wirkung schließt Gleichgültigkeit gegenüber den proklamierten Zielen mit ein.

Der Weg nach Godesberg in den fünfziger Jahren war ohne weiteres als Rechts-Links-Auseinandersetzung beschreibbar. Am Ende dieses Weges stand der Ausschluß des SDS und einiger prominenter Sozialisten aus der SPD, eine demonstrative Abkehr vom Marxismus und von sozialistischen Traditionen. Zu den Kritikern des neuen Godesberger Wegs gehören aber nicht nur Detlef Henschke und Franz Steinkühler, sondern vor allem Anke Fuchs, Hermann Rappe, Rudolf Dressler und Herbert Ehrenberg, die eine unklare Perspektive vertreten. Rappe führt eine Gewerkschaft, der in der Tat ein Branchenpartikularismus vorgeworfen werden kann, der sich um gesamtgesellschaftliche Perspektiven wenig schert. In seinem neuesten Buch hat Herbert Ehrenberg schlaglichtartig die Hilflosigkeit der rechten Alternative zu Lafontaine deutlich gemacht, als er vorschlug, den Finanzbedarf für Beschäftigungsinitiativen, das Programm Arbeit und Umwelt, aus den Goldreserven der Bundesbank zu finanzieren. Auf dieser Seite des innerparteilichen Spektrums steht also nicht die Empfehlung, sich die

»Kohlen von den Monopolen« zu holen, sondern ein spätkeynesianistischer *Deus ex machina*. Das Vertrauen in die Mobilisierung der Massen, mit der das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit wieder günstiger gestaltet werden könnte, ist hier wenig entwickelt.

Lafontaine führte allerdings seinen Streit mit Vokabeln, die eher an die Godesberger Auseinandersetzung erinnern: hier die Programmatiker und Realisten, dort die Revolutionäre und Utopisten. Vor dem Kölner Unterbezirks-Parteitag: »Ich halte es für eine große Herausforderung, in dieser Phase die Grundsätze für unsere Arbeit zu bestimmen und den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen. Denn die Umstände erlauben es uns nicht, Diskrepanzen zwischen reformerischer Praxis und revolutionärer Diktion entstehen zu lassen. Wir müssen diese Glaubwürdigkeitsfalle vermeiden. Die SPD muß sich als eine Reformpartei zeigen, die fähig ist, pragmatisch zu handeln.« Als die Grünen auf ihrem Ludwigshafener Parteitag die Vorschläge Lafontaines mit knapper Mehrheit verwarfen, ließ er ihnen eine Kritik angedeihen, die deutlicher war als jedes Wort in der von seiner Seite ausgesucht moderat geführten Debatte mit den Gewerkschaften — eine Kritik, die gleichwohl erkennen ließ, wo er ideologisch die Gegnerschaft zu seinen Vorschlägen ortet: »Mit diesem Beschluß haben sich leider antiquierte, orthodoxe Positionen durchgesetzt, die die Arbeitslosen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag einer durchgreifenden gesellschaftlichen Veränderung vertrösten.«

Eine Herausforderung für die Linke

Die Herausforderung für die Linke, die in einer Neuauflage des Projekts der Klassenversöhnung liegt, trifft sie denkbar unvorbereitet. Theoretisch wie praktisch stehen die Sozialisten innerhalb und außerhalb der SPD vor den Scherben einer Strategie, die in der Krise zertrümmert wurde. Die Entwicklung in den sozialistischen Ländern macht den orthodoxen Weg, über einen Blockwechsel, vollends unrealistisch. Einige sind zur Zeit erst dabei, die Konsequenzen aus der unumkehrbaren Westeinbindung zu bedenken. Eine sozialistische Perspektive, die aus den Verhältnissen in den entwickelten kapitalistischen Ländern entwickelt wäre, ist ebenso nirgends mehr in Sicht. Die sozialistischen Parteien im Westen verlieren an Einfluß, sofern sie sich nicht bewußtlos an der kapitalistischen Modernisierung beteiligen. Die kommunistischen Parteien treiben zunehmend in die Bedeutungslosigkeit ab.

Lafontaines Vorstoß muß so zumindest den Effekt haben, daß die sozialistische Linke über eine neue Strategie nachdenkt. Sie sollte dabei nicht vergessen, daß das erneute Anknüpfen an sozialistische Traditionen in der SPD erst am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre wieder möglich wurde, nach geschehener Modernisierung und Jahren der politischen und ideologischen Totenstille auf dem administrativ ausgedünnten linken Flügel der Partei. Ein solcher Kahlschlag steht heute nicht zu befürchten. Die Bedingungen sind also gar nicht so schlecht.

Arne Heise

Was ist an Lafontaines Vorschlag »neoklassisch«?

Eine Replik auf Ottwald Demele (in: *spw* 40)

Ottwald Demele konstatiert richtigerweise die mißliche Beschäftigungssituation der Bundesrepublik. In einer solchen Situation liegt die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nahe, bedeutet sie doch eine Umverteilung des von den Unternehmern zur Verfügung gestellten Beschäftigungsvolumens. Und gewiß wäre ein Lohnausgleich wünschenswert, weil ja sonst die gesamte Beschäftigungspolitik von den Arbeitnehmern zu finanzieren wäre. Wenn Oskar Lafontaine nun einen Lohnverzicht der Besserverdienenden fordert, soll dies, laut Demele, die Annahme arbeitnehmerfeindlicher Positionen bedeuten, wie sie durch neoklassische Ökonomie theoretisch begründet werden. Es bleibt zu fragen, ob sich Lafontaines Vorschlag tatsächlich auf die Neoklassik stützt. Vertreter dieser Theorie korrelieren sowohl das Arbeitsangebot als auch die Arbeitsnachfrage mit dem *Reallohn* (Nominallohn bereinigt durch das Preisniveau); sie bestimmen somit auf dem Arbeitsmarkt einen Gleichgewichts*reallohn* und ein Beschäftigungsniveau, bei dem Vollbeschäftigung herrscht, soll heißen: Jede unterbeschäftigte Arbeitseinheit ist nur deshalb unterbeschäftigt, weil sie einen zu hohen Lohn fordert (einen Lohn nämlich, der über der Grenzproduktivität der Arbeit liegt).

Wenn wir allerdings unterstellen, daß das Arbeitsangebot sofort unterhalb des Gleichgewichtsreallohnes bei sinkendem Lohn zu steigen beginnt (anstatt zu sinken, wie dies eine sich »wohlverhaltende« Arbeitsangebotskurve zeigt), kommt die Neoklassik in Probleme, weil nun jeder Reallohn unterhalb des Gleichgewichtsreallohns einen instabilen Prozeß weg vom Gleichgewicht auslösen müßte, anstatt zum Gleichgewicht zu tendieren. In diesem Falle wäre wirklich eine Reallohnerhöhung notwendig, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Zu beweisen wäre allerdings, daß wir es gegenwärtig tatsächlich mit solch einem Arbeitsmarkt und eben solch einer Situation zu tun haben.

Bedeutet nun aber die Forderung nach Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung die Hinnahme der neoklassischen Arbeitsmarktlogik, wonach nur eine Reallohnsenkung eine Räumung des Arbeitsmarktes bewirken kann? Sicher nicht, denn wie schon Keynes (1936: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin/West) eindeutig feststellte, muß ein höheres Beschäftigungsniveau *ceteris paribus* zwar mit geringerem Reallohn verbunden sein, gleichsam ist der Reallohn natürlich überhaupt kein *Aktionsparameter*, sondern lediglich *Resultante* des Wirtschaftsgeschehens. Das heißt nichts anderes, als daß die Gewerkschaften und die Arbeitgeber keinen direkten Einfluß auf den *Reallohn* haben, sondern lediglich den *Nominallohn* festlegen. Der Reallohn ergibt sich erst, nachdem Einkommen und Beschäftigung bestimmt sind, kann aber bei gegebener Technologie und Profitrate nicht über der wertmäßigen Grenzproduktivität der Arbeit liegen. Eine Arbeitszeitverkürzung kann deshalb bei gegebener Technologie und Profitrate nur bei einem dem Rückgang der Grenzproduktivität der Arbeit entsprechenden *Nominallohnverzicht* zu höherer Beschäftigung führen.

Kommt es nicht zu einem Lohnverzicht, würden die Unternehmer die Preise ihrer Produktion anheben und auch so eine *Reallohnsenkung* bewirken. Dort, wo Preissteigerungen nicht durchführbar sind, würde jeder Unternehmer sofort das Outputniveau reduzieren und somit Beschäftigung abbauen. Geben wir die Annahme der gegebenen Technologie auf, so würde jeder Produktivitätsfortschritt natürlich den angemessenen Nominallohnverzicht reduzieren. Zugegebenermaßen könnte ein Nominallohnrückgang die Ertragsersparungen der Unternehmer schmälern, was sich auf die Bereitschaft zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze negativ auswirken muß, doch kann dieser Effekt durch einen sozial gestaffelten Lohnverzicht (d.h. nur für die eine geringere Konsumneigung aufweisenden Besserverdienenden) möglicherweise sogar umgekehrt werden.

Wer meinen Ausführungen aufmerksam gefolgt ist, dürfte über die Annahme einer konstanten Profitrate (keineswegs steigende Profitrate, wie Demele anzunehmen scheint) gestolpert sein. Sicher läßt sich diese Annahme *moralisch* nicht rechtfertigen, denn weshalb sollten die Kapitalisten nicht zumindest genauso ihren (finanziellen) Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entrichten? Bedauerlicherweise hat Ökonomie nichts mit Moral zu tun, sondern lediglich mit wirtschaftlicher Rationalität, und es liegt im Rahmen dieser wirtschaftlichen Rationalität, daß Privateigentümer an Produktionsmitteln nicht bereit sind, von ihrer Profitrate etwas abzuzwacken, solange die den Zins bestimmende Liquiditätsprämie keine Revision erfährt. Solange also die durch Reproduktionsrisiken bestimmte Liquiditätsprämie dem Zins und damit als Opportunitätskostenfaktor auch der Profitrate eine Grenze setzt, wird auch die Arbeitszeitverkürzung keine Veränderung der Einkommensverteilung mit sich bringen, was der volle (Nominal-)Lohnausgleich (bei gleichzeitig unterstellter Konstanz des Preisniveaus) bedeuten müßte.

Wenn also Oskar Lafontaine Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung fordert, läßt er sich keineswegs auf die Logik der Neoklassik ein, die einen Abbau der Arbeitslosigkeit an eine Umverteilung der Einkommen von den Lohn- zu den Profitbeziehern bindet, sondern konstatiert lediglich die Unfähigkeit der Gewerkschaften, die Einkommensverteilung beeinflussen zu können. Diese Erkenntnis muß die Gewerkschaften natürlich aufschrecken, nimmt ihnen aber gleichzeitig den Beweisdruck, erklären zu müssen, weshalb es ihnen auch in wirtschaftlich fetten Zeiten nicht gelungen ist, die Einkommensverteilung zugunsten der Lohnbezieher zu verändern.

Wem es also nicht recht ist, daß nur die Arbeitnehmerschaft die Kosten der Arbeitslosigkeit trägt, der sollte nicht denjenigen schlagen, der diese Wahrheit offen ausspricht (Marx kann man ja wohl auch nicht dafür schelten, erkannt zu haben, daß jene, die im kapitalistischen System Arbeit fordern, Ausbeutung in Kauf nehmen müssen), sondern muß bereit sein, die grundlegende Ursache dieses Mißstandes in Frage zu stellen: das auf *privateigentümlicher Reproduktion* zurückgehende individuelle Existenzsicherungssystem. Vielleicht hilft Oskar Lafontaines Erkenntnis, kollektive Reproduktionssysteme stärker auch in dieser Zeitschrift in die Diskussion zu bringen, als dies trotz der Renaissance des Genossenschaftsgedankens bislang der Fall ist. In einem System arbeiterselbstverwalteter Betriebe könnte einerseits die investitionshemmende Wirkung des Zinses reduziert, andererseits weiterhin notwendige Arbeitszeitverkürzungen auf alle Teile der Gesellschaft sozial differenziert verteilt werden.

Linke Geschichte

Lisa Abendroth

Irrtum eingesehen

Zur Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses mit dem SDS

Am 31. Mai 1988 hat der Parteivorstand der SPD den Unvereinbarkeitsbeschuß vom 6. November 1961 (Mitgliedschaft im SDS und seiner Förderergesellschaft) für »gegenstandslos« erklärt. Eine merkwürdige Erklärung, da der Unvereinbarkeitsbeschuß ja schon seit dem 21. März 1970, dem Tag der Selbstauflösung des SDS »gegenstandslos« war. Warum die Aufhebung des Beschlusses von 1961 jetzt erfolgt, darüber gibt die Begründung Aufschluß. Der Parteivorstand erhofft sich von diesem Vorgang, die »kritische Intelligenz und alle freiheitlichen Sozialisten« für ein Engagement in der SPD zu gewinnen. Im übrigen enthält die Begründung ein offenes Eingeständnis, daß die Partei mit dem damaligen Unvereinbarkeitsbeschuß einen schwerwiegenden Fehler begangen hatte. Denn viele Vorstellungen des SDS, die damals suspekt waren, sind später von der SPD übernommen worden und haben ihre Regierungspolitik bestimmt; so die Pläne einer Hochschul- und Bildungsreform, die Beendigung des kalten Krieges durch eine Ostpolitik, die nicht nur die friedliche Koexistenz mit den Warschauer Paktstaaten, sondern auch die Anerkennung des zweiten deutschen Staates zum Inhalt hatte. Und schließlich ist heute auch wieder der Marxismus, der aus dem Godesberger Programm verbannt war, im Irseer Programmentwurf als eine Grundlage des Sozialismus anerkannt.

Der Unvereinbarkeitsbeschuß ist heute kaum noch verständlich, wenn man die politische Konstellation, in der er gefaßt wurde, außer acht läßt. Das politische Konzept der SPD in der ersten Nachkriegszeit entsprach noch ganz den alten sozialistischen Vorstellungen. Man war für die Enteignung von Schlüsselindustrien und Großgrundbesitz, für Planwirtschaft und erweiterte demokratische Kontrolle der Wirtschaft. Außerdem lehnte die Partei entschieden eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands ab und forderte eine gründliche Entnazifizierung. Daß sich diese Vorstellungen nicht realisierten, lag zum großen Teil an Eingriffen der westlichen Besatzungsmächte. Die verlorenen Bundestagswahlen von 1953 und 1957 veranlaßten die Partei zu einem radikalen Umdenken. Alte sozialistische Prinzipien wurden aufgegeben; die Partei richtete sich nun nach dem vorherrschenden Wählerverhalten, was im wesentlichem Zustimmung zur CDU-Politik bedeutete. So entfernte sie sich von planwirtschaftlichen Vorstellungen und orientierte sich auf die »Soziale Marktwirtschaft«. Sie stimmte schließlich einer westdeutschen Wiederaufrüstung zu; sie stellte die Anti-Atom-Kampagne

ein, gab ihren Deutschlandplan von 1958 auf und stimmte der Adenauerschen Außenpolitik zu (Wehner-Rede vom 30.6.1960). Und schließlich gab sie sich in Godesberg ein neues Programm, in dem sie in dem Grundwertekatalog den Marxismus strich und dafür die christliche Ethik einsetzte. Auf diese Weise erhoffte sie sich, neue Wählerschichten zu gewinnen. Gleichzeitig erklärte sie ihre Abkehr von der Arbeiterpartei und proklamierte sich als Volkspartei.

Daß die Partei Kritiker, gar Gegner, dieser neuen Parteilinie mundtot machen mußte, wenn sie denn bürgerliche Wähler für sich gewinnen wollte, lag auf der Hand. Der Sozialismus war durch die Mißstände im anderen deutschen Staat diskreditiert worden. Die CDU hatte in ihren Wahlkämpfen jede Art von Marxismus dem Stalinismus gleichgesetzt und sich dabei alter Nazimethoden bedient. 1960 hatte Rainer Barzel in einem »Rotbuch« des »Komitees: Rettet die Freiheit« Hunderte von Wissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern diffamiert, die sich irgendwann einmal gegen die Aufrüstung, gegen den Kalten Krieg, für Verhandlungen und Abrüstung ausgesprochen hatten. Sie wurden zu Kommunisten oder deren Sympathisanten und damit zu Staats- und Verfassungsfeinden erklärt.

Das ist in Kürze der politische Hintergrund, auf dem der Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt wurde. Leider beteiligte sich die Partei an solchen Diffamierungen, die dann nicht nur die Ausgeschlossenen allein betrafen, sondern auch ihre Familien in Mitleidenschaft zogen.

Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Ausschlußaktion war größer als erwartet. Der Parteivorstand erhielt nicht nur Zustimmung, sondern es gab auch zahlreiche Sympathieerklärungen für die Ausgeschlossenen. Der SDS, nun ein parteiunabhängiger Studentenverband, gewann nach dem Ausschluß immer mehr Bedeutung an den Hochschulen. Er wurde schließlich zu einer Avantgarde des Studentenprotestes. Er wurde zum Sammelbecken von kritischen jungen Wissenschaftlern und demokratischen Sozialisten, die sich in den etablierten Parteien nicht mehr vertreten sahen, von Studenten, die sich vor allem während der Auseinandersetzung mit dem Vietnam-Krieg und den Notstandsgesetzen mit marxistischen Methoden und Analysen beschäftigten.¹

Es ist vielleicht nicht abwegig zu behaupten, daß der Ausschluß dieser kritischen Intelligenz aus dem bestehenden Parteiwesen die Gründung von Bürgerinitiativen und einer neuen Partei, die »Grünen«, gefördert hat.

Nun hat der Parteivorstand in seinem Beschluß vom 31. Mai 1988 seinen damaligen Fehler eingesehen. (Jedenfalls läßt die Begründung das vermuten!) Es ist erfreulich, daß die Partei im Jahr ihres 125jährigen Bestehens sich mit ihrer Geschichte auseinandersetzt und dabei nicht nur ihre Erfolge feiert, sondern daß sie bereit ist, ihre Niederlagen einzugestehen und ihre begangenen Fehler aufzuarbeiten.

Anmerkung

- 1 Wer sich mehr mit der Geschichte der SDS beschäftigen will, dem sei als Literatur empfohlen: Tilman Fichter/Siegwart Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, Berlin/West 1979; Tilman Fichter: SDS und SPD, Opladen, 1988

Sigurd v. Ingersleben

Eine bodenlose Jugend

Aspekte der 68er Revolte

Brillanten an der Hand

Picasso an der Wand

Mein Kampf hamm wa leider verbrannt.

Lore Lorentz¹, ca. 1957

Ohnesorg und Dutschke. Vietnam, Berkeley, Berlin, Paris; dazu noch ein bißchen sexuelle Befreiung und Frauenbewegung, Terrorismus und RAF, ein paar Tote und etliche Kaputte; im besten Falle noch der Bezug der Restauration auf den Faschismus — das ist die gängige publizistische Quersumme zu 1968. Der *Spiegel* läßt uns wissen, daß die *youngster* von heute die 68er bescheuert finden, ihre Revolte aber zu schätzen wissen — als angeblichen Vorläufer ihrer eigenen Staats- und Politikverdrossenheit.

Der *Spiegel* hat die Geschichte der Revolte vor und nach 1968 einigermaßen sorgfältig inventarisiert, *konkret* versucht wenigstens eine Begründung seines Abgangs auf den *müden Mythos* 1968. Doch wie beim *Spiegel* das Produkt ob seiner Harmlosigkeit enttäuscht, so führt die elende *konkret*-Schlaumeierei zu Kurzschlüssen dieser Art:

»Wie sehr man sie braucht, die aggressive Opposition, die Leute, die — wie Biedenkopf sagt — die richtigen Fragen stellen, zeigte die sogenannte Bildungskatastrophe. *Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren* — die restaurierte Honoratioren-Universität war nicht mehr in der Lage, den von der Industrie verlangten wissenschaftlich-technischen Nachwuchs zu produzieren.«

So weit, so bekannt und richtig. Doch dann:

»Erst die Hochschulreform hat die Lage am Arbeitsmarkt für Akademiker gründlich entspannt.«

So? Wie entspannt die Lage auf dem Akademikermarkt ist, zeigt sich nicht erst heute, sondern seit den siebziger Jahren an der massiven Akademikerarbeitslosigkeit. Knapp zehntausend arbeitslose Lehrer sind die Initiatoren und Träger aller möglichen alternativen Dienstleistungs-, Fortbildungs- und Datenverarbeitungsprojekte. Allein im schönen Westberlin sitzen mehr als tausend arbeitslose Mediziner auf der Straße. Das kommt dabei heraus, wenn man — wie man das gelernt hat und gewohnt ist — auch die Studentenrevolte reduziert auf die Klassenfrage. Prompt kommt denn auch die Sozialdemokratie — wie man das gelernt hat und gewohnt ist — nur vor als Partei, die neben der verbotenen KPD ihr Heil in der Anpassung suchte. Ja doch, aber was ist mit der Entspannungspolitik, den Ostverträgen, dem Viermächte-Abkommen über Berlin? Wo wären wir heute ohne diese Politik?

Die 68er Revolte ist nicht zu verstehen ohne Blick auf die restaurativen, *postfaschistischen* Verhältnisse in der frühen Bundesrepublik.

Die Revolte wurde von der Generation getragen, die um 1945 in das *Vakuum zwischen Faschismus und Wirtschaftswunder* hineingeboren wurde. Die Generation der Stunde Null, die erste Nachkriegsgeneration spielte zumindest in den Städten häufig in weitläufigen Trümmerarealen — was nicht gerade zur Normalisierung der Phantasien beitrug. Sie wohnte in Notunterkünften, demolierten Alt- oder dürftigen Neubauten und ging in preußischen Klinkerbauten im Schichtunterricht zur Schule — ohne Anschauung der Vergangenheit und vor allem ohne Vorstellung von einer menschenwürdigen Zukunft. Sie wurde in der Regel von Lehrern unterrichtet, die zur Nazizeit ausgebildet worden waren.

Einen solchen Traditionsbruch, eine solche moralisch vergiftete Jugend von Kindes-tagen an hat wohl selten eine Generation erlitten — konfrontiert mit politisch taubstummen Eltern, deren zwischenzeitliche, emotionale Ausbrüche allein Auskunft gaben über ihre Anschauungen und manchmal über konkret Erlebtes oder über konkret Begangenes — selten genug, aber von nachhaltiger Wirkung.² Nur soviel stand fest: Die Deutschen, zu denen sich diese Generation im Vakuum wohl oder übel zählen mußte, — die Deutschen hatten zwanzig Jahre nach einem ersten verheerenden gleich noch einen zweiten, sich endgültig jedem Begreifen entziehenden Weltkrieg angezettelt, in dem allein auf den Schlachtfeldern 40 Millionen Menschen gefallen waren. Die Nazis hatten Europa in einen großen Friedhof verwandelt. Doch noch schlimmer war die Erkenntnis, daß dieselben, rassistisch entfesselten Deutschen hinter den diversen Fronten alle Juden, derer sie habhaft werden konnten zwischen Saloniki, Kiew, Wilna, Amsterdam und Paris, systematisch deportiert (das massenhafte Sterben schon in den Güterzügen!) und 6 Millionen von ihnen mit bis dahin ungekannter Hemmungslosigkeit, Brutalität und technischer Perfektion ermordet hatten. Woher kam überhaupt dieser abgründige Judenhaß, der so harmlos als Antisemitismus bezeichnet wurde (und wird)?

Wie makaber war der Streit, ob diese Zahl zutrifft angesichts des konzeptionellen Völkermords und der Dimension von Millionen Toten. Doch in Italien und Dänemark waren die Deportationsversuche durch den Widerstand der Bevölkerung im wesentlichen vereitelt worden. Es hatte also sehr wohl die Möglichkeit des Widerstandes gegeben, während im Gemeinschaftskunde-Unterricht die Frage des Befehlsnotstands diskutiert wurde. Die Kriegsschuldfrage wurde nach der Maxime des konservativen Historikers Gerhard Ritter beantwortet, französische Revolution und zunehmende »Massendemokratie« hätten zu Hitler geführt.

Die erste Nachkriegsgeneration fühlte sich für diese Kriegsverbrechen schuldig als Kinder der Täter — dieser Schuldkomplex dürfte die spätere Freud-Rezeption wesentlich beeinflußt haben. Sie sehnte sich nach Unbescholtenheit und Moralität, während ihre Eltern dieses Schuldgefühl offenkundig nicht teilten und sich ihrer moralischen Verantwortung entzogen — woraus sich zu einem guten Teil die spätere Wut und Radikalität der 68er-Bewegung erklären dürfte.

In den fünfziger Jahren wurden Schlag auf Schlag die Bundesrepublik gegründet, die Bundeswehr aus dem Boden gestampft und die atomare Aufrüstung betrieben, die KPD verboten und selbst die SPD als »Agent der anderen Seite« verdächtigt. Die Alten

hatten nicht nur nach wie vor das Sagen, sondern waren auch nach wie vor auf Konfrontation aus.

Kabinenroller, blue jeans, rock'n roll, Nierentische, Rimini, kesse Bikinis und Wiener Schnitzel für alle, das alles ist bekannt. Postfaschismus und kalter, Korea- und Algerienkrieg, Picasso, Camus, Sartre, nouvelle vague-Filme und Brassens' chansons, bebop und cool jazz, Monroe und Bardot, Picasso, Camus, Sartre, Hemingway und Miller — dieses energieverzehrende Ensemble der Vergänglichkeit förderte einen ebenso modischen wie unlebhaften Existentialismus, der nach Realismus geradezu schrie.

Andererseits Tucholsky, der schon ziemlich früh wieder aufgelegt wurde, Frisch und Grass' Blechtrommel (und nur diese). Rühmkorf, jazz und lyrik, absurdes und episches Theater, Gruppe 47 und Ruhrfestspiele, in der Schule dagegen Benn und Celan; Trampfahrten nach Lappland und Spanien: Diese Selbstverständlichkeiten von heute waren damals grundlegende Entdeckungen, die erst einmal gemacht werden mußten, bevor diese Jugend eigenen intellektuellen Boden unter die Füße bekam und den demokratischen und kulturellen Anschluß zumindest an die Nachbarländer herstellen konnte.

Doch die kulturelle Erneuerung hatte ihre Grenzen. Im katholischen Rheinland beispielsweise wurde sonnabends wie eh und je gebeichtet und dann im Familienkreise Kaffee getrunken. Anschließend folgten wöchentliches Bad und Besäufnis. Am Sonntagmorgen ging es mit schwerem Kopf in die Messe und dann zum Sonntagsbraten mit anschließender Kuchenschlacht — die kleinbürgerliche Biederkeit existierte ungebrochen fort, als wäre nichts gewesen. Alle vier Jahre wurde gewählt; das EK I in der Vitrine ersetzte den gefallenen Ehemann nur unvollkommen: Onkelehen und Bratkartoffelverhältnisse waren so üblich, daß das heutige Gezeter gegen »Ehen ohne Trauschein« reichlich bemüht wirkt. Nur das Gerede der Nachbarn war damals ungleich giftiger.

Die protestantischen Flüchtlinge »aus dem Osten«, dessen Ausdehnung schließlich ein Kriegsziel gewesen war und von der man ebenfalls zu profitieren gedacht hatte, waren von diesen Ritualen ausgeschlossen und bildeten — verstärkt durch ihre Entwurzelung — die kritische Hefe in diesem verlogenen Sumpf. Doch auch das genuin katholische Umfeld fand sich mit der *katholischen Restauration à la Adenauer* keineswegs ab. Der Nobelpreis für Heinrich Böll war ein unübersehbares Signal, daß auch das Ausland um die *rheinische Anarchie* wußte.³

Der Aufbruch aus diesem spießigen Pandämonium wurde fällig, vollzog sich aber keineswegs bewußt oder planmäßig, sondern schleichend unter dem Einfluß typischer kultureller und politischer Verwerfung.

Auf Reisen vor allem in die Mittelmeerländer stieß diese Jugend auf ungebrochene proletarische oder bäuerliche Kulturen und Traditionen, deren Reiz vor allem auf dem Kontrast zu den entsprechenden heimischen, faschistisch verfälschten und korrumpierten Milieus bestand. Unter diesem Eindruck entwickelten die nachmaligen 68er eine tiefe Sehnsucht nach der politischen Kultur und der unverfälschten Ästhetik »der einfachen Leute«. Der Neoproletkult der siebziger Jahre (etwa in Gestalt der Glorifizierung des *Kiez'*) und die vorgeblich bäuerlichen Rückgriffe der Ökologen (von

denen heute ganze Verlage und Bewegungen leben) haben hier ihre Wurzeln. — Auf der Suche nach kritischen, literarischen und künstlerischen Traditionslinien wurde nach und nach überhaupt erst bewußt, daß die Nazis die Weimarer Generation kritischer Intellektueller und Künstler ins Exil getrieben oder umgebracht und ihre Werke zum größten Teil faktisch bis weit in die sechziger Jahre hinein aus dem Verkehr gezogen und damit zur Wirkungslosigkeit verdammt hatten. Diese Werke nach dreißig und mehr Jahren wieder auszugraben, war eine Sache — an den damaligen Kontroversen wieder anzuknüpfen und Brücken zur vernichteten politisch-literarischen Kultur der Weimarer Republik zu bauen, eine andere, die bis heute nicht vollends gelungen ist und wohl auch nicht mehr gelingen kann. Zwischen Tucholsky und Rühmkorf gibt es keinen kritischen Poeten außer Brecht, dem denn auch bis weit in die sechziger Jahre eine literarische Schlüsselrolle zufiel. Danach kamen Grass und Wondratschek ...

Ein anderer, bis heute unterschätzter kultureller Bruch war der Niedergang des musikalisch anspruchsvollen Jazz (in seinen entwickelteren Formen des *bebop* und des *cool* oder *west coast jazz*) und seine Ablösung durch den *rock'n roll*.⁴ In den gängigen 68er Darstellungen erscheint der *rock'n roll* wie der Stern der Befreiung am Himmel der U-Musik. In Wirklichkeit verabschiedete sich die erste Nachkriegsgeneration unter dem Einfluß bauchbetonter, ungleich primitiverer und bemerkenswert hirnfeindlicher Rhythmen und neuer Idole aus den USA von einer Musik (die als *swing* nach '45 für die Befreiung stand und als *cool jazz* wegen ihrer Kopfbetontheit in den fünfziger Jahren zurecht als aufklärerisch galt) und verfiel den anti-intellektuellen Sirenen gesängen spätestens der *Stones*. Die nachmaligen 68er übernahmen eine Musik, die in krassem Gegensatz zu ihrem kritischen Anspruch stand und mit der sie zumindest anfangs auch nichts verband. Der späte Versuch einer politischen Indienstnahme des *rock'n roll* (Rock gegen rechts etc.) in den siebziger Jahren hat diese Regression nicht rückgängig, sondern nur sinnfällig gemacht. Die kritische, erste Nachkriegsgeneration wuchs ohne Vorbilder und übernehmbare Maßstäbe auf und suchte sich neue.

Unter Schülern und Studenten kursierte Ende der fünfziger Jahre *konkret* (damals noch im Zeitungsformat wie heute die DVZ/tat und vor dem Hintergrund des frischen KPD-Verbots). Dort wurden antimilitaristische Sichtweisen vermittelt, die in der übrigen Publizistik so kaum oder gar nicht vorkamen. Die Ostermarschbewegung gewann an Einfluß.

1961 veröffentlichte der (der SPD bereits suspekter) SDS nicht nur seine berühmte Denkschrift »Hochschule in der Demokratie«, sondern bemühte sich insgesamt um mehr Wirksamkeit auch außerhalb der Hochschulen. Im gleichen Jahr fand z.B. auf Burg Waldeck ein Seminar über Polen statt. Die junge Volksrepublik wurde nach einem Besuch einiger Genossen ebenso nostalgisch wie euphorisch dargestellt (Reise in die alte Welt, aufstrebender Industriestaat, sozialistische Demokratie). Für einen damals Achtzehnjährigen verdichtete sich zur Gewißheit, was in der Schule nicht konfirmiert wurde — die jungen, östlichen Volksrepubliken hatten zumindest die Moral und schienen auch die geschichtliche Initiative auf ihrer Seite zu haben. Ein geflügeltes Wort war damals: der historische Zug fährt nach links.

Durchschlagender noch war indes die Diskussion um den Alleinvertretungsanspruch

der Bundesrepublik, um die Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze und vor allem der DDR. Anstecker mit dem Slogan *DDR anerkennen* kamen auf, Stigma und Ausweis zugleich.

Noch einmal Waldeck: Die nicht zu unterschätzende Verbindungslinie Jugendbewegung/SDS⁵ führte ab 1963 zu den legendären »Festivals« *chanson folklore international*: Dort trat auf (und holte sich z.T. seinen Plattenvertrag), was dann an linken Liedermachern in den siebziger Jahren den Ton angab. Degenhardt, Süverkrüp, Wader, aber auch die Kröher-Brüder, Katja Ebstein, Christin Bauer-Horn, aber auch Reinhard May oder Ivan Rebroff sangen — jeweils recht unterschiedlich — die politische und ästhetische Revolte und fanden ihr Publikum.⁶

In diesen Jahren des unmerklichen Aufbruchs gab es ein Thema, das alle Diskussionen beherrschte. Das war die Frage des gesellschaftlichen Engagements — ob denn überhaupt (*nach* alledem), wie denn und für was. Die Antworten wurden nach 1968 gegeben, im Zuge der nicht minder beherrschenden Diskussionen um die Organisationsfrage (*trotz* alledem) — mit allen Folgen.

Ohne dieses Klima aufkeimender politischer, intellektueller und wissenschaftlicher, künstlerischer und literarischer Eigenständigkeit wären die Auseinandersetzungen 1967 an der FU Berlin um Kuby und Krippendorf lokale Ereignisse geblieben. Das Foto des erschossenen Benno Ohnesorg 1968 wäre vermutlich noch nicht einmal publiziert worden, so wie sich die Presse in den fünfziger Jahren über erschossene Demonstranten ausgeschwiegen hatte. Inzwischen gab es aber eine kritische Öffentlichkeit.

Die 68er-Revolte war Ergebnis und temporäres Zwischenspiel einer mindestens anderthalb Jahrzehnte lang angebahnten, überwiegend jugendlichen Emanzipationsbewegung, mit der sich vor allem die erste Nachkriegsgeneration gegen die preußisch geprägte Mentalität ihrer Gründer jedweder Couleur und die deutsch-deutsche Konfrontation zur Wehr setzte und nach zwölf Jahren Faschismus und einem Jahrzehnt des Wiederaufbaus den Anschluß an das politische und kulturelle Niveau der Nachbarländer suchte und fand. Das ist nicht wenig.

Dies als »Renovierung des Überbaus«, als »Kulturrevolution statt Revolution« abzutun, entspricht dem Maximalismus einer bestimmten sektiererischen Presse. Beide seien die Voraussetzung zur Entwicklung der Bundesrepublik zu einem modernen imperialistischen Staat gewesen, meint Gremliza. Ohne Studentenbewegung also keine Präsenz der Bundesmarine im Mittelmeer, die Konzerne hätten ihr Engagement in Südafrika eingestellt und neue Technologien gäbe es bei uns nicht; und überhaupt wäre der autoritäre Adenauerstaat offenbar vorzuziehen gewesen — *der rhetorische Materialismus* treibt seine Blüten und *macht postmoderne Avancen*.

Vor allem die Studentenbewegung als wesentlicher Teil dieser Emanzipationsbewegung hat die Frage nach dem historischen Standort der Bundesrepublik gestellt und — unter Rückweisung konservativer Fälschungen — eindeutig und *eigenständig* beantwortet.

Die Emanzipation von der profaschistischen Geschichtsinterpretation ist zwar, wie der derzeitige, zweite bundesrepublikanische Historikerstreit zeigt⁷, keineswegs abgeschlossen, wurde aber damals auf den Weg gebracht. Sie war die Befreiung von der

postfaschistischen Herrschaft über Köpfe und unabdingbare Voraussetzung der Entwicklung einer kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik.

Die 68er-Revolte war Fixpunkt einer Emanzipationsbewegung, die von dieser Revolte geprägt und zerfasert wurde, aber bis heute nachwirkt und nach wie vor ein kritisches Potential dieser Republik stellt. Diese Bewegung dauert an, es fehlt ihr aber mehr denn je an Souveränität und einem klaren Geschichtswillen — und damit an wirklichem politischem Bewußtsein.

Anmerkungen

- 1 Düsseldorf Kabarettistin (»Das Kom(m)ödchen«), lehrt heute an der Folkwang-Schule in Essen.
- 2 Vgl. Michael Schneider, Nicht alle sind tot, die begraben sind. Versuch über meine Nachkriegs-Kindheit, in: ders., Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom, Köln 1984.
- 3 Unlängst hat der Jurist und Literaturwissenschaftler Hans Mayer auf ebenso ironische wie eindrucksvolle Weise die katholisch-rheinische Restauration am Konflikt Böll—Adenauer gekennzeichnet als einen »Konflikt der kölschen Anarchie«. Vgl. *Spiegel* Nr. 17 vom 25.4.88, S.210.
- 4 U. Kurth erklärt den *cool jazz* zur bürgerlichen Adaption einer ehemaligen Musik der Revolte (in: H.W. Heister, Hrsg., Musik der fünfziger Jahre, Berlin 1980, Argument-Sonderband 42). Doch Jazz als Revolte, das war in den USA spätestens mit *swing* und *big band-jazz*, mit Gershwin und Ellington vorbei. Eben davon hoben sich *bebop* und der *cool jazz* als seine intellektuellere Variante ab. Doch es gab eben auch (den frühen) Miles Davis oder John Coltrane, die diesen kühlen Jazz heiß zu spielen verstanden. Der Vorwurf eines akademischen Konzertsaal-Jazz entspricht genau dem Neoproletkult der siebziger Jahre. Es ging aber um eine aufklärerische Musik, die den Kopf forderte und bediente, ohne den Bauch zu vernachlässigen.
- 5 Tilman Fichters Arbeit *SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei* liefert hierzu Anhaltspunkte und wird in *spw* 43 besprochen.
- 6 Den Abgesang dieser Entwicklung repräsentieren die Kröher-Brüder: 1968 sangen sie die *Internationale* so frisch wie später auf Gewerkschaftskundgebungen *Wann wir schreiten Seit an Seit*. In den achtziger Jahren brüsten sie sich mit der Gründung eines Chors der Bundesmarine.
- 7 Der erste bundesrepublikanische Historikerstreit entbrannte 1961 nach Veröffentlichung der bahnbrechenden Untersuchung von Fritz Fischer über die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg (»Griff nach der Weltmacht«).

Marxistische Theorie

Uwe Hirschfeld

Zum Nutzen von Gramscis Intellektuellen-Theorie für politische Bildung

*Und dennoch, arme Emilia,
du Mädchen von geringem Wert,
Ausgestoßene, Entrechtete der Welt,
du hast ein Bewußtsein.
Ein Bewußtsein ohne Worte.
Also auch ohne Geschwätz.*

Pier Paolo Pasolini, Teorema oder Die nackten Füße

Jedes pädagogische Handeln bedarf einer Reflexion übergreifender Zusammenhänge. Erst im Rahmen einer Gesellschaftstheorie ist der jeweilige pädagogische Ansatz zu verstehen bzw. zu kritisieren. Akzeptiert man diese Beziehung, so ist es auch legitim, umgekehrt zu verfahren und in einer *Theorie der Politik und Kultur* nach Elementen für pädagogische Konzeptionen zu suchen.

Wenn wir uns im folgenden mit der Intellektuellen-Theorie Gramscis beschäftigen und dabei fragen, welche Orientierungen dadurch für die politische Bildungsarbeit zu gewinnen sind, werden wir einerseits bestimmte Komplexe aus anderen Zusammenhängen abzuleiten haben, andererseits aber auch einige pädagogische Vorschläge Gramscis direkt aufgreifen können.

»Alle sind Philosophen!«

Gramsci will das Vorurteil zerstören, »Philosophie sei etwas sehr schwieriges, weil sie als geistige Aktivität für eine bestimmte Kategorie von Spezialwissenschaftlern oder systematischen Berufsphilosophen charakteristisch sei.« (R, 129; vgl. auch 150) Er geht vielmehr davon aus, »alle seien — wenn auch unbewußt — Philosophen, weil auch in der alltäglichsten Manifestation einer wie auch immer gearteten geistigen Aktivität, der 'Sprache', eine bestimmte Weltanschauung enthalten ist«. Diese »spontane Jedermannsphilosophie« (ebd., 130) findet ihren Ausdruck in der Lebenspraxis eines jeden Menschen. »Der aktive Mensch aus der Masse handelt praktisch, hat aber kein klares, theoretisches Bewußtsein dieses seines Handelns ... Sein theoretisches Bewußtsein kann sogar historisch gesehen im Gegensatz zu seinem Handeln stehen.« (Ebd., 138) »Und geschieht es nicht oft, daß ein Widerspruch zwischen geistigem Faktum und Verhaltensnorm besteht? Welches wird dann die wirkliche Weltanschauung sein: die als

geistiges Faktum logisch behauptete oder die aus der wirklichen Tätigkeit eines jeden Menschen hervorgehende, in seinem Handeln implizit enthaltene?» (Ebd., 132)

Es mag nun auf den ersten Blick verwirren, daß Gramsci, nachdem er alle Menschen als Philosophen bezeichnet hat, durchaus nach Unterschieden sucht und diese auch begrifflich fassen will — auch so, daß die »Philosophie« wieder auftaucht, diesmal aber als durchaus eingegrenzter, vom Alltagsverstand geschiedener Begriff. Über die Weltanschauung des Massenmenschen, den Alltagsverstand, sagt Gramsci:

»Ist die Weltanschauung nicht kritisch und kohärent, sondern zufällig, dann gehört man gleichzeitig einer Vielzahl von Massenmenschen an, die eigene Persönlichkeit ist auf bizarre Weise zusammengesetzt: man findet in ihr Elemente des Höhlenmenschen und Prinzipien der modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft, lokale Vorurteile aller vergangenen geschichtlichen Phasen und zugleich Intuitionen einer zukünftigen Philosophie, die dem in der ganzen Welt geeinten Menschengeschlecht eigen sein wird.« (Ebd., 130)

Mit Karin Priester kann man feststellen, daß der Alltagsverstand »nicht schlechthin 'falsches' Bewußtsein ist«, charakteristisch ist vielmehr seine Inkohärenz: »Neben richtigen, z.T. durchaus kritischen Einsichten stehen Restbestände älterer Denktraditionen, abgesunkenes Kulturgut, Vorurteile etc.« (Priester 1981, 19)

Diese »bizarre« Mischung entspringt nicht der »Dummheit« der Leute. Den einzelnen Versatzstücken des Alltagsverstandes liegt vielmehr eine lang erprobte und bewährte Funktionalität eben dieser »Vorurteile etc.« für die Führung des Lebens zugrunde. Dabei ist ebenfalls zu beachten, daß die »richtigen, z.T. durchaus auch kritischen Einsichten« zwar auf der Ebene der Reflexion isoliert sind, aber im praktischen Leben eine Einheit bilden, so daß bestimmte intellektuelle »Durchdringungen« der gesellschaftlichen Situation gleichzeitig die »Fesselung« an diesen Zustand bewirken können, um es mit den Worten von Paul Willis auszudrücken (vgl. Willis 1979; bes. 183ff.).

Das weist auf die Notwendigkeit hin, nicht nur nach »richtigen« und »falschen« Elementen im Alltagsverstand zu suchen, sondern vor allem die Bedeutung der widersprüchlichen Teile in ihrem Gesamtzusammenhang des praktischen Lebens erkennen zu müssen. W.F. Haug betont daher, daß bei Gramscis Konzeption des Alltagsverstandes der Akzent »auf dem Leistungsaspekt von Bewußtseinsgehalten« liegt. »Sie werden nicht nur kognitiv (ob wahr oder falsch die Wirklichkeit abbildend), sondern auch und zunächst als Vergesellschaftungskräfte gefaßt.« (Haug 1985, 82) *Die bewährte Funktionalität* bestimmter Einstellungen ist selbst eine Funktion, die sich im Widerspruch zur Totalität und der Beziehung der einzelnen Teile zueinander befindet: *sie ist immer nur eine partielle Funktionalität*. Sie entspricht damit dem Verhältnis der Teile untereinander. Die realen Antagonismen und realen Ungleichzeitigkeiten der Gesellschaft reproduzieren sich auch in der Widersprüchlichkeit des Alltagsverstandes. Insgesamt ergibt sich daraus für das Individuum aber dennoch eine Handlungsfähigkeit, aber eine in den ideologischen Formen der Klassengesellschaft. »Den ideologischen Subjekten erlaubt diese Abteilungsstruktur des Erlebens und Verarbeitens eine vielfache Buchführung, die zum widerspruchsfreien Einverständnis mit den widersprüchlichen Verhältnissen befähigt.« (Haug 1979, 199) Vom Alltagsverstand geschieden ist bei

Gramsci die Philosophie, die er als systematisch, wissenschaftlich, kohärent und damit auch selbstreflexiv versteht, beispielsweise der Marxismus, die »Philosophie der Praxis«. Zwischen dieser Philosophie und der Philosophie des Alltagsverstandes besteht »keine 'qualitative', sondern nur eine 'quantitative' Differenz« (R, 149). Womit wir uns einem zweiten Theorem Gramscis zuwenden, der *Kulturwerdung* der Philosophie der Praxis, des Marxismus also.

Intellektualisierung der Massen

Auf diesen Begriff hat es Ulrich Schreiber (1982, 98) gebracht: der Vorgang, in dem die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die intellektuell-moralische, die kulturelle Führung der Gesellschaft übernehmen. Doch müssen wir zunächst auf den Begriff des Intellektuellen bei Gramsci noch etwas genauer eingehen. Zu Beginn schärft er uns wieder ein: »Alle Menschen sind Intellektuelle« (R, 409), da es keine menschliche Tätigkeit ohne jede intellektuelle Beteiligung gibt. Aber, fügt er hinzu, »nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen« (ebd.). Im Zusammenhang mit seiner Konzeption der hegemonialen Herrschaft, der »società civile«, also dem (Funktions-)Bereich, der die Zustimmung der Beherrschten zur Führung der Gesellschaft durch die Bourgeoisie organisiert, bestimmt er die Intellektuellen als die Organisatoren der Hegemonie.

So gesehen, kann man eigentlich gar nicht von *den Intellektuellen* sprechen, denn: »Jede Gesellschaftsklasse, die sich bildet ..., schafft sich zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewußtheit der eigenen Funktion nicht allein auf ökonomischem, sondern auch auf gesellschaftlichem und politischem Gebiet verleihen.« (Ebd., 405f.) Auch die Arbeiterklasse und andere subalterne Klassen bilden trotz Behinderungen ihre Intellektuellen aus. Dazu gehören beispielsweise der Betriebsrat, der Funktionär einer Kulturvereinigung italienischer Arbeiter in der BRD usw. Wie bereits gesagt, ist dabei nicht die »Menge« der intellektuellen Tätigkeit das ausschlaggebende Merkmal, sondern *die sozial organisierende Funktion*. So muß man auch den engagierten Vertrauensmann im Betrieb und die Aktivistin der Frauenbewegung dazu rechnen: Auch über sie und auch durch sie wird die »Homogenität und die Bewußtheit der eigenen Funktion« im gesellschaftlichen und politischen Bereich entwickelt und bewahrt. Die »Intellektualisierung der Massen« geht also einher mit der Entwicklung des Bewußtseins der Beherrschten vom bizarren Alltagsverstand zu einer kohärenten Philosophie und deren Durchsetzung in der gesellschaftlichen Realität. Welche Orientierungen ergeben sich daraus für die Bildungsarbeit?

Das Grundprinzip der Konkreszenz von Lehrenden und Lernenden

Gramscis Kampf gegen den Ökonomismus findet sein Fundament in der »Vorstellung einer absoluten Historizität« (Demirović 1984, 7), denn: »Wir kennen die Wirklichkeit nur im Verhältnis zum Menschen. Und da der Mensch geschichtliches Werden ist, sind auch Erkenntnis und Realität ein Werden, ist auch Objektivität ein Werden, etc.« (R, 228)

Diese Wertung des Begriffs von Wirklichkeit (und in der Folge von Wahrheit, Objektivität usw.) kann in seiner Bedeutung für die Pädagogik nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es gibt nichts, das der Auseinandersetzung der Klassen entzogen wäre (im Sinne eines »Hinterlandes«, um Gramscis Bild des »Stellungskrieges« zu gebrauchen; vgl. Demirović 1984, 5), mehr noch: die Konstitution der Wirklichkeit selbst ist schon Ergebnis von Kämpfen, ist Bedingung und Ziel.

Es geht also nicht einfach darum, die Wahrheit über den gesellschaftlichen Prozeß herauszufinden, und diese dann, konkurrierend mit bürgerlichen Ansichten, durchzusetzen. Es geht vielmehr darum, die Parteilichkeit der Wahrheit der bürgerlichen Hegemonie, d.h. die scheinbare Allgemeingültigkeit der bürgerlichen Wahrheit, zu überwinden. Dies kann nur mit einer tatsächlich vom Standpunkt der »menschlichen Gesellschaft« oder der »gesellschaftlichen Menschheit« aus konstituierten und von daher wissenschaftlichen Wahrheit geschehen (s. Marx, 10. These über Feuerbach; MEW 3, 7). Diese Bestimmung von Standpunkt und Perspektive ist keine Haarspalterei für den in seinem Kämmerlein sitzenden Interpreten der Welt, sondern sie ist notwendiger Bestandteil dessen, was Marx in der 3. These über Feuerbach beschrieb: »Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als *Praxis* gefaßt und rationell verstanden werden.« (MEW 3, 534)

Der wesentliche Unterschied zwischen der Konstitution der bürgerlichen Hegemonie — also der Verallgemeinerung der partiellen bürgerlichen Ansichten als Bestandteile des Alltagsverstandes und damit der Lebensweise der Massen in Anerkennung der Führerschaft der bürgerlichen Klasse — und dem Aufbau der Hegemonie des Proletariats liegt eben in der *umwälzenden Praxis*, in der Überwindung der hierarchischen Teilung der Gesellschaft *schon in der Bewegung* zu dieser Transformation. »Die Position der Philosophie der Praxis steht der katholischen Philosophie antithetisch gegenüber: Die Philosophie der Praxis hat nicht die Tendenz, die 'Einfachen' in ihrer primitiven Philosophie des Alltagsverstandes zu belassen, sondern will sie vielmehr zu einer höheren Lebensauffassung führen.« (R, 137)

Nun können gesellschaftliche Verhältnisse nicht ohne weiteres mit pädagogischen Verhältnissen identisch gesetzt werden. Dennoch bestehen gewisse Beziehungen, auf die Gramsci selbst hinwies: »Jedes Hegemonie-Verhältnis ist notwendig auch ein pädagogisches Verhältnis« (ebd., 152). Gramsci beschreibt die moderne Pädagogik als jene Auffassung, »wonach das Schüler-Lehrer-Verhältnis ein aktives Verhältnis gegenseitiger Beziehungen ist. Danach ist jeder Lehrer immer Schüler und jeder Schüler zugleich Lehrer. (...) Dieses Verhältnis existiert in vollem Umfang innerhalb der gesamten Gesellschaft und für jedes Individuum gegenüber den anderen Individuen, zwischen intellektuellen und nichtintellektuellen Schichten, Regierenden und Regierten, Eliten und Anhängern, Führern und Geführten, Vortrupps und Haupttruppen.« (Ebd.)

Wenn wir auch in der Bewegung, die die Überwindung der hierarchischen Teilung der Gesellschaft anstrebt, unterscheiden müssen zwischen »Führenden« und »Geführten«, wobei durchaus die Tendenz besteht (und gefördert werden muß), diesen Unterschied aufzulösen (und zwar schon in der Bewegung selbst!), so kann man jedenfalls in der Bildungsarbeit unmöglich so tun, als gäbe es keine »Lehrer« und keine »Schüler«,

so tun, als wäre die Identität schon hergestellt (wie es in mancher »anti-autoritären« Strömung wohl mal Mode war), nämlich schlicht per Definition. Es erscheint ehrlicher und angebrachter zu sein, von einer *Konkreszenz der Lehrenden und Lernenden* zu sprechen. Diese kann man auf zwei Ebenen hervorheben.

Nicht nur, daß sozialistische Bildungsarbeit, wie jeder Lehrer, Lernende zur allgemeinen Voraussetzung hat — für die sozialistische Bildungsarbeit ergibt sich das nicht nur aus organisationslogischen Gründen, sondern in erster Linie aus der Bestimmung ihres Ziels: sozialistische Bildungsarbeit als (möglichst) allgemeine Bildung der potentiellen Allgemeinheit (verstanden im Gegensatz zur segmentierenden bürgerlichen Bildung — was sowohl sozial als auch inhaltlich gilt). Dies trifft sich mit der eingesehenen Notwendigkeit, politisch aufeinander angewiesen zu sein; nur schlechte Lehrer glauben, die Revolution allein machen zu können. Zugegebenermaßen verlangt diese Ebene der Einsicht in die Konkreszenz von Lehrenden und Lernenden im pädagogischen Alltag ein hohes Maß an historischer Perspektive, und ist im Einzelfall, wenn Hugo den gestreßten Lehrer Willi wieder und wieder nervt, nur bedingt tröstlich.

Die andere, die *zweite Ebene*, ist greifbarer, bietet im täglichen Trott die Gewähr für Erfolgserlebnisse: Das Lernen vom Schüler ist die Voraussetzung für die Konkretion des abstrakten Wissens über die objektiven Zusammenhänge. (In diesem Sinn ist die Bemerkung Brechts zu verstehen: »Der Lernende ist wichtiger als die Lehre.« (Brecht 20, 46) Das, was der Lehrer an Erkenntnissen mitbringt, bleibt isoliert und wirkungslos, solange es nicht vermittelt wird mit der individuellen Wahrnehmung des Schülers. Und diese — ja als objektive, in der eigenen Anschauung erlebte Wirklichkeit — kennt in seiner spezifischen Ausprägung zunächst nur der Schüler. Dabei muß *kennen* als *leben* verstanden werden. Da es gar keinen anderen Ansatz als den am Alltagsbewußtsein gibt, muß sich der Lehrer belehren lassen. Je genauer er zuhört, hinsieht, mitfühlt, je besser er also lernt (und genau das sollte er in seiner Ausbildung gelernt haben ...), desto besser kann er lehren. So wie er es lernt, seine abstrakten Kenntnisse im Hinblick auf die Lebensbedingungen und individuelle Weltanschauung des Lernenden zu konkretisieren, lernt dieser, »die objektiven, klassen- und standortspezifischen gesellschaftlichen Bedingtheiten tatsächlich als verallgemeinerbare Züge seiner eigenen unmittelbar erfahrenen Lebenslage (zu) erkennen.« (Holzkamp-Osterkamp 1976, 461)

Wenn Gramsci in seiner Kritik des »Gemeinverständlichen Lehrbuchs der marxistischen Soziologie« (Bucharins »Theorie des Historischen Materialismus«), immer wieder darauf hinweist, daß man »von der kritischen Analyse der Philosophie des Alltagsverstandes« ausgehen müsse (R, 205), so ist das nicht nur, wie er selbst sagt, als eine in gewissen Grenzen »methodologische Bemerkung« (ebd., 207) zu verstehen, die nur im »Schulzimmer« ihre Geltung hat, sondern dieser Ansatz ist in Gramscis Verständnis der Ausgangspunkt des Marxismus überhaupt: »Eine Philosophie der Praxis kann zunächst nur polemisch und kritisch auftreten, als Überwindung früherer Denkweisen und des bestehenden konkreten Denkens (oder der bestehenden kulturellen Welt).« (Ebd., 136) Um Mißverständnissen zugleich vorzubeugen: Selbstverständlich erkennt Gramsci die Notwendigkeit einer philosophischen (oder jeder anderen wissen-

schaftlichen) Auseinandersetzung auf systematischer Ebene an, aber allein aus der Tatsache, daß man über eine kohärente Philosophie verfügt, darf nicht die Systematik zum didaktischen Dogma erhoben werden. »Bei einem Philosophieunterricht, der den Lernenden nicht historisch über die vergangene Entwicklung der Philosophie informieren, sondern ihn kulturell bilden, ihm helfen soll, kritisch sein eigenes Denken zu erarbeiten, damit er an einer ideologischen und kulturellen Gemeinschaft teilhaben kann, muß man von dem, was der Lernende bereits wußte, von seiner philosophischen Erfahrung ausgehen (nachdem ihm gezeigt wurde, er verfüge über eine derartige Erfahrung und sei, ohne es zu wissen, 'Philosoph').« (Ebd., 209)

Einige pädagogische Aspekte

Das grundlegende Verhältnis, das jeder Mensch zu den Phänomenen der Welt hat, egal, ob er es bewußt formulieren kann, ob er es fühlt oder einfach lebt, ist das von *Akzeptanz/Widerstand*. Dieses Verhältnis ist immer und kann nur als solches *Welt-Anschauung* sein: ein *allseitiges*. Denn im individuellen Leben, das in den Grenzen des jeweils historisch Möglichen allseitig ist, ist ja auch die *Wahrnehmung/Nicht-Wahrnehmung* ein Verhältnis, das auf der Achse zwischen den Antipoden Akzeptanz und Widerstand anzusiedeln ist. Die Entwicklung des Alltagsverstandes von der spontanen, bizarren Weltanschauung zur systematischen, kohärenten Philosophie, ist ein Prozeß, der nicht in erster Linie in die Breite geht durch die zusätzliche »Gabe« von Wissen. Es ist kein Prozeß, der sich von empirischer Einseitigkeit zu empirischer Allseitigkeit bewegt, sondern in erster Linie ein *Prozeß der kritischen Bewußtwerdung des bestehenden allseitigen Verhältnisses des jeweiligen Menschen zur Welt*. Die Erkenntnis des einzelnen, daß sich durch die nicht-bewußte Nicht-Wahrnehmung bestimmte Probleme, die Akzeptanz der herrschenden Problemlösung (die bekanntlich die der Herrschenden ist) ausdrückt, ist zuerst eine qualitative Leistung — die allerdings dann auch quantitative Folgen haben kann. Die Lernprozesse in der Friedensbewegung sind dafür ein eindrucksvolles Beispiel: von der Nicht-Wahrnehmung des Problems als dem Einverständnis mit der ständigen Aufrüstung zum bewußten Widerstand; damit einhergehend die Aneignung erstaunlicher Fachkompetenz in Fragen von Militärtechnik und -strategie.

Faßt man die Problematik in dieser Weise auf, so leuchtet auch die Bestimmung ein, daß es sich um einen Prozeß der Selbsterkenntnis handelt, um die Entwicklung des Individuums, das sich zunehmend bewußt als Teil der Welt erkennt und sich damit zum Subjekt der Geschichte entfalten kann. In diesem Sinn müssen auch die frühen Überlegungen Gramscis zur Kultur verstanden werden, die er in einem seiner ersten Artikel für »Il Grido del Popolo« formulierte: Kultur »ist Organisation, Disziplin des eigenen Ichs, Besitz der eigenen Persönlichkeit, Eroberung eines höheren Bewußtseins, mit dessen Hilfe es gelingt, den eigenen geschichtlichen Wert zu begreifen« (ebd., 21). Die Bedeutung des einzelnen, die Anerkennung seiner Individualität, bleibt auch in den späteren Schriften von zentraler Wichtigkeit für die politischen Überlegungen Gramscis und sollte, gerade von Pädagogen und Funktionären in der Bildungsarbeit,

nicht unterschätzt werden. Wo es der Partei oder der politischen Organisation nur selten möglich ist (wenn überhaupt), ein Klima zu schaffen, das dem einzelnen seinen Wert und seine Würde läßt (was Peter Weiss u.a. in seiner »Ästhetik des Widerstands« problematisiert), so steht dem Pädagogen als einem individuellen Gegenüber (und nicht als »Satzungsorgan«) die Möglichkeit offen, den einzelnen dies auch erkennen zu lassen. Gerade der Lehrende darf nicht die Persönlichkeit ignorieren und einfach übergehen, in Schubladen ablegen. Im Gegenteil, er muß die Anerkennung der Persönlichkeit fördern, sie in jeder individuellen Ausprägung akzeptieren und von ihr lernen. Ohne diese Anerkennung, die, wie das Wort schon zeigt, Teil der Erkenntnis ist, gibt es keine bewußte, kritische Weiterentwicklung.

Ein zweiter Aspekt wird in einer anderen Formulierung Gramscis zu diesem Komplex deutlich. Er schreibt, daß »es sich nicht darum handelt, *ex novo* eine Wissenschaft in das individuelle Leben 'aller' einzuführen, sondern darum, eine bereits vorhandene Tätigkeit zu erneuern und 'kritisch' zu machen« (ebd., 136). Dabei ist Tätigkeit keinesfalls nur bezogen auf Denktätigkeit. Gemeint ist vor allem die Tätigkeit, die Gramsci den Intellektuellen definieren ließ, als den Organisator von Hegemonie; gemeint ist vor allem die Tätigkeit, die sich als gelebte (und nicht nur gedachte) Weltanschauung zeigt. Wenn es bei der Beschreibung des Alltagsverstandes hieß, daß sich in ihm sowohl »Elemente des Höhlenmenschen« als auch der »modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft« finden lassen, dann heißt das auch, daß sich im Leben des einzelnen sehr wohl Tätigkeiten finden lassen, die diesen fortschrittlichen Elementen entsprechen. Diese Tätigkeiten gilt es aufzuspüren, zu erkennen, *bewußt* zu machen und *bewußt* zu *machen*. Damit werden sie im Prozeß der Selbsterkenntnis zu Kristallisationspunkten: bereits Vorhandenes wird »erneuert«, d.h. bestärkt durch das Bewußtsein dieses Tuns. Damit wird es »kritisch«, wie es Gramsci ausdrückte. *Kritisch* ist dabei sowohl zu verstehen als Zuordnung (Teil der kritischen Kultur) als auch als Bezeichnung für eine Funktion dieser erneuerten Tätigkeiten in der Gesamtheit des individuellen Lebens, die der Funktion der »kritischen Masse« im Prozeß der Atomspaltung entspreche.

Daß dieser Ansatz an Tätigkeiten erfolgt, ist auch eine Möglichkeit der Anerkennung der Individualität des Lernenden. Nicht die sich lediglich über Sprache ausdrückenden Elemente der Persönlichkeit stehen im Zentrum der Aufmerksamkeit. Diese erscheinen den Betroffenen viel auswechselbarer, irrelevanter, unwesentlicher und weniger ihre Person ausmachend, als Handlungen, Tätigkeiten. (Wobei selbstverständlich graduelle Unterschiede zwischen beispielsweise Lehrlingen und Studenten zu beachten sind.) Eine Beschäftigung mit den Tätigkeiten des praktischen Lebens in der Absicht, die Subjekte das Bewußtsein ihres Handelns entdecken zu lassen, solche Anerkennung der aktiven Persönlichkeit, verleiht auch den Mut und die Kraft, anderes in Frage zu stellen, zu bedenken, entstehende Widersprüchlichkeiten auszuhalten, letztendlich produktiv zu nutzen. Denn, man muß es sich selbst immer wieder deutlich machen, auch die entwickelte, kohärente, selbstreflektive Weltanschauung ist eine Einheit von Theorie und Praxis, auch sie muß im Handeln liegen, in den Tätigkeiten implizit sein. Zu dem Prozeß des sich entfaltenden Selbstbewußtseins, das sich um die erneuerten Tätigkeiten entwickelt, gehört auch ab einem bestimmten Moment die Ein-

sicht, daß Sprache eine durchaus relevante gesellschaftliche Handlung des Individuums ist. Die zunehmend reflektierte Auseinandersetzung über die Unterschiede zwischen verbalem und dem aus den Tätigkeiten explizierten Bewußtsein verläuft dabei in verschiedenen Phasen, die das jeweilige Verhältnis von »Rede« und »Tat« repräsentieren. »Auch die Einheit der Theorie und Praxis [im Handeln und Denken des Individuums; Anm.d.Verf.] ist also keine gegebene Tatsache mechanischen Charakters, sondern eine historische Entwicklung, die ihre elementare und primitive Phase im Sinne der 'Unterscheidung', der 'Distanz', der fast instinktiven Unabhängigkeit [der Praxis von der Theorie; Anm.d.Verf.] hat und bis zum realen und vollständigen Besitz einer kohärenten und einheitlichen Weltanschauung fortschreitet.« (M, 82; in anderer Übersetzung: R, 138)

So wie der Ansatz bei Tätigkeiten des praktischen Lebens genommen wird, diese erneuert werden, so muß der Lehrer genug gelernt haben, um die Folgen dieser »kritisch« gemachten Tätigkeiten antizipieren zu können. Es ist nicht damit getan, das hellbrennende Streichholz in die Rumpelkammer zu werfen, wenn man nicht schon ein »neues« Dach in Aussicht hat. Anders ausgedrückt: die so bizarren und widersprüchlichen Elemente des Alltagsverstandes sind für den Eigentümer äußerst wertvoll, so verstaubt sie dem Lehrer vielleicht auch manchmal erscheinen mögen. Diese Elemente (und z.T. auch die Struktur ihrer Anordnung) sind von vielen Klassenmitgliedern der jeweiligen Region lange erprobt worden, mit ihnen bewältigt der Lernende die Anforderungen, die das Leben an ihn stellt und sie verbinden ihn mit anderen Angehörigen seiner Gruppe, seiner Klasse, seiner Region und Zeit. Es wäre unverantwortlich, jemandem diese Basis leichtfertig zu entziehen. Wenn mit der Erneuerung bestimmter Tätigkeiten ein (selbst-)kritischer Prozeß in Gang gesetzt wird, dann muß auch darauf geachtet werden, daß die »Elemente des Höhlenmenschen«, die »lokalen Vorurteile« usw. nicht einfach verdammt werden. Die Lehrenden sollten zunächst erkannt haben, welche realen Probleme damit gemeistert werden. Denn die Probleme verschwinden ja nicht mit den »Vorurteilen«, was das klägliche Scheitern aller Demaskierungsstrategien erklärt. Neben der Unsicherheit, den Zweifeln, die in einem Prozeß der Selbsterkenntnis unvermeidlich, aber auch produktiv sind, muß die Möglichkeit stehen, Alternativen zu den Problemlösungen des »Höhlenmenschen« zu entwickeln. Diese dürfen nicht nur abstrakt sein, diese müssen auch in der konkreten Bewältigung des Lebens den alten Elementen mindestens ebenbürtig sein; besser noch: im praktischen Leben ihre (im besten Sinne des Wortes) *Überlegenheit* beweisen. Nicht zuletzt steht an dieser Stelle auch die Lebensführung des Lehrers zur Diskussion: er muß mit seinem eigenen Leben für die »Überlegenheit« einer selbstkritischen Praxis bürgen. Zweierlei gibt es noch in diesem Zusammenhang hervorzuheben: Unter »Alltagsverstand«, »Tätigkeiten des Alltags« (was feiertägliche Besonderheiten wie Streik selbstverständlich mit einschließt), sollten wir nicht nur das *täglich* Wiederkehrende verstehen. Man muß *All tag* beziehen auf *alle* Bereiche des Lebens, so wie wir zuvor schon seine *Allseitigkeit* nach »außen« bestimmt haben, gilt sie auch nach »innen«. Oder, um es mit dem beliebten Modewort auszudrücken, das Individuum muß »ganzheitlich« gesehen werden. Die Absicht zu »politisieren« heißt für eine von Gramsci orientierte Bildungsarbeit nicht,

das Interesse der Lernenden auf Politik zu konzentrieren (und damit zu begrenzen), sondern eher im Gegenteil, das Politische im scheinbar Privaten zu entdecken (zu entgrenzen). Auch im Privaten, was ja nur eine Form der widersprüchlichen Gesellschaftlichkeit des Kapitalismus ist, kann und muß das Bewußtsein der eigenen Person gefunden werden. Das gilt um so mehr, wenn man weiß, daß die auf den ersten Blick so entgegengesetzten Felder »Privat«/»Politik« gerade im Individuum sehr wohl über bestimmte Haltungen und Einstellungen miteinander verknüpft sind. So entscheidet sich beispielsweise die Frage der Kriegsdienstverweigerung nur oberflächlich an politischen Einstellungen, entscheidender ist es, ob der einzelne die (vermeintliche) »Weiblichkeit« des Zivildienstes für sich akzeptiert oder nicht (siehe Birkenbach 1985; besonders 221ff.). Das zweite in diesem Zusammenhang zu Erwähnende ist die zeitliche Dimension. Eine an Gramscis Überlegungen orientierte Bildungsarbeit ist auf das Gegenwartige bezogen, denn die Zukunft wird gestaltbar, weil sich in der Gegenwart die Potenzen dazu entwickeln. Die Spannungen, die sich zwischen dem heutigen Alltag und dem Fernziel einer Gesellschaft, »worin die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (MEW 4, 482), entwickeln, sind produktive Spannungen, weil sie nicht auf der Resignation der Vertrösteten oder der Gewißheit einer Geschichtsautomatik (die letztlich lähmend ist) beruhen, sondern auf der konkret erfahrenen Entwicklungsfähigkeit der eigenen, persönlichen und kollektiven Kraft. Über dieses Verhältnis, das ja auch das von individueller Entwicklung und gesellschaftlichem Fortschritt ist, notierte Gramsci: »Daß die ethische 'Verbesserung' nur individuell sei, ist Illusion und Irrtum: die Synthesis der konstitutiven Elemente der Individualität ist 'individuell', aber ohne eine nach außen gerichtete Tätigkeit verwirklicht und entwickelt sie sich nicht zu einer die äußeren Verhältnisse verändernden Kraft, Verhältnisse, die bei den Beziehungen zur Natur beginnen und bis zu den Beziehungen zu den Menschen reichen, auf verschiedener Stufe, in den verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen, in denen man lebt, bis hin zum allgemeinsten Verhältnis, das die gesamte Menschheit umfaßt.« (R, 160)

Literaturverzeichnis

- R = Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, hrsg. u. übersetzt v. Ch. Riechers, Frankfurt/M. 1967
 M = Antonio Gramsci: Marxismus und Kultur, hrsg. und übersetzt von Sabine Kebir, nach der italienischen Ausgabe von G. Manacorda, Hamburg 1983
 Brecht, Bertolt, 1967ff.: Werktausgabe 20; Schriften zur Politik und Gesellschaft; Frankfurt/M.
 Birkenbach, Hanne-M., 1985: Mit schlechtem Gewissen — Wehrdienstbereitschaft von Jugendlichen. Baden-Baden
 Demirović, Alex, 1984: Die hegmoniale Strategie der Wahrheit. Zur Historizität des Marxismus; unveröff. Typoskript
 Haug, Wolfgang F., 1979: Umriss zu einer Theorie des Ideologischen; in: PIT, Theorien über Ideologie, AS 40
 ders., 1981: Orientierungsversuche materialistischer Philosophie. In: *Das Argument* 128
 ders., 1985: Brechts Beitrag zum Marxismus. In: ders., *Pluraler Marxismus*, Bd.1. Berlin/West
 Holzkamp-Osterkamp, Ute, 1976: Die Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung, Bd.2; Frankfurt/M.
 Marx-Engels-Werke (MEW) 3: Karl Marx: Thesen über Feuerbach (5-7, 533-535); Berlin (DDR) 1958ff.
 MEW 4: Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei (S.459-493); Berlin (DDR) 1959ff.
 Priester, Karin, 1979: Politische Soziologie und Staatstheorie. In: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 4
 dies., 1981: Kultur und Politik im Denken Antonio Gramscis. In: *spw* 13
 Projekt Ideologie-Theorie (PIT) 1979: Theorien über Ideologie; Berlin/West.
 Schreiber, Ulrich, 1982: Die politische Theorie Antonio Gramscis. Berlin/West.
 Weiss, Peter: Ästhetik des Widerstands, 3 Bde.; Frankfurt/Main 1975ff.
 Willis, Paul, 1979: Spaß am Widerstand — Gegenkultur in der Arbeiterschule; Frankfurt/M.

Sowjetunion

Wieland Elfferding

Der Montesquieu des Sowjetsozialismus muß noch geboren werden

Zur 19. Parteikonferenz der KPdSU vom 28.6. bis 1.7.1988

In welcher Lage befindet sich die Sowjetunion? Wie ist die gegenwärtige Phase der Reformen zu verstehen? Was sagen uns die Nachrichten von der 19. Parteikonferenz der KPdSU zu diesen Fragen?

Die Reformer haben sich offensichtlich und zugegebenermaßen über das Tempo und die Schrittfolge der Reform getäuscht. Der Versuch, zuerst die Ökonomie zu verändern, droht am Widerstand der Verwaltungen und der Arbeiterseelen zu scheitern. Die einen fürchten — angesichts 40 Prozent geplanter Personalverminderung — um Macht und Pfründe, die anderen um den Lebensrhythmus einer Subsistenz- und Beschäftigungsökonomie. Also müssen zuerst die für eine weitergehende Reform günstigen Bedingungen in den politischen Machtverhältnissen geschaffen werden, damit es weitergehen kann.

Dafür ist es auch höchste Zeit. Nicht nur, daß die Ladentische leer sind und der Sowjetsozialismus durch seine »materialistische« Artikulation ein Bein gestellt bekommt; *Le Monde* rechnete schon im Mai vor, daß sich die Zusammensetzung des Zentralkomitees der Partei seit 1986 wiederum zuungunsten der Reformer verändert habe (Altersstruktur, Repräsentation der entscheidenden Schicht der regionalen Parteisekretäre und der leitenden Staatsfunktionäre; vgl. *Le Monde* vom 18.5.88, 7). Die Auswechslung der politischen, vor allem der wirtschaftspolitischen Kader geht offenbar so langsam vor sich, daß die Reform auch in den Augen vieler ihrer Befürworter diskreditiert sein könnte, bevor sie eine Chance hatte, Erfolge zu zeitigen. Seit Inkrafttreten des neuen Betriebsgesetzes am 1. Januar 1988 sind die Zeitungen voll von Klagen darüber, daß Aufträge, Normative und Zuteilungen von oben den Betrieben nach altem Brauch keine Luft lassen würden, um die neue, selbständige Wirtschaftsweise zu erproben. Und schließlich war Gorbatschow 1987 im ZK mit dem Versuch gescheitert, eine entschiedene Demokratisierung der Parteiwahlen durchzusetzen.

So kann die Parteikonferenz als der Einstieg in eine Reihe von »Umgehungs-schlachten« angesehen werden, die auf dem Felde des Politischen geschlagen werden sollen. Auf diesem Forum konnte endlich die Begrenzung der Parteiämter auf höchstens zweimal fünf Jahre durchgesetzt werden. Auch soll — im Westen wenig beachtet — die zentrale Kontrollkommission der Partei wieder eingeführt werden, die, vom

Parteitag oder von einer Parteikonferenz gewählt, entscheidenden Einfluß auf die Kaderpolitik der Parteispitze gewinnen kann.

Daher auch — Stichwort »Umgehungsschlacht« in der Politik — der Schwerpunkt der Parteikonferenz: Belegung der Sowjets (=Räte) und ihre Autonomisierung gegenüber der KPdSU. Wenn die Reform über die Partei zu langsam vorangetrieben wird, was bleibt übrig, als sich auf die andere Säule der Sowjetmacht — eben die Sowjets — zu stützen? Unter dieser Devise können viele Schritte der Parteikonferenz verstanden werden: Die Parole »Trennung von Staats- und Parteifunktionen«; der Vorschlag, die Sowjets durch Steuern besser als bisher zu etatisieren; die Auswahl zwischen mehreren Kandidaten bei Wahlen zu den Sowjets. Selbst die am wenigsten verstandenen Vorschläge Gorbatschows sind unter dem Gesichtspunkt einer unbedingten Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Reform verständlich. Denn warum sollen sich, wie die Parteikonferenz beschloß, die jeweiligen Parteisekretäre um den Posten des Sowjetvorsitzenden bewerben? Doch um die Spitzenkader der Partei unter den Erfolgsdruck zu setzen, der vom Repräsentativorgan (Parlament) ausgeht, und dieses zugleich gegenüber der Exekutive, der es, wie im Westen, hoffnungslos unterlegen ist, zu profilieren. Dazu muß man zweierlei wissen: Der Sowjetvorsitzende ist nicht Chef der staatlichen Verwaltungen, sondern eher ein Parlamentspräsident; und Gorbatschow verband mit seinem umstrittenen Vorschlag die dringende Empfehlung — die in die Resolutionen der Konferenz übernommen wurde —, Wahlmandat im Sowjet und Amt in Exekutivkörperschaften auf allen Ebenen strikt zu trennen (Punkt 2 der Resolution »Über die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und die Reform des politischen Systems«).

Und was bedeutet denn das neu einzurichtende Amt eines Vorsitzenden des Obersten Sowjets, das gewiß von Gorbatschow eingenommen werden wird? Auch der Oberste Sowjet soll zu einem verkleinerten Arbeitsparlament mit entscheidender Gesetzgebungskompetenz umgebaut werden, sein Vorsitzender könnte die Legislative mit ebenso auf Effekt bedachter, fester Hand führen, wie Gorbatschow es mit der vergangenen Parteikonferenz tat. Der volle Glanz eines indirekt vom Volk gewählten, mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Staatsführers, den ihm die Versammlung, den Resolutionen nach zu urteilen, noch nicht zugestehen wollte, könnte die Züge eines populistischen politischen Führers stärken, die ihn von den unsicheren Mehrheitsverhältnissen in den obersten Parteigremien eher unabhängig machen würden.

Nun sind allerdings die auf der Konferenz angebahnten Veränderungen des politischen Systems zu tiefgreifend, als daß wir uns mit der rein taktischen Deutung der Ereignisse zufriedengeben könnten. Die Menschenrechte, ausdrücklich das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Briefgeheimnis, sollen gewährleistet werden; die Menschen sollen zu wohlinformierten und kritischen Wahlbürgern und also zu Staatsbürgern gemacht werden. Trennung von Partei und Staat, Trennung von Exekutive und Legislative: In den freigewordenen, bisher von der Nomenklatura verstopften Zwischenräumen soll die repräsentative Willensbildung — Wahlen und Rechenschaftslegung — entwickelt werden. Die Sowjets sollen zu schlagkräftigen Gesetzgebungskörperschaften werden, die die Verwaltungen unter Kontrolle nehmen können. Ja, und die

Partei — sie soll sich, wie es einem Repräsentativsystem entspricht, auf die Sprossen der Repräsentativleiter begeben, allein.

Das ist der Haken an dieser großen Initiative zur Parlamentarisierung der Sowjets und zu einer neuen Gewaltenteilung im Sowjetstaat: Wie soll sich die Macht teilen lassen, wenn es beim Einparteiensystem bleibt? Zeigt nicht die Widersprüchlichkeit des Vorschlags von Gorbatschow, Staat und Partei zu trennen und zugleich Partei- und Parlamentsführer in einer Person zu vereinigen, eben dieses Dilemma? Muß die neue Gewaltenteilung nicht vonstatten gehen wie der Wettlauf zwischen Hase und Igel, wo der Igel, in Gestalt seiner Frau, auch auf der anderen Seite, am Ziel wie am Start figuriert?

Beim Einparteiensystem bleibt es, oh ja, das ist mehrfach in Worten und in Taten durch das Wegräumen von Mitgliedern der kürzlich gegründeten »Demokratischen Union« bekräftigt worden. Aber könnte nicht Gorbatschow mit Raffinesse darauf verweisen, daß sich in der einen großen Partei bereits (mindestens) zwei gebildet haben, die auch täglich und mit wachsendem Nachdruck beim Namen genannt werden: die *Progressiven*, die Reformbefürworter und Perestrojken auf der einen, die *Konservativen*, die Gestrigen, die Breschnewleute auf der anderen? Und wäre nicht demnach die neue Gewaltenteilung zwischen Staat und Partei der Versuch, dem inoffiziellen Spiel zweier Parteien eine unverdächtige offizielle Form zu geben nach dem Motto: Ligatschow mag ruhig vom ZK her intrigieren, Gorbatschow tut derweil sein Werk im Organismus der Sowjetparlamente?

So hätte sich, wenn wir die Überlegung weiterspinnen, die halb regierende Oppositionspartei in die ehrwürdigste Stätte der historischen Demokratie zurückgezogen, ins Parlament oder in den Repräsentativteil des Staates, um von dort aus die andere »Partei« zu bekämpfen und die Festung der »Kommandohöhen« ein weiteres Mal einzunehmen — diesmal ohne Pulverdampf, mit den Geheimwaffen der Demokratie, die schon in anderer Hand so erfolgreich waren: Stimmzettel, »politischer Wille« und Öffentlichkeit. Nun waren die revolutionären Parlamente aber gegen die absoluten Herrscher nur um den Preis der inneren Spaltung erfolgreich, ja, die Teilung der staatlichen Gewalten scheint nur zu »funktionieren«, wenn *nicht nur eine* Partei diese besetzen kann und wenn die Verschmelzung der Gewalten vom Parteienkampf aufgehalten wird.

Die Befürworter eines Mehrparteiensystems, die sich bestätigt fühlen mögen, sollten sich jedoch zurückhalten. Die Politische Wissenschaft des Mehrparteiensystems verdient ihr Geld seit Jahrzehnten mit Klagen über die Durchdringung der Legislative durch die Exekutive. Und passiert es nicht immer häufiger, daß die Weisheit der Gerichte endet, wo die Behörden die entscheidenden Akten oder Zeugen nicht herausrückten? Kurzum — die Weltkonjunktur für Gewaltenteilung dieses Typs ist nicht sonderlich gut.

Überhaupt, was soll die Rede über »Gewaltenteilung«, wo doch die Räte der Kommune *eine* arbeitende Körperschaft sein sollten anstelle der dreifaltigen Staatsgewalt, die der Bürger, in der einen Gestalt, selbst konstituieren darf, damit sie ihn in der anderen Form, als Behörde, kujoniert und in der dritten verurteilt? Kann es demnach überhaupt einen sozialistischen Montesquieu geben? Die Kommune sollte dem Staate

überhaupt das Grab schaufeln durch Dezentralisierung der Macht. Dezentralisierung und Gewaltenteilung sind mitnichten dasselbe. Die bekannte Gewaltenteilung ist die Form, in der der Staat seine Zentralität, seine Machtzentralisierung, bei auseinanderstrebenden Interessen, beibehalten kann. Dezentralisierung der Macht wäre ein Stück Abbau des Staates. Von Dezentralisierung war auch die Rede auf der Parteikonferenz, allerdings nur in allgemeiner und ungleich schwächerer Form als von der Gewaltenteilung. So wie seit Jahren von Selbstverwaltung die Rede ist, ohne daß bisher, was diese Seite der Machtpyramide angeht, den Worten durchschlagende Taten gefolgt wären.

Nun ist Dezentralisierung auch nicht gleich Dezentralisierung. Die KPdSU kennt ihre eigene Form der dezentralen Macht, nämlich die Macht der Provinzfürsten, die jetzt mitunter abgesetzt werden. Ihnen gegenüber mag die angestrebte Gewaltenteilung durch Parlamentarisierung geradezu eine Zentralisierung der Macht sein. Etwas anderes wäre es, tatsächlich auf den wachsenden Reichtum an neu sich bildenden und jetzt in Grenzen tolerierten gesellschaftlichen Organen zu vertrauen, sie in einen Schub der Zerlegung staatlicher Macht *nach der Horizontalen* einzubeziehen und eine Gewaltenteilung »nach unten« zu wagen. — Man sieht heute leicht, was da davor ist: Das Aufbrechen nationaler Gegensätze demonstriert zugleich das katastrophale Versäumnis einer Dezentrierung der Sowjetmacht und die scheinbare Unmöglichkeit, diese zuzugestehen. Es wird aber gar nicht anders gehen, die Leute nehmen sich bereits, was sie lange vermißt haben. Von mehr Autonomie im Ökonomischen wie im Kulturellen für die Unionsrepubliken und »Autonomen Republiken« ist bereits die Rede. Aber sie hört sich eher taktisch an angesichts der aufbrechenden Konflikte, während Parlamentarisierung, Konstitution des Staatsbürgers, Repräsentation und Öffentlichkeit als erkennbare Linie kräftig herausgestrichen werden. — Gewaltenteilung mit nur einer herrschenden Partei wird nicht funktionieren. Sie mag in eine neue Variante von Staatspopulismus münden, der die unter dem Einfluß von »sozialistischem Pluralismus«, Kampf zweier Linien und Repräsentativität auseinanderstrebenden Tendenzen neuerlich zu einem »Sowjetvolk« zusammenzuhalten sucht. Die Potentiale der laufenden Demokratisierung können nur durch wirkliche Dezentrierung der Staatsgewalt und Entwicklung der Selbstverwaltung befreit werden. So könnte der bekannten *Zentrierung der Macht durch Gewaltenteilung* eine andere, eine horizontale Teilung der Gewalten entgegengesetzt werden, in der die Leute in den Wohnbezirken, die ArbeiterInnen in den Fabriken, die Kinder und Lehrer in den Schulen usw. ihre Sachen zunehmend für sich regeln könnten. Der Theoretiker *dieser* Gewaltenteilung, ein Montesquieu des Sowjetsozialismus, muß erst noch geboren werden.

Quellen (in deutscher Sprache)

Gorbatschows Referat über »Die Verwirklichung der Beschlüsse des 27. Parteitag des KPdSU und die Intensivierung der Perestrojka«. In: *Prawda* vom 29.6.88 (dt. Ausg.)

Alle *Resolutionen* der Parteikonferenz (vor allem die »Über die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und die Reform des politischen Systems«, »Über den Kampf gegen den Bürokratismus«, »Über die Beziehungen zwischen den Nationen«, »Über die Offenheit«, »Über die Rechtsreform«, in: Beilage zur *Die Wahrheit* v. 8.7.88

Zum Hintergrund der Analyse

Elfferding, Wieland: Der sowjetische Reformprozeß und die Linke im Westen — 10 Thesen. In: *W6Z* (Wochenzeitung), Nr. 17 vom 24. April 1987, S.10

ders.: Entwickelt die Sowjetunion bürgerliche Öffentlichkeit? Fragen zu »Glasnost«. In: *Sozialist* Nr. 1 u. 2/88

Jürgen Blume

Glasnost und Perestrojka

Zu neueren Veröffentlichungen aus und
über die Veränderungen in der Sowjetunion*

Der Blick von außen

Unter den Titel »Rußlands zweite Revolution« beschäftigen sich der langjährige Moskauer *Zeit*-Korrespondent Schmidt-Häuer und die Heidelberger Wissenschaftlerin Huber mit den »Chancen und Risiken der Reformpolitik Gorbatschows«. Die Gliederung des Bandes folgt den beiden Begriffen, die inzwischen zu Synonymen für die Veränderungen in der Sowjetunion geworden sind. Teil I behandelt Neue Öffentlichkeit (Glasnost) in Kultur, Medien und Wissenschaft. Teil II untersucht den Umbau (Perestrojka) und seine Träger in Wirtschaft und Gesellschaft. Den Band beschließen Überlegungen zu »erkennbaren und denkbaren Perspektiven eines gesellschaftlichen Wandels in der Sowjetunion« (33).

Gleich zu Beginn von Teil I werden Sinn und Zweck der Glasnost mit Gorbatschows eigenen Worten vorgestellt: »Wenn wir uns nicht selbst kritisieren und uns nicht Analysen unterwerfen — wir haben ja keine Oppositionsparteien — was dann? Und daher ist das [Glasnost, Anm.d.Verf.] ein Erfordernis.« (49)

Diese neue Öffentlichkeit ist aber nicht ohne Widerstand durchzusetzen: »Parteiorthodoxie und Ministerialbürokratie tun inzwischen alles, damit sich das Verständnis von *Glasnost* auf formale Übungen beschränkt« (52). Die letzten Wochen haben verdeutlicht, wie recht die AutorInnen mit ihrer Einschätzung haben, daß »die öffentliche Meinung mit ihrer Stoßrichtung gegen die *Nomenklatura* ... die Partei einer Zerreißprobe aussetzt« (55). Aber trotz dieser Widerstände hat sich schon einiges verändert. Glasnost »hat zu einer Differenzierung der Diskussion geführt« (58), stelle eine »Revolution der politischen Kultur« (59) dar, da die öffentliche Meinung die Gesellschaft »außerhalb des Transmissionsriemens der Partei« (58f.) bewege. »Neben den offiziellen Verbänden, agieren inzwischen Vereins- und informelle Gruppen, die sich zusammenschließen dürfen« (59).

Auf drei Feldern beobachten Schmidt-Häuer/Huber die Durchsetzung und die Kämpfe um Glasnost:

In den *Medien* haben vor allem Leserbriefe eine Auslöserfunktion für größere Öffentlichkeit gehabt, die als Verwestlichung begriffen wird: »Seit Gorbatschows Machtantritt haben die sowjetischen Medien nicht nur westliche Pressestimmen, sondern

* Gorbatschow, Michail: *Perestrojka, Die zweite russische Revolution — Eine neue Politik für Europa und die Welt*. Droemer Knaur Verlag, München 1987 (344 S., Leinen, 36,- DM) — Huber, Maria und Christian Schmidt-Häuer: *Rußlands zweite Revolution. Chancen und Risiken der Reformpolitik Gorbatschows*, Piper-Verlag, München, Zürich 1987 (208 S., geb., 12,80 DM)

auch einiges vom westlichen Stil übernommen« (73). Die Glasnost blieb aber bisher auf Moskau und die großen Städte beschränkt: »Viele regionale Blätter und Radioprogramme sind stille Gewässer geblieben, auf denen sich die Gesichter der lokalen Parteikomitees spiegeln« (70).

Auf dem Feld der *Kultur* (Film/Literatur) wird der Kampf um Öffentlichkeit vor allem gegen die Zensur geführt. Deshalb soll die Zuständigkeit der Zensurbehörden »im Laufe der Jahre weitgehend auf staatliche bzw. militärische Geheimnisse und auf Pornographie reduziert werden« (84). Es wurde eine Konfliktkommission eingesetzt, die zu untersuchen begann, warum das Film-Ministerium mehr als zwei Dutzend Filme seit Jahren zurückhielt. Und der Schriftstellerkongreß von 1986 verlief »turbulent, aber mit eindeutiger Stoßrichtung: gegen die Zensur und gegen die Vertuschung der Vergangenheit« (86).

Glasnost blieb nicht auf Kultur und Medien beschränkt. Insbesondere die Auseinandersetzung mit der stalinistischen Vergangenheit führte auch zu wissenschaftlichen Kontroversen, die detailliert und mit ausführlichen Zitaten nachgezeichnet werden. In ihnen artikuliert sich Kritik an der bisherigen Behandlung der Opfer des Stalinismus, den »Exzessen der Kollektivierung« (112) und an »Stalin als militärischem Führer« (116).

Dieser Kampf um die Vergangenheit hatte aber auch einen aktuellen Sinn: »Befragung und Anrufung der Geschichte dienen zugleich dem Ziel, die eigene Position in der machtpolitischen Auseinandersetzung zu legitimieren und weiter voranzutreiben« (134). So propagierte Gorbatschow 1987 unter Berufung auf Lenins Testament die Öffnung des Zentralkomitees und geheime Wahlen, ein Vorschlag, der damals auf die Ablehnung der Mehrheit des Zentralkomitees stieß. Und die jüngste Parteikonferenz kann sich auf historische Vorbilder berufen. Sie wurde von Lenin institutionalisiert und bis 1941 wiederholt einberufen.

»Mit seiner Feststellung, daß viele Bürger für die Erneuerung einträten, aber in ihrer Umgebung keinerlei Veränderungen sähen, brachte Gorbatschow die Entwicklung auf den Punkt. *Glasnost*, Öffentlichkeit, ist entstanden — der Umbau aber, *Perestrojka*, macht nur geringe Fortschritte« (141).

Was hat — so die Leitfrage des zweiten Teils des Buches — Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft gebremst? Zunächst die Produzenten selbst, die der Umgestaltung oft skeptisch gegenüberstehen, sich zum Teil kontrolliert fühlen, so z.B. wenn ihre Produkte einer Qualitätskontrolle durch betriebsfremde Prüfer (vgl. 148) unterzogen werden.

Desweiteren macht die Effektivierung der Wirtschaft eine »radikale Umstrukturierung« auf drei Ebenen notwendig:

Die *politisch-rechtliche Ordnung* soll durch Veränderungen im gesetzlichen Bereich — erweiterte Eigenständigkeit der Justiz, teilweise Lockerung des staatlichen Außenhandelsmonopols, Zulassung von Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Beteiligung — Voraussetzungen für mehr Wirtschaftlichkeit schaffen (vgl. 153). Im Bereich der *sozialen Verhältnisse* soll die Zulassung privater Betriebe und kleiner Genossenschaften die Produktion anregen. Im Bereich der *legitimierenden Überzeugungen*

sollen verschiedene und widersprüchliche Interessen in der Gesellschaft anerkannt werden und eine verstärkte »Kontrolle von unten« (vgl. ebd.) als Mittel zur Demokratisierung dienen.

Die Veränderungen zugunsten von Privatinitiative und Marktwirtschaft stoßen allerdings auch auf Grenzen, die älter als das Sowjetsystem sind. Schon vor 1917 bremsten ein fehlendes Verkehrsnetz und die schwache Infrastruktur die Entwicklung von Märkten und Städten und verhinderten die Herausbildung einer »westlichen« Privatwirtschaft. Dies wirkt noch heute als Hindernis, wenn die Privatinitiative gestärkt werden soll.

Auch auf die Tradition eines Rechtsstaates konnte man in der Sowjetunion nicht zurückgreifen. »Erst als Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag 1956 die Verbrechen Stalins enthüllt hatte, stand der Rechtsschutz des Individuums gegenüber der Verwaltung zur Debatte.« (160) Und erst 1977 wurde durch eine neue Verfassung den Bürgern das Recht zugestanden, gegen »Handlungen von Staatsorganen, gesellschaftlichen Organisationen und Amtspersonen« (Art. 58) Beschwerde zu führen. So stehe die Reform des Rechtswesens notwendig im Mittelpunkt der gegenwärtigen Veränderungen in der SU, um den Obrigkeitsstaat zu demokratisieren.

»Die Aufwertung der Ökonomie verlangt vor allem die Abwertung der Apparate und die Umwertung der politischen Macht. Alle, die diese Umverteilung fürchten, bilden die Opposition.« (179) Das betrifft vor allem die Funktionäre im Partei- und Regierungsapparat. In diesem Bereich gibt es viele »Bremsen« der Perestrojka, die an einer Umgestaltung kein Interesse haben.

Wie sehen nun — so die Schlußfrage der AutorInnen — die »Perspektiven der Modernisierung« (186) aus? Gorbatschow selber habe seine Ziele in vier Etappen formuliert: »Intensivierung der Wirtschaft« (186); »Aktive Sozialpolitik« (ebd.); »Demokratisierung der Gesellschaft« (ebd.); »Neues Rollenverständnis der Partei« (187).

Der Erfolg hänge davon ab, ob sich diese vier Elemente verbinden lassen (»positive Entwicklung«; ebd.) oder sich gegenseitig neutralisieren und abschwächen (»gestörte Entwicklung«; 189), ob z.B. das Interesse nach möglichst intensiver (auch zeitlicher) Ausnutzung teurer Produktionsanlagen mit dem Gesundheitsinteresse der Belegschaft (gegen Nacharbeit) kollidiert, gar der negativste Fall eintritt, d.h. die Entwicklung »blockiert« (ebd.) wird. »Die Gefährdung der Umgestaltung kündigt sich in den Versuchen an, die Reformbereiche voneinander zu isolieren und ihren Inhalt einseitig auszulegen.« (Ebd.)

Zentral für den Erfolg der Modernisierung sei die Demokratisierung: »Die zweite russische Revolution besteht darin, daß sie die Massen nicht mehr für eine maßlose Utopie mobilisieren will, sondern daß sie die Bürger an der Suche nach konkretem Maß und Ziel einer sozialistischen Industriegesellschaft partizipieren lassen möchte. Damit erhält die Bevölkerung mehr Mitverantwortung für das Schicksal dieses Landes als je zuvor in der russischen Geschichte. Was sie zu ihrem eigenen Nutzen beitragen wird, ist also mitentscheidend.« (195)

Fazit: Dieses Buch stellt eine informative Darstellung der Veränderungen und der Kämpfe um Glasnost und Perestrojka dar. Es stört allerdings oftmals der personalistische

Blick und ihr Beurteilungsmaßstab. Mit westlichem Demokratie- und Wirtschaftsverständnis wird die Entwicklung beurteilt und damit von außen verurteilt. Eine kritische Würdigung der jüngsten sowjetischen Entwicklung aus demokratisch-sozialistischer Sicht, die die besonderen, russischen Bedingungen angemessen berücksichtigt, steht noch aus. Trotzdem schafft das Buch mit seinem einführenden Charakter Voraussetzungen, um sich mit der nun vorzustellenden »Stimme von innen« informiert auseinanderzusetzen zu können.

Der Blick von innen

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, »Vordenkerin« der deutschen Bourgeoisie, beschäftigt sich in einem Leitartikel unter der Überschrift »Des roten Kommunikators Weltbild« mit dem sowjetischen Generalsekretär. Ist »Michail ... das Gegenteil von Stalin«, so lautet die provokante Ausgangsfrage unseres Kommentators. Als Material zur Beantwortung dieser Frage dient ihm Michail Gorbatschows unlängst erschienenenes Buch »Perestrojka«, der erste längere Versuch des sowjetischen KP-Generalsekretärs, die Veränderungen in der Sowjetunion seit 1985 zu bewerten und das weitere Vorgehen zu konzipieren.

Im Verhältnis zu den sozialistischen Ländern — so Maetzke — habe sich wenig geändert. Er zitiert einen Gorbatschow-Satz, der sich auf die Erklärung der sowjetischen Nachkriegspolitik bezieht (»Behauptungen, die von dem Aufzwingen des sowjetischen Modells sprechen, verkennen die zur damaligen Zeit objektiv gegebenen Notwendigkeiten«), um daraus zu schließen, »fast genauso hat es Stalin gesagt«. Was die sozialistischen Länder betrifft, besteht also — laut FAZ — wenig Hoffnung auf eine Veränderung in der sowjetischen Politik. Und das Verhältnis zu den anderen, den nichtsozialistischen Staaten? Hier scheint sich für unseren bourgeoisen Kommunikator etwas Neues aufzutun. Er zitiert Gorbatschow: »Man wird sich das Kommandieren abgewöhnen müssen.« Aber leider kann man ja den Roten nicht trauen: »Es wäre der schönste Satz seines Buches, wenn er ehrlich gemeint wäre.« So ist es aber leider nicht, und so endet Maetzkes Artikel mit zwei Sätzen, die die klammheimliche Freude des Schreibers schwer verbergen können: »Auch Gorbatschow ist ein Gefügigmacher wie seine Vorgänger. Man sollte es wissen.«

Also: Nichts Neues aus dem Osten, nur alter Wein in neuen Schläuchen? Sicherlich: Michail Gorbatschows Buch ist vor allem eine politische Streitschrift und somit nicht als Analyse der Veränderungen in der Sowjetunion zu lesen. Das Buch ist für den Westen geschrieben worden und dient zur ideologischen Auseinandersetzung. Dies hat sich — im positiven Sinne — auf den Stil ausgewirkt. Die sonst gewohnte Langeweile bei offiziellen Texten aus der Sowjetunion will sich hier nicht einstellen. Es liest sich über weite Strecken spannend und läßt sich an vielen Stellen auf westliches Denken ein, um dann die eigene Position im westlichen Diskurs zu artikulieren. Aber trotzdem läßt sich bei der Lektüre zumindest einer Frage nachgehen: Wie sieht das neue Denken aus? Deutet sich in der Art, wie Gorbatschow über die sowjetischen Verhältnisse und ihre Probleme schreibt, eine neue Problemsicht an, die auf eine andere Praxis hoffen läßt?

Der Band gliedert sich in zwei Teile. Im ersten soll der Buchtitel eingelöst werden: »Was bedeutet Perestrojka oder Umgestaltung? Warum brauchen wir sie? Was hat sie zum Inhalt, was sind ihre Ziele? Wogegen wendet sie sich, und was bringt sie an Neuem hervor?« (8)

Gorbatschow stellt die Umgestaltung als Antwort auf die in den achtziger Jahren angehäuften Probleme dar: »Ökonomische Mißerfolge nahmen zu ... Eine Art Bremsmechanismus lähmte die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung ...« (19) und weiter: »Unser Land driftete in eine Krise ab. Diese Schlußfolgerung wurde im April 1985 bei der Plenarsitzung vom Zentralkomitee verkündet, das die neue Strategie der Perestrojka einleitete und deren Grundprinzipien formulierte.« (26)

Was waren die Aufgaben? Die vordringlichste sieht Gorbatschow im ökonomischen Bereich: »Mehr Ordnung in die Wirtschaft zu bringen, die Disziplin zu straffen, das Organisationsniveau zu heben.« (30) Aber da dies nicht ohne die Menschen geht, bedarf es »drastischer« Veränderungen im Denken und im psychologischen Vorgehen, in der Organisation der Arbeit, beim Arbeitsstil und bei den Arbeitsmethoden« (31f.). Ziel müsse es sein, »diejenigen Menschen 'wachzurütteln', die 'eingeschlafen' sind, sie zu aktivieren und dahin zu bringen, daß jeder das Gefühl hat, er sei der Herr im Haus, in einem Betrieb, Büro oder Institut« (32f.). Aber die ökonomische Leistungsfähigkeit ist für Gorbatschow nicht ohne »politische« Veränderungen zu haben: »Wir brauchen eine umfassende Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft« (36). Bei diesem Projekt weiß er sich im Bunde mit einem anderen Kommunisten: »In Wahrheit sind Sozialismus und Demokratie nach Lenin untrennbar.« (37) Diese Stelle ist symptomatisch. Das ganze Buch ist vom Leninschen Denken der Jahre 1920 bis 1922 vor allem durchdrungen, immer wieder schlägt Gorbatschow bei diesem Lenin des Demokratismus nach, holt sich bei ihm Rat. Diese Tatsache wird dem westlichen Vereinnahmern wohl einige Mühe bereiten. Ein vom Leninismus gereinigter Gorbatschow ist in diesem Buch nicht zu haben. Gorbatschow will Veränderungen im sozialistischen Sinne. Allerdings wird das den Sozialismus nicht unverändert lassen: »Die jetzige Wirtschaftsreform sieht eine Verlagerung des Schwerpunkts von vorwiegend administrativen auf vorwiegend wirtschaftliche Führungsmethoden auf allen Ebenen vor. Ferner fordert sie eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaftsführung und eine Aktivierung des menschlichen Faktors in allen Bereichen.« (38)

Wie ist dies zu erreichen? Es gehe darum, »die demokratische Basis der Sowjetunion zu stärken, Selbstverwaltung zu entwickeln und Glasnost, Offenheit, auf das gesamte Verwaltungsnetz auszudehnen« (38).

»Das Ziel dieser Reform ist, innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre den Übergang von einem übertrieben zentralistischen Führungssystem, das auf Befehlsbasis funktioniert, auf ein demokratisches zu vollziehen, das in einer Kombination aus demokratischem Zentralismus und Selbstverwaltung besteht.« (39)

Nach Gorbatschow bedeutet die neue Generallinie zweierlei: Ziel ist es, die Wirtschaft zu effektivieren und zu intensivieren, als Mittel dient die Demokratisierung. »Das Wesen der Perestrojka liegt in der Tatsache, daß sie Sozialismus und Demokratie miteinander verbindet.« (41)

Das Buch ist im folgenden vor allem ein Versuch der Darstellung: Die historischen Ursachen für die Umgestaltungspolitik werden erläutert und ihr revolutionärer Charakter bestimmt sowie die Anfänge der neuen Politik nachgezeichnet. Die Auswirkungen auf die Planung in den Betrieben, die Planung für die Gesamtwirtschaft und die Technologieentwicklung werden vorgestellt. Es fragt nach den Auswirkungen der Perestrojka für das Rechtswesen, die Rolle der Sowjets und die Funktion der Gewerkschaften. Schließlich geht es darum, was Perestrojka für Frauen und Jugendliche bedeutet.

In diesem Bereich werden Grenzen von Gorbatschows »neuem Denken« deutlich. Ganze zwei Seiten seines immerhin 344 Seiten umfassenden Buches widmet er den Frauen — dies unter dem symptomatischen Titel »Frauen und die Familie« (146). Gorbatschow appelliert zunächst für eine stärkere Beteiligung von Frauen an der Wirtschaftsführung und hebt die soziale Gleichstellung der Frau als Errungenschaft des Sozialismus hervor. Dann kommt er zur Sache: Viele heutige Probleme seien durch die »Lockerung der familiären Bindungen und die Vernachlässigung der familiären Verantwortung verursacht worden.« (147) Diese Analyse scheint mir überprüfenswert: Ist denn die Familie die einzig mögliche Lösungsform für die Widersprüche menschlichen Zusammenlebens? Ein recht traditionelles Frauenbild offenbart sich schließlich bei der vorgeschlagenen Problemlösung: Für Gorbatschow geht es hier um die »Frage, was zu tun ist, um den Frauen zu ermöglichen, zu ihrer eigentlichen weiblichen Lebensaufgabe zurückzukehren« (147). Für die Frauen bedeutet Perestrojka also die Aufforderung, »ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau« (147) wieder verstärkt nachzukommen. Zwei »stille Voraussetzungen« bestimmen mithin Gorbatschows »Veränderungsvorschläge« in diesem Bereich: Die Familie soll nicht angetastet, sondern gefördert werden und die »Familienförderung« ist selbstverständlich die »natürliche« (»die Frauen, deren natürliche Bestimmung es ist, die menschliche Rasse zu erhalten und fortzusetzen« [200]) Aufgabe der Frauen.

Neues Denken zeigt sich hingegen in zwei anderen Bereichen. Der Diskurs über Frieden, die Art, die Probleme zu artikulieren, erinnert eher an die Friedensbewegung als an den Regierungschef einer Großmacht: »Meine Meinung ist: Zunächst einmal kostet jeder Arbeitsplatz des militärisch-industriellen Komplexes zwei- bis dreimal soviel wie ein Arbeitsplatz der zivilen Industrie.« (180) Dieses neue Denken macht auch Änderungen in der grundsätzlichen Sicht der Dinge erforderlich: Mit den atomaren Waffen werde das Überleben der Menschheit wichtiger als Klasseninteressen. Die friedliche Koexistenz kann nicht mehr als spezifische Form des Klassenkampfes gedacht werden (187). Gorbatschow ist für einen politischen, ökonomischen und ideologischen Wettbewerb der Systeme, aber im Rahmen eines *friedlichen* Wettstreits (188f.). Das bedeutet auch den Verzicht auf Formen des »Revolutionsexports«, die er mit einem nicht nachgewiesenen Marx-Zitat kritisiert: »Das siegreiche Proletariat kann sein Ideal eines glücklichen Lebens nicht anderen Nationen aufzwingen, ohne dabei dem eigenen Sieg Schaden anzutun.« (Marx, zit. nach Gorbatschow, 192)

Zur Logik politischer Prozesse gehört es wohl, daß der *Bruch* mit Traditionen — der Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan ist ja noch im Gange — auch von Gor-

batschow als *Kontinuität* artikuliert wird. — Auch für das Marxismusverständnis bedeutet das neue Denken eine Erweiterung: »Das neue politische Denken kann und muß sich die Erfahrungen aller Völker zu eigen machen und die wechselseitige Bereicherung und das Zusammenfließen der verschiedenen kulturellen Traditionen sicherstellen.« (201) Leider hat dieses Denken für die Betrachtung der Vergangenheit noch keine Relevanz, hier werden bestimmte — und eben auch durch die Sowjetunion bestimmte — Entwicklungen zu den Notwendigkeiten eines naturwüchsigen Geschichtsprozesses erklärt: »Auch im Bereich des staatlichen Aufbaus verließen die sozialistischen Bruderstaaten sich überwiegend auf das sowjetische Vorbild. Das war zu einem gewissen Grad unvermeidlich. Behauptungen, die von einem Aufzwingen des 'sowjetischen Modells' sprechen, verkennen die zu der damaligen Zeit objektiv gegebene Notwendigkeit.« (208)

Fazit: Das Buch ist nicht als Analyse der Veränderungen seit 1985 zu lesen, eher als Selbstverständniserklärung eines Handelnden. Man kann an ihr das neue Denken, die Art, wie Gorbatschow die Probleme denkt, analysieren. Die Schwächen liegen hier — und wohl auch in der Praxis — im Verständnis der Geschlechterfrage. Die Perestrojka läßt das traditionelle Frauenbild unangetastet. Aber im Denken der Friedensproblematik und im Marxismusverständnis kann man einen »Neuerer« beobachten, der lieb-gewordene Orthodoxien über Bord wirft und dies in einer Sprache, die auch Spaß am Lesen ermöglicht.



Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

SPW - 49

125 Jahre SPD

spw - Die Zeitschrift linker Sozialdemokraten

D. Albers: Immer noch, nein, mehr denn je unterwegs
J. Scheifstein: 125 Jahre SPD
F.O. Wolf: Ein sozialdemokratisches Jahrhundert
Ch. Wickert: SPD-Frauenpolitik vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik
D. Lehnert: Sozialstruktur und Mehrheitsfähigkeit
U. Schöler: Demokratische Massenpartei —
»Bürokratischer Zentralismus« — Parlamentarisierung
 * * *

Archiv: 50 Jahre SPD (Rosa Luxemburg, 1913)

Antworten auf Lafontaine
O. Demele: Auf die neoklassische Logik eingelassen
M. Karnatz: Sozialismus in einer Klasse

Globale Probleme
W. Zellner: Globale Probleme und neues Neues Denken

Besprechungen

Bestellungen: spw-Vertrieb, Tegeler Straße 6 in D-1000 Berlin (West) 65
Einzelpreis: 9,50 DM / 9,- sfr / 70 ÖS
Jahresabo 1988 (6 Hefte à 96 Seiten): DM 45,- zzgl. Versand

Südafrika

Karsten Weizenegger

Falscher Schritt in die richtige Richtung

COCOM-Sanktionen gegen Südafrika

Mit Gewalt versucht die Regierung in Pretoria die zunehmend besser organisierte und international unterstützte demokratische Befreiungsbewegung zu zerschlagen. Seit Verhängung des Ausnahmezustandes 1986 sind über 30000 Menschen, darunter 2000 Kinder, verhaftet und mehr als 2000 Menschen getötet worden.¹ Durch unverminderte Kollaboration mit dem Apartheidregime ist die Bundesrepublik Deutschland zur wichtigen Apartheidstütze herangewachsen. Spätestens nach dem De-Facto-Verbot der relevanten Oppositionsgruppen, der verstärkten Abschottung gegen internationale Solidaritätsbemühungen und den Todesurteilen für die Sharpeville-Six ist auch im bürgerlichen Lager klar geworden, daß die verbalen Versuche der Bundesregierung, das mörderische Apartheidssystem irgendwie zu reformieren, gescheitert sind.² Apartheid muß abgeschafft werden.

Sanktionen als wirksames Druckmittel

Apartheid kann nur existieren mit der Unterstützung von Ländern wie der Bundesrepublik. Durch umfassende und bindende Sanktionen, wie sie von allen relevanten Oppositionsgruppen gefordert werden, kann diesem System die ökonomische und politische Grundlage nachhaltig entzogen werden.³ Die von immer mehr Bundesbürgern, insbesondere vom DGB und der evangelischen Kirche, aufgegriffene Sanktionsforderung wird auch von der SPD getragen.⁴ Die SPD fordert vor allem: Ein Finanz- bzw. Kapitalboykott und ein Stopp von Rohstoffimporten aus Südafrika und Namibia soll organisiert und der Technologie-Transfer unterbunden werden.⁵ Für Militärgüter besteht bereits ein bindendes UN-Embargo (Resolution 418), das jedoch von der Bundesregierung umgangen wird.⁶ Ein umfassendes Sanktionsinstrumentarium der Vereinten Nationen steht noch aus.

Sozialdemokratische Sanktionstaktik

Zur Durchsetzung ihrer Sanktionen verfolgt die SPD offensichtlich eine Doppelstrategie. Einerseits werden unter Bezugnahme auf die Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO wirksame Wirtschaftssanktionen gefordert. Dazu wird ein Zusammengehen

mit Kirchen, Gewerkschaften und Solidaritätsgruppen in der BRD für notwendig gehalten.⁷ Andererseits wird von der Partei, mit deutlichem Blick auf die Zusammenarbeit mit der FDP, die Sanktionsforderung zurückgestellt. So erklärte Hans-Jochen Vogel im April 1988, daß »für die SPD umfassende Wirtschaftssanktionen nicht mehr an erster Stelle bei den geforderten Maßnahmen gegen das südafrikanische Apartheidregime [stehen]«. ⁸ Statt dessen nannte Vogel unter anderem die »Anwendung der COCOM-Liste auf Südafrika« als mögliche Maßnahme.⁹

Den Bock zum Gärtner machen?

Gerade Sanktionen gegen Apartheid, die immer auf politischem Druck aus der Bevölkerung gründen, brauchen eine transparente demokratische Umsetzung. Der ausdrückliche Verweis auf das COCOM¹⁰ erscheint im Falle des Anti-Apartheid-Embargos äußerst problematisch, gerade wenn er von sozialdemokratischer Seite kommt. Das COCOM kann als geheim tagendes NATO-Gremium von keinem Parlament der Welt kontrolliert werden. 1949 als Instrument des Kalten Krieges gegründet, sollte es den Export von westlicher Militärtechnologie in die sozialistischen Staaten verhindern.¹¹ In den letzten Jahren versuchen die USA, über eine uferlose Ausweitung der Boykott-Listen auf auch militärisch verwendbare zivile Technologien, den gesamten internationalen Technologiehandel nach ihren Interessen zu kontrollieren und zu beschränken. Der Einsatz der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen als politisches Druckmittel läuft einer — auf vertrauensbildenden Maßnahmen und Kooperation beruhenden — Entspannungspolitik zuwider.¹² Ein positives Zeichen der Unterstützung für aktuelle sowjetische Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen wäre es, »diesen Restbestand des Kalten Krieges schnell zu tilgen«, wie auch Wolfgang Roth fordert.¹³

Von COCOM lernen?

Entgegen ihrer ursprünglichen Intention haben COCOM-Embargos die eigenständige Technologieentwicklung und die Autarkiebemühungen der RGW-Staaten eher noch gestärkt.¹⁴ Trotz des Scheiterns läßt COCOM erkennen, welche Möglichkeiten zur Schaffung eines internationalen Regelwerkes für Sanktionen auf militärischem und technologischem Gebiet bereitstehen,¹⁵ wenn nur der politische Wille dafür zustande kommt. Eine umfassende internationale Boykott-Vereinbarung wäre im Rahmen der Vereinten Nationen, etwa in Zusammenarbeit mit dem UN-Sonderkomitee gegen Apartheid, sicher schnell zu erzielen, wenn USA, Großbritannien und die BRD sich dazu entschließen könnten. In der Bundesrepublik ist die Rechtslage heute ausreichend, um Sanktionen vornehmen zu können, etwa durch Verordnungen zum Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz.¹⁶ Für den Boykott der militärischen, nuklearen und technologischen Kollaboration kann etwa die bundesdeutsche Ausfuhrliste¹⁷ zur Identifizierung der Warengruppen herangezogen werden.

Für nationale wie internationale Sanktionsbemühungen gilt jedoch auch hier, daß Druck durch Menschen entsteht. Sanktionen gegen Apartheid müssen erkämpft

werden. Die SPD sollte auch hier den politischen Weg dem parlamentarischen vorziehen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Politischer Bericht der Anti-Apartheid-Bewegung 1987/88, Bonn 1988.
- 2 So haben inzwischen Bundespräsident von Weizsäcker und Außenminister Genscher Boykottmaßnahmen in Erwägung gezogen.
- 3 Siehe: Dienste in Übersee (Hrsg.), Sanktionen gegen Südafrika, Stuttgart 1987.
- 4 Zum Beispiel beim Hearing »Wege zur Abschaffung der Apartheid« der SPD-Bundestagsfraktion am 13./14. Juni 1988 in Bonn.
- 5 Anti-Apartheid-Nachrichten 7/88.
- 6 An der aktuellen U-Boot-Affäre nachzuvollziehen, siehe auch Paper »The UN Arms Embargo and the Federal Republic of Germany Controls« der World Campaign Against Military and Nuclear Collaboration with South Africa vom International Seminar on the UN Arms Embargo Against South Africa bei der International Maritime Organisation, London 28.-30. Mai 1986.
- 7 Vgl. Günter Verheugen, in: *Vorwärts*, Nr. 14 vom 2. April 1988, 32f.
- 8 ppp, Nr. 66/88 vom 7.4.88, 2.
- 9 Ebenda.
- 10 »Coordinating Committee for East-West Trade Policy« in Paris.
- 11 Vgl. dazu Hanns-D. Jacobsen, Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen als deutsch-amerikanisches Problem, Baden-Baden 1986.
- 12 Vgl. die Beiträge der Serie »Die verfluchte COCOM-Liste«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 3 und 4 1988.
- 13 Vgl. Wolfgang Roth, Wirtschaftsbeziehungen — COCOM — Gorbatschow, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Nr. 6 1988, S.536.
- 14 Vgl. Hendrik Bischof, Das EUREKA-Projekt Osteuropas, Studie des Forschungsinstitutes der FES, Bonn 1986.
- 15 Vgl. Ulrich Albrecht, South Africa: The Arms Embargo and National Controls, Arbeitspapier Nr. 23 der Berghof Stiftung für Konfliktforschung, Berlin (West) 1986.
- 16 Vgl. dazu Bernhard Faltin, Wir brauchen keine neuen Gesetze, in: Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 3/88, 10f.
- 17 Identisch mit der geheimen COCOM-Liste.

Jusos

Uwe Kremer/Ulrike Loida

Bundeskongreß 88: Comeback der Jusos?

Es ist nicht mehr lange hin, daß sich die »Linkswende« der Jusos von 1969 zum zwanzigsten Male jährt. Seitdem gibt es das Selbstverständnis als sozialistische Jugend- und Richtungsorganisation, das sich vor allem im gesellschaftlichen Reformklima Anfang der siebziger Jahre herausgebildet hatte — getragen von einem breiten Mitgliederzu- strom, wachsendem innerparteilichem Einfluß und großer öffentlicher Resonanz. Seit Mitte der siebziger Jahre wird aber auch von einem ständigen Einfluß- und Ansehens- verlust der Jusos gesprochen. Diese Redeweise täuscht über die Ausnahmebedin- gungen Anfang der siebziger Jahre sicherlich ebenso hinweg wie über reale Erfolge und Fortschritte, die auch danach zumindest in Teilbereichen immer wieder erzielt worden sind (z.B. im engagierten Zusammenwirken mit der Friedensbewegung). Aber dennoch waren die Jusos Mitte der achtziger Jahre am Tiefpunkt ihrer Entwicklung an- gelangt: die nachlassende Dynamik der neuen sozialen Bewegungen, der kräftige Auf- schwung der Grünen, die Mitglieder- und Aktivenverluste der vorhergehenden Jahre, die Mühen der innerparteilichen Erneuerung und vor allem natürlich die begrenzten politischen Erfolgsaussichten in einer konservativ regierten Republik schlugen sich in der Entwicklung unseres Verbandes nieder, und immer deutlicher wurde, daß eine konsequente Rundum-Erneuerung angesagt war.

Mit dem Hagener Bundeskongreß 1986, einem stark jugend- und frauenpolitisch ge- prägten Bundesarbeitsprogramm und dem neugewählten Bundesvorstand mit dem Vor- sitzenden Michael Guggemos setzte ein mühsames Ringen um die Erneuerung ein, das publizistisch auch in einigen Artikeln dieser Zeitschrift seinen Niederschlag gefunden hat. Im Mittelpunkt der Erneuerungsversuche stand das »Vertrauen auf die eigene Kraft«: schrittweiser Aufbau transparenter und effizienter Verbandsstrukturen und von Aktions- und Kampagnenfähigkeit, Modernisierung der eigenen sozialistischen Posi- tionen (vor allem auf das Gebiet der »Zukunft der Arbeit«) und der jugend- und frauen- orientierte Umbau des Verbandes (inhaltlich und personell). Natürlich war damit auch der Anspruch verbunden, das altbekannte Fraktions(un)wesen bei den Jusos in einen inhaltlich-produktiven Streit umzulenken.

Widersprüche der Erneuerung

Der Karlsruher Bundeskongreß vom 17. bis 19. Juni 1988 hat wichtige Grundlagen für eine konsequente Fortführung des Erneuerungskurses geschaffen. In seinem Vorfeld

traten aber zunächst sämtliche Widersprüche des bisherigen Veränderungsprozesses zutage. Der überraschende Rückzug des bisherigen Bundesvorsitzenden Guggemos darf nicht nur als persönliche Entscheidung angesehen werden: Es trat ein Genosse ab, der zwei Jahre lang seine ganze Kraft in den Dienst der Verbandserneuerung gestellt hatte und besonders schmerzhaft deren Widersprüche ertragen mußte. Diese Widersprüche wurden in mehreren Situationen deutlich:

- während der jugendpolitischen Kampagne im Herbst 1987, die in einigen Bereichen zu einer vorbildhaften Mobilisierung unserer Kräfte in Theorie und Praxis führte, in anderen Bereichen diese Kräfte aber noch überforderte (auch an der Verbandsspitze) und zum Teil auch aus fraktionsbornierten Gründen boykottiert wurde;
- beim Versuch, in der Organisations- und Arbeitsstruktur bisherige Fraktionsreservate zu überwinden, was in fast allen Fällen scheiterte und bei der Stellenbesetzung im Bundessekretariat dazu führte, daß sich eine fraktionsblinde Personalpolitik gegen den Willen der Verbandsorgane durchsetzen konnte;
- im Zuge frauenorientierter Veränderungen, die zu einer wesentlich höheren Beteiligung von Genossinnen an Verbandsfunktionen führten, im selben Maße aber tiefverwurzelte Probleme deutlich machten (sexistische Diskriminierungen im Verband, fraktionspolitische Instrumentalisierungen, fortbestehende Männerdomänen);
- in den inhaltlich-strategisch gemeinten Diskussionen, die allzu häufig in Formelkompromissen, fraktioneller Duftmarkenproduktion u.ä. versandeten, ohne das Niveau der innerverbandlichen Debatte anzuheben und Klarheit über unsere Aufgaben in den neunziger Jahren zu erzielen.

In den Monaten vor dem Bundeskongreß bildeten sich aber schließlich doch deutlich Elemente der Erneuerung heraus: ein erfolgreiches Computerforum »Jugend & Technik«, ein sehr gut besuchtes Pfingstcamp, breite Quotierungsfortschritte in den Bezirken, profilierte Anträge zur Zukunft der Arbeit. Doch ebenso deutlich war, daß wir die Komplexität der Erneuerung unterschätzt hatten, daß das in Hagen formulierte Konzept sich in Wohlgefallen aufzulösen begann und die genannten Elemente konzeptionell kaum noch miteinander verbunden waren. Diese komplizierte Situation überforderte im Vorfeld des Bundeskongresses große Teile des Verbandes und auch viele Genossinnen und Genossen an seiner Spitze.

Inhaltliche Grundlinien im Verband

Diese Widersprüche lösten aber auch eine Dynamik aus, die für die Zukunft des Verbandes von großem Wert sein kann. Zunächst einmal trat die »undogmatische« (öko-reformistische) Gruppierung mit dem Anspruch an, die Verbandsführung (Bundesvorsitzende/Bundessekretärin) zu übernehmen. Hierbei sollte man positiv in Rechnung stellen, daß es auch inhaltliche Grundlagen dafür gab:

In einem Antrag des Bezirks Hessen-Süd zur Zukunft der Arbeit (bekannter unter dem früheren Titel: »Recht auf Faulheit«) wurden weitgehend Oskar Lafontaines Vorstellungen zur Gesellschaftsreform übernommen. Das Schwergewicht wird auf eine

gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Eigenarbeit (bei Aufwertung der Eigenarbeit), die selbstbestimmte Veränderung von Konsum- und Lebensweisen und die entsprechende Förderung alternativer Ansätze gelegt, um auf diesem Wege Gesellschaftsveränderung »von unten« zu betreiben. Für den Verband schlägt sich dies darin nieder, Kommunalpolitik als das wichtigste sozialistische Politikfeld zu bestimmen und im Arbeitsprogramm auf der Vielfalt von Arbeitsansätzen zu bestehen, was vermeintlichen »zentralistischen« Tendenzen gegenübergestellt wird. Stark vernachlässigt werden in dieser Konzeption die ökonomischen Beziehungen, vor allem mit ihren Konsequenzen für das Investitionsverhalten, und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse mit ihren Konsequenzen für organisiertes gesamtgesellschaftliches Handeln der Linken und des Verbandes. Die Bedeutung der Kommunalpolitik wird auch insoweit überschätzt, als das Bewußtsein der Menschen in entscheidenden Fragen (z.B. Wirtschaftskrisen, internationale Beziehungen) weniger lokal als gesamtgesellschaftlich geprägt wird.

Auf der anderen Seite trat vor allem die marxistische Strömung (»Hannoveraner Kreis«) mit dem Anspruch auf, den begonnenen Erneuerungsprozeß konsequent fortzuführen und auf eine neue Stufe zu heben. Dies äußerte sich personell in der Vorsitzendenkandidatur von Susi Möbbeck und in der Unterstützung für den (»fraktionslosen«) Bundessekretär Bernhard Groth. Auch hierfür gab es erkennbare inhaltliche Grundlinien:

In einem Antrag des Bundesarbeitskreises Wirtschaft & Soziales zur Zukunft der Arbeit (Kurztitel: »Moderner Sozialismus«) wurde die Forderung nach mehr Selbstbestimmung und Individualität (»Möglichst viele Möglichkeiten«) sehr stark polit-ökonomisch untermauert. Die ökonomische Bedeutung der Erwerbsarbeit angesichts eines großen Bedarfs an Zukunftsinvestitionen, die entsprechenden »Pionier«aufgaben des Staates und die Rolle einer modernen Arbeiterbewegung werden darin als Grundlagen für sinnvolle Arbeit und selbstbestimmtes Leben herausgearbeitet. Entsprechend stark wurde von dieser Seite auf dem Bundeskongreß die organisierte politische und ideologische Auseinandersetzung mit den Konservativen betont. In der Arbeitsprogrammdebatte führte dies zur These, daß die Vielfalt von Juso-Arbeitsansätzen nur dann gesellschaftlich ins Gewicht fällt, wenn der Bundesverband seine Arbeit transparenter und effizienter gestaltet und dazu auch die Verbandsstrukturen strafft und bündelt. Dies gilt um so mehr, als unsere Ressourcen in jeder Hinsicht sehr knapp sind: »Lieber weniger, aber dafür besser«, lautete das entsprechende Motto.

Ergebnisse des Kongresses

Die Resultate lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen: Zur Zukunft der Arbeit wurde nach langer Diskussion und mit Unterstützung der »ungebundenen« süddeutschen Bezirke der Antrag »Moderner Sozialismus« verabschiedet. Der Verband verfügt damit über eine ausbaufähige inhaltliche Grundlage, die die gewachsene individuelle Vielfalt von Ansprüchen mit einer polit-ökonomischen Grundposition verbindet. Aber auch der Antrag aus Hessen-Süd bleibt in der Diskussion: Es besteht die

große Chance, eine inhaltlich ausgewiesene Streitkultur als sozialistischer Verband zu entwickeln, die durchaus »auf der Höhe der Zeit« ist.

Konsensual beschlossen wurde das neue Bundesarbeitsprogramm. Natürlich mußten dazu alle Beteiligten Abstriche von ihren Positionen machen. Eine große Gemeinsamkeit stand allerdings schon vor dem Kongreß fest: Im Mittelpunkt steht der frauen- und jugendorientierte Umbau des Verbandes. Neben thematischer Vielfalt ist auch das Bemühen um eine stärkere Bündelung erkennbar: z.B. in der geplanten Herausgabe einer jugendorientierten Verbandszeitschrift, einer Kampagne »Zukunftsoffensive für Frauen« (Zoff) und der Zusammenführung von Arbeitsfeldern in fünf Projektbereichen.

Daneben wurde ein entwicklungspolitischer Antrag beschlossen, der ein größeres Schwergewicht — zum Teil nicht unproblematisch — auf innere Entwicklungsblockaden in den Ländern der südlichen Halbkugel legt. Ein kommunalpolitischer Antrag wird weiterbearbeitet. Die Debatte um Sinn und Zweck der Kommunalpolitik muß zweifellos weitergeführt werden. Aus Zeitgründen konnten die jugend- und bildungspolitischen Bereiche nicht mehr behandelt werden. Dazu wird aber im Herbst ein Bildungskongreß der Jusos stattfinden.

Größere Verwirrung rief die Wahl der Bundesvorsitzenden hervor: Neben Doris Ahnen vom »undogmatischen« Flügel und Susi Möbbeck vom marxistischen »Hannoveraner Kreis« wurde Martina Naujoks von den süddeutschen Bezirken nominiert — verbunden mit der Aufforderung, Susi Möbbeck zurückzuziehen oder an der Spitze ein Kollektiv aus den drei kandidierenden Genossinnen zu bilden. Gerade die oben angesprochene Krise des Erneuerungsprozesses machte es aber nötig, mit Susi Möbbeck diejenige Genossin zu wählen, die die Erneuerung in ihrer gesamten Bandbreite (jugend- und frauenorientierter Umbau, Verbandsreform, »Moderner Sozialismus«, Verankerung in den Bezirken) am stärksten verkörpert. Gerade für den »Hannoveraner Kreis« wurde es zu einer der wichtigsten Erkenntnisse des Kongresses, daß man dem Ernst der Verbandslage nicht mehr länger mit unernsten Methoden (Hinterzimmerkunzelei, Pokern bis zur letzten Minute) begegnen kann, sondern offen für das eintreten muß, was für den Verband notwendig ist. Dies hätte eingeschlossen, auch die Wahl von Doris Ahnen als demokratischen Akt zu akzeptieren und sie nach der Wahl solidarisch zu unterstützen.

Im Ergebnis konnten sich Susi Möbbeck und Bernhard Groth knapp gegen ihre Gegenkandidatinnen durchsetzen. Mit dem Beschluß zur Zukunft der Arbeit, dem gemeinsamen Bundesarbeitsprogramm und den Wahlergebnissen wurde ein höchstmögliches Maß an Übereinstimmung zwischen Beschlüssen und Personen erzielt, ohne daß dieser durch und durch demokratische Vorgang ein Hindernis für die Zusammenarbeit aller Verbandsteile wäre.

Frauenfrage und Bundesverband

Obwohl im Antragsbereich kein Schwerpunkt, spielten Frauenpolitik und Feminisierung des Verbandes auf dem Bundeskongreß eine außerordentliche Rolle: Die Mehr-

zahl der Delegierten waren Genossinnen, für den Bundesvorsitz wurden drei Kandidatinnen aufgestellt und im Bundesvorstand befinden sich die Genossinnen in der Mehrheit. Erstmals fanden auf diesem Kongreß zwei Frauenplena statt, in denen die weiblichen Delegierten unter sich über Entwicklungen im Verband und auf dem Kongreß diskutierten.

Aber was grundsätzlich gilt, trifft auch hier — vielleicht sogar noch stärker — zu: Der Widerspruch zwischen einzelnen Elementen der Erneuerung und einem fehlenden Gesamtkonzept (hier: der Feminisierung). So haben Vorfälle auf dem Pfingstcamp deutlich gemacht, wie stark Sexismus und bornierteste patriarchalische Verhaltensweisen in diesem Verband auf allen Ebenen vorhanden sind. So gibt es immer noch in vielen Arbeitsfeldern und Funktionsbereichen ausgesprochene Männerreservate. Und deutlich erkennbar sind auch Tendenzen, den »Feminisierungsdruck« macht- und fraktionspolitisch zu instrumentalisieren. In dieser Gemengelage entstehen dann auch problematische Tendenzen, die einer weiteren Erneuerung im Wege stehen und daher offen diskutiert werden müssen:

- Die Flucht in eine hilf- und ergebnislose Anklageposition gegenüber patriarchalischen Strukturen im allgemeinen und sexistischen Verhaltensweisen von Genossen im besonderen.
- Die Beschränkung auf innerverbandliche Nabelschau und der Verzicht auf Interessenvertretung für Frauen, was ihre Position rückwirkend wieder schwächt.
- Die Tendenz, alle gesellschaftlichen und Verbandsfragen auf die Frauen- bzw. Geschlechterfrage zu reduzieren — also ein gewisser Dogmatismus, der bislang unter anderen Vorzeichen im Marxismus anzutreffen war.

Vor diesem Hintergrund kommt es auch unter Juso-Frauen immer häufiger zu Konflikten. Der Bedarf an einem Feminisierungskonzept, das frauenpolitische Interessenvertretung, qualitative Quotierung und Frauenförderung sowie die schrittweise Veränderung der Genossen miteinander verbindet, ist außerordentlich hoch. Auch deshalb ist es richtig, daß die inner- und außerverbandliche »Zukunftsoffensive für Frauen« im Bundesarbeitsprogramm an allererster Stelle steht.

Perspektiven nach dem Kongreß

Mit Susi Möbbeck trägt — nach Klaus-Uwe Benneter im Jahre 1977 — zum zweiten Mal eine Person die Last des Bundesvorsitzes, die sich zum marxistischen »Hannoveraner Kreis« zählt. Nochmals hat es einige »undogmatische« Versuche gegeben, mit dieser Tatsache (wg. »Stamokap«) und Susi Möbbecks bisheriger SHB-Mitgliedschaft in der Presse und in der Partei Stimmung zu machen. Die geringe Resonanz auf diese Angriffe zeigt mehrere Veränderungen auf: Erstens ist das Thema insgesamt und angesichts des Bedeutungsverlustes der Jusos so abgestanden, daß es kaum jemanden mehr interessiert. Zweitens hat sich in weiten Teilen der Partei die Einsicht durchgesetzt, daß die Erneuerung ihres Jugendverbandes zu wichtig ist, um sich noch an derartigen Fragen zu verkämpfen. Und drittens hat der »Hannoveraner Kreis« gerade in den letzten zwei Jahren bewiesen, daß er nicht jene ominöse dogmatische und machtbe-

sessene »Stamokap«-Fraktion ist, sondern eine lernfähige Gruppierung, die in der Lage ist, für den Gesamtverband zu handeln und zu denken.

Viel wichtiger sind nun die Schwerpunkte für ein Comeback der Jusos — vor allem diejenigen, an denen sich ein modernes sozialistisches Profil herausbilden kann:

1. Weiterentwicklung und Veröffentlichung einer modernen sozialistischen Position zur Zukunft der Arbeit.
2. Schaffung einer handlungsfähigen westeuropäischen Jugendlinken mit gemeinsamen Projekten während des EG-Wahlkampfes.
3. Entwicklung eines Aktions- und Zukunftskonzeptes zum Thema »Mädchen-Bildung-Technik« (als zentrales Element von »Zoff«).
4. Durchführung der Verbandsreform nach innen und außen — insbesondere mit dem Projekt einer Jugendzeitschrift.

Der Verband muß seinen Hang zur selbstquälerischen Selbstbeschäftigung aufgeben und sich auf die Auseinandersetzung mit den Konservativen konzentrieren. Auf der Grundlage der Nürnberger Beschlüsse treten wir für das gemeinsame Handeln der Partei und für die Ablösung der Rechtsregierung ein. Natürlich werden wir dabei unsere weitergehenden Positionen jederzeit zur Diskussion stellen.

Es gilt, den *jugend- und frauenorientierten Umbau* fortzusetzen. Wir brauchen für unsere Politik eine soziale und kulturelle Basis. Die Mitgliederzahlen der Unter-35-Jährigen werden auch in den nächsten beiden Jahren (auf Grund des hohen Anteils im Bereich 30 bis 35 Jahre) zwangsläufig weiter zurückgehen. Aber dafür ist der Aktivitätsgrad der jüngeren Mitglieder ausgesprochen hoch. Diese Tatsache kann bei entsprechendem Profil und stärkerer Kräftebündelung auch für Mitgliederzuwächse genutzt werden. Unbedingter Schwerpunkt ist hierbei die weitere Feminisierung des Verbandes (in Quoten und in der Verbandskultur). Gerade in dieser Hinsicht hat der Kongreß deutliche Signale gesetzt.

SPD-Bezirke

Werner Loewe

Die Hamburger SPD hat Traute

Bezirksparteitag der SPD in Hamburg am 25. Juni 1988

»Wir sind die Partei der achtziger Jahre!« — mit diesem selbstbewußten Anspruch hatten die Jusos zu Anfang der siebziger Jahre ihre Wandlung vom parteifrommen Karriereclub zur aufmüpfigen Jugendorganisation begleitet.

Wolfgang Roth, Rudolf Scharping, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Gerd Schröder und andere — wenigstens zum Teil ist die kühne Prognose inzwischen Realität: Die »Enkel« schicken sich an, die Führung zu übernehmen. Aber der Anspruch damals war doch mehr als die Hoffnung auf individuellen Aufstieg in der Parteihierarchie, mit ihm verband sich die Forderung nach inhaltlicher und organisatorischer Erneuerung der Partei.

Und jetzt wurde Traute Müller zur Landesvorsitzenden in Hamburg gewählt. Zum ersten Mal in der Parteigeschichte führt eine Frau diesen Landesverband, zudem eine Vertreterin des im Parteivorstand damals wie heute wenig geliebten marxistischen Flügels der Jusos. Als »Stamokap« 1976/77 stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende, das entsprach den Kräfteverhältnissen in der Partei. Aber Landesvorsitzende der SPD in Hamburg, dessen Landesorganisation als die CSU der Gesamtpartei gilt? Nach dem Parteiausschluß des Juso-Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter 1977 wollte Hamburgs SPD noch ihre Probleme durch den Massenausschluß von 62 Jungsozialisten lösen. Zwar scheiterte dieser Versuch der Disziplinierung, doch daß die »Stamokaps« in Hamburgs SPD inzwischen die Mehrheit hätten, wird niemand behaupten wollen. Der arglose Gebrauch dieses Kürzels in einem *Konkret*-Interview zur Beschreibung der gesellschaftlichen Zustände durch Hans-Ulrich Klose war noch vor wenigen Jahren Teil der Gesamtrechnung, die ihm die Parteirechte in Hamburg präsentierte und ihn schließlich als Bürgermeister resignieren ließ.

Und nun 1988, alles vergeben und vergessen in Hamburg? Vergessen sicher nicht, dafür sorgte vor dem Parteitag schon die Springer-dominierte Hamburger Presse, wenn auch zurückhaltender als erwartet. Und vergeben wohl auch nicht. Zwar interpretierten eine Reihe von RednerInnen des nach wie vor dominierenden Mitte-Rechts-Lagers auf dem Hamburger Parteitag Traute Müllers Positionen, die sie auf vielen Parteitagen offensiv vertreten hatte, als Jugendsünden, aus denen sie nun — hoffentlich — herausgewachsen sei, in einigen Beiträgen wurde jedoch auch unverhohlene Ablehnung deutlich.

So ist die Wahl zur Landesvorsitzenden auch nicht ein Ergebnis veränderter Kräfteverhältnisse, sondern der Einsicht, mit einer Fortführung der bisherigen parteiinternen Auseinandersetzung in Hamburg unausweichlich auf »Berliner Verhältnisse« zuzulaufen. Nachdem die drei letzten Hamburger Bürgermeister Schulz, Klose und von Dohnanyi durch die Parteimehrheit zum Rücktritt gebracht wurden, waren auswärtige Kandidaten für dieses Amt wohl gar nicht mehr zu gewinnen. Mit dem Bürgermeister Henning Voscherau, verankert im größten Hamburger Unterbezirk, hat die SPD eine letzte Chance, den innerparteilichen Grabenkrieg zu beenden. Das kann aber nur gelingen — und das ist auch Henning Voscheraus Ausgangspunkt — wenn die Parteilinke, die in vier von sieben Unterbezirken die Mehrheit stellt, diese Politik des innerparteilichen Ausgleichs mitträgt.

Der ehemalige Sozialsenator Jan Ehlers, nach Lesart der Hamburger Presse der »starke Mann der Linken im Senat«, war von der Mitte-Rechts-Mehrheit in der Partei als Landesvorsitzender schon im Vorfeld abgelehnt worden. Damit kam — auch für sie selbst überraschend — Traute Müller ins Spiel. Andere Kandidatinnen und Kandidaten aus dem linken Parteispektrum kamen zwar auch in Frage, wollten aber aus unterschiedlichen Gründen nicht gegen sie antreten. Sicher ist die Hoffnung, mit der Wahl einer Frau zur ersten Landesvorsitzenden ein politisches Signal zu setzen, mit ein ausschlaggebendes Moment für ihre Nominierung gewesen. Für sie sprach aber vor allem, daß es ihr gelungen war, als Unterbezirksvorsitzende die traditionell in sich tief zerstrittene Partei des Kreises Eimsbüttel zu einigen, ohne sich selbst dabei inhaltlich zu verbiegen. Dazu kommt, daß viele der Positionen, für die sie in der Vergangenheit auf den Parteitagen aus einer Minderheitenposition heraus gestritten hatte, in einem manchmal mühsamen und langwierigen Lernprozeß inzwischen mehrheitsfähig geworden sind — der Abschied vom Radikalenerlaß und die Forderung zum Ausstieg aus der Kerne-energie sind dafür zwei Beispiele. Somit wurde sie von den Vertretern des Mitte-Rechts-Flügels aus ihrem Unterbezirk selbst zur Landesvorsitzenden vorgeschlagen und nachhaltig bei der Kandidatur unterstützt.

Am 25. Juni wurde sie mit großer Mehrheit gewählt, eine linke Vorsitzende in einem mehrheitlich eindeutig Mitte-Rechts bestimmten Landesvorstand, wie auch schon ihr Vorgänger Ortwin Runde. Eine Vorsitzende mit ungewissen Handlungsmöglichkeiten, die eine Partei führen soll, die in den nächsten Jahren vor schweren Aufgaben steht: Hamburg — statistisch gesehen immer noch eine der reichsten Regionen Europas — verzeichnet eine zunehmende Polarisierung der Lebensbedingungen. Einerseits wird in den florierenden High-tech-Industrien und Dienstleistungskonzernen kräftig Geld verdient, Luxuspassagen und Nobelquartiere breiten sich weiter aus. Andererseits führen wachsende Arbeitslosigkeit und Armut zu zunehmender sozialer Ausgrenzung, die im Erscheinungsbild mancher Stadtteile offen zutage tritt. Diese Entwicklungen bilden ein Spannungsfeld, das mit den herkömmlichen politischen Rezepten der Stadtstaaten-SPD nicht mehr überbrückt werden kann.

Die Konflikte, die die Glaubwürdigkeit und die Handlungsfähigkeit der Hamburger SPD auf die Probe stellen, werden an Schärfe zunehmen: Entlassungen und Betriebsstillegungen in den traditionellen Industrien, z.B. auf den Werften, fordern neue be-

schäftigungspolitische Konzepte. Alternative Wohnprojekte können bei wachsender Wohnungsnot und Armut nicht länger mit Abriß und Räumung beantwortet werden. Das vorhandene Ausmaß an Umweltbelastungen wird es kaum zulassen, daß weitere Stadtautobahnprojekte ohne massive Proteste realisiert werden können.

All diese Probleme stellen sich einer Hamburger SPD, die die Nürnberger Beschlüsse der Bundespartei noch nicht ansatzweise aufgearbeitet hat, deren Diskussionsstil weitgehend erstarrt ist, die an Mitgliedern und Aktivitäten stagniert und zunehmend überaltert.

Die praktischen Aufgaben, vor denen die neue Vorsitzende mit der alten Vorstandsmehrheit steht, beginnen daher vordringlich bei der Überwindung festgefügter Denk- und Verhaltensstrukturen. Die voluntaristische Verkündigung eines neuen »Wir-Gefühls«, wie es nach dem Sturz Ulrich Kloses 1981 probiert wurde, wird dabei nicht helfen. Gefragt sind vielmehr sachliche Analysen der wichtigsten Problemlagen und Sensibilität und Bereitschaft, darüber offener und konstruktiver zu diskutieren.

Ob die Hamburger SPD dazu in der Lage ist, muß sich sehr bald erweisen. Eine Alternative dazu gibt es nicht. Ohne »neues Denken« ist für die 1991 anstehenden Bürger-schaftswahlen wohl der Weg in die Opposition mit all den Folgen, die man am Beispiel Berlins und Frankfurts sehen kann, vorprogrammiert.

Diether Dehm

Es ging um mehr als die Frau

Die Linke in Hessen-Süd hatte zu kämpfen verlernt

Zu lange war sie auf dem Landesparteitag gegen die rechte Wand aus Ministerialbürokraten und Landratsmafia gerannt, um dann nicht doch der Verlockung zu widerstehen, Rot-Grün quasi von oben geschenkt bekommen zu haben. Das Projekt einer demokratischen Reform der Landesparteistrukturen wurde damals vertagt; zu naheliegend und appetitlich war das Stillhalteabkommen »Marke rot-grün«, das die Partei-rechte signalisiert hatte. Wie sollte man auch damals ahnen, daß in dieser unbeweglichen Hierarchie selbst Holger Börner verstrickt war und letztendlich dadurch zu Fall kam.

Der Fisch stinkt am Kopf zuerst. Und vom Kopf her kam der fatale Bruch der rot-grünen Koalition — »post-stalinistisch« nach unten exekutiert, in einer wahrhaft zentralistischen Weise: erst vom Landesvorsitzenden, zum Landesvorstand, dann zu den beiden Bezirksvorständen, dann zum Bezirksbeirat. Am Ende der Kette kam der Be-

zirksparteitag, dem nichts anderes als Jubeln mehr übrigblieb. Prinzipienlosen Taktikern sei's ins Stammbuch geschrieben: Jüngst hat Hessen wieder einmal das Projekt innerparteilicher Demokratie nicht nur als abstrakt, sondern eben auch als pragmatisch notwendiges Prinzip gezeigt.

Bis in die untersten Gliederungen waren die Stillhalteklammern zwischen rechts und links angezogen worden. Die Linke zwinkerte sich clever zu. Und als Rot-Grün brach, hielten diese Klammern immer noch. Die logische Folge war ein Bezirksparteitag, bei dem der Parteilinke Willi Görlach ohne Gegenkandidaten gerade eben noch eine Stimme mehr als die absolute Mehrheit erhielt, die Rechte mächtig aufholte, die Linke konzeptlos dastand. Kein Wunder nun, daß die Rechte Mut sammelte zum letzten Gefecht. »Seeheim« — das heißt in Hessen »Zabel-Kreis« — wählte sich einen, der bei den Linken nicht die größte Gegenmobilisierung hervorrufen würde, und die Buchmacher gaben auf Heidi Wieczorek-Zeul keinen Pfifferling mehr.

Die eigentlich entscheidende erste Runde fand in Frankfurt statt, der Heimatstadt des Kandidaten der Rechten (der dort zur Mitte-Rechts-Gruppe zählt, aber auch linke Sympathisanten sammeln durfte). Innerhalb der Parteilinken (»Koko«) gab es eine Kampf abstimmung; allzu deutlich wurde, wie sehr das Kämpfen verlernt worden war. Entschieden für Heidi traten nur wenige ein — man kann ja nie wissen, zumal Arnim Clauss als nachtragend gilt. Daß in der Frankfurter Parteilinken die Abstimmung für Heidi ausging und mit einer ziemlichen Kraftanstrengung auch ein knapper Erfolg auf dem Unterbezirksparteitag gelang, war also durch eine Niederlage der sogenannten gemäßigten Linken. Mit dem Frankfurter Parteitag entwickelten sich die ersten Hoffnungsschimmer für Heidi, die dann systematisch aufholte.

Ihre Wahl zur südhessischen Bezirksvorsitzenden war Hinweis darauf, daß die Partei in Hessen nicht länger mit jenen repräsentieren möchte, die für den Rot-Grün-Bruch und das furchtbare Debakel vom 5. April 1987 verantwortlich und mitverantwortlich sind — und sei es nur durch Nichtstun an wichtiger Stelle. Selbstkritik: Marxisten in der Südhessen-SPD fanden selbst beim Kampf um den Vorsitz nur vereinzelt statt und wirkten nicht als eigene politische Kraft.

Schönheitsfehler: Der Vorsitz Heidis wurde mit zwei Frauenplätzen weniger im südhessischen Bezirksvorstand teuer bezahlt. Den Rechts-Links-Diskurs nicht bekommen zu lassen und den Frauen-Diskurs *gleichzeitig* zu verstärken, ist eben eine Kraftanstrengung, der die Partei und die Linke und die Marxisten noch nicht gewachsen sind.

Heinrich Lienker

Generationswechsel und Feminisierung

Bezirksparteitag der SPD in Ostwestfalen-Lippe
am 11./12. Juni 1988 in Paderborn

Axel Horstmann, Kämmerer der Stadt Detmold, ist neuer Vorsitzender der SPD in Ostwestfalen-Lippe. Auf ihn entfielen 75 Prozent der Stimmen. Horstmann ist der sechste Vorsitzende in diesem Jahrhundert. Seine Vorgänger dürften dem parteihistorisch gebildeten Leser zumeist geläufig sein: Carl Severing, Carl Schreck, Wilhelm Mellies, Emil Groß und zuletzt Heinz Junker, der den Bezirk seit 1967 führte.

Heinz Junker, der sich schon zu Zeiten von Karl Schiller in der inneren Emigration wähnte und gleichwohl nach außen den Schmidt-Kurs bis zum Schluß eisern verteidigte, zeigte sich diesmal von der kämpferischen Seite, ganz zum Erstaunen der meisten Delegierten. Begeisterung kam im Saal auf, als er die Blockade-Aktionen der Rheinhausener Stahlarbeiter als wirksames Kampfmittel der Arbeiterbewegung bezeichnete — nur NRW-Justizminister Krumstiek wirkte sichtlich versteinert und vor allem wortlos. Ungewöhnlich auch die Art und Weise, in der Junker die Bonner Parteiführung anging, der er Inkonsequenz und Halbherzigkeit bei der innerparteilichen Gleichstellung vorwarf. Gegen Lafontaine gewandt forderte der frühere ÖTV-Sekretär die strategische Kooperation mit den Gewerkschaften. Ein »ordentliches und sauberes Verhältnis zu den Gewerkschaftskollegen« war Teil seines Vermächtnisses an den neuen Bezirksvorstand. In den siebziger Jahren hatte Junker — als einer der frühen Teilnehmer des Frankfurter Kreises — mehrfach Ordnungsverfahren in Gang gesetzt, um die »äußere Geschlossenheit« zu wahren. Junker versuchte, dies in Paderborn herunterzuspielen — und auch der Parteitag zeigte sich versöhnlich, indem er ihn zum Ehrenvorsitzenden berief.

Sein Nachfolger Axel Horstmann übergang dann auch dieses Kapitel der Bezirksgeschichte und kritisierte sogleich den aktuellen Zustand der Bezirkspartei. Sie müsse der Gefahr widerstehen, zu einer verwaltenden Gliederung ohne eigene politische Gestaltungskraft zu verkümmern. Horstmann nannte als sein Ziel, das linke programmatische Profil des Bezirks weiterzuentwickeln und ihm regionalpolitisch stärkeres Gewicht zu verschaffen. Zu Schwerpunkten erhob er verstärkte politische Anstrengungen zum Umbau der Energieversorgung in der einzigen stark vom Atomstrom abhängigen Region Nordrhein-Westfalens und einen qualitativen Ausbau der Wissenschafts- und Bildungsinfrastruktur als Schlüsselement der ökonomischen und ökologischen Erneuerung von Ostwestfalen-Lippe. Horstmann bemängelte den weit unterdurchschnittlichen Frauenanteil unter den 27000 Mitgliedern des Bezirks und das Mißverhältnis, daß sich mehr Mitglieder im Renten- als im Juso-Alter befinden.

Der fällige Generationswechsel vollzog sich auch bei den weiteren Vorstandswahlen weitgehend reibungslos. Sie waren allesamt im Vorfeld des Parteitages zwischen den

Unterbezirken Minden-Lübbecke, Lippe und Bielefeld, die zusammen eine satte Delegationenmehrheit stellen, ausgehandelt und kontingentiert worden. Die vier linken Unterbezirke, die sich in der Vergangenheit — zumeist vermittelt über die Vereinigte Linke — mit den linken Minderheiten aus den mitgliederstarken Unterbezirken zusammengetan hatten, mochten hierüber Unmut äußern, ausrichten konnten sie dagegen nichts. Allerdings muß auch gesagt werden, daß die Verabredungen der sogenannten Elefantenrunde die linke Mehrheit im Bezirk nicht in Frage stellte. Den großen Drei war vor allem daran gelegen, ihre Spezialbelange unterzubringen und sich maßgeblichen Einfluß auf den weiteren Bezirkskurs zu sichern.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden bestimmte der Parteitag die linke Europaabgeordnete Mechtild Rothe aus Paderborn (212 Stimmen), die Bielefelderin Martina Tiltmann (175 Stimmen), die ebenso wie Horstmann dem marxistischen Diskussionspektrum zugerechnet wird, und den Fraktions-Vize im NRW-Landtag, Reinhold Trinius (162 Stimmen). Das Nachsehen hatte der bisherige Junker-Stellvertreter Horst Hein, der den Verabredungen der Elefantenrunde zum Opfer fiel. Zum Schatzmeister avancierte der Lipper Landtagsabgeordnete Manfred Böcker. Acht der zwölf Beisitzer sind maßgeblich durch die Juso- und AsF-Arbeit in den siebziger Jahren geprägt worden. Hinzu kommen zwei Gewerkschaftssekretäre aus der GTB und der ÖTV sowie die Vorsitzenden von Bielefeld und Höxter. Insgesamt sechs Frauen wurden Beisitzerinnen. Damit ist den ohne Diskussion verabschiedeten neuen Satzungsbestimmungen Genüge getan, die für alle Bezirksgremien eine 40-Prozent-Quote vorschreiben.

Neben Gastreferaten des SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel und des Präsidiumsmitglieds Peter Glotz war der Parteitag geprägt von einer Debatte über das künftige Parteiprogramm. Es dürfte nicht überraschen, daß der Irseer Entwurf des Parteivorstandes in Ostwestfalen-Lippe wenig Gefallen fand: »Insgesamt drückt sich der Irseer Entwurf in allen Fragen, die in der Partei streitig diskutiert werden, um eindeutige Aussagen und flüchtet sich in Formulierungen, aus denen jeder herauslesen kann, was er will«, stellte der Parteitag einstimmig fest. Der dann bei einigen wenigen Gegenstimmen verabschiedete Paderborner Programmbeitrag leistet zwar keine Gesamtalternative, immerhin aber werden sowohl zum Grundsatzteil als auch zu zentralen Programmfeldern (Frieden, gesellschaftliche Gleichheit, Wirtschaft, Gesundheit) richtungweisende Aussagen getroffen, die als Zwischenergebnis der Programmarbeit im Bezirk gesehen werden können. Nicht zuletzt sind darin die Diskussionsergebnisse aus zehn Neuland-Foren eingeflossen, die der Bezirk seit 1985 zur Vorbereitung eines eigenen Programmbeitrages durchgeführt hat.

Der künftige Bezirkskurs zeichnet sich gegenwärtig erst in Umrissen ab. Einerseits haben die Konzeptionen und organisatorischen Schwächen der alten Bezirksspitze und des Büros dazu geführt, daß sich die Unterbezirke weitgehend verselbständigen haben, namentlich Minden-Lübbecke und Lippe wünschen auch jetzt noch eine Bezirksleitung, die präsiert und ansonsten Serviceleistungen anbietet und Innovationen zuträgt. Und auch die kleinen Unterbezirke werden so schnell nicht vergessen, wie sie von den »Elefanten« überspielt worden sind. Andererseits hat sich die Bezirkspartei in den vergangenen drei Jahren programmatischer Diskussion zu einem recht breiten Grund-

konsens durchgearbeitet, der durchaus in der Kontinuität der »Herforder Thesen« steht, und der Paderborner Programmbeitrag gibt dem neuen Bezirksvorstand eine inhaltliche Plattform, die auch für die Zukunft tragen kann. Eine organisierte Opposition ist zudem nicht in Sicht, und die Notwendigkeit von weitreichenden Umbaumaßnahmen ist nach einer langen Periode der Stagnation auf Bezirksebene nicht prinzipiell strittig. Vieles wird davon abhängen, ob die Vereinigte Linke ihre Rolle neu zu definieren vermag und sich als vorantreibende und vereinheitlichende Kraft in die nächste Etappe einzuschreiben vermag.

Reaktionen

Betrifft: Vorschläge zur Parteireform*

Uli Schöler in *spw* und jüngst Peter Conradi im *Vorwärts* haben die Forderung erhoben, die Grundsatzdebatte mit einer Organisationsreform zu verknüpfen. Sie berufen sich dabei auf Peter von Oertzen, der daran erinnert hat, daß dem Godesberger Programm von 1959 die Organisationsreform durch den Stuttgarter Parteitag 1958 vorausging. Für die Zukunft der Partei, um eine Entwicklung zum Wahlverein zu verhindern, sei die Organisationsreform ebenso bedeutsam wie das neue Grundsatzprogramm; die Parteiführung müsse daran gemessen werden, ob ihr auch die Organisationsreform gelingt. — Schöler und Conradi kritisieren die inhaltliche und organisatorische Dominanz der parlamentarischen Fraktionen und der Parlamentarier im Gefüge der Partei. Ein Indiz seien die vergleichsweise stark ausgebauten Fraktionsapparate — der schwächliche Parteiapparat könne nur noch organisatorische Hilfestellungen geben — und die »Parlamentarisierung« der Partei, d.h. die Überrepräsentation von Mandatsträgern in den Parteivorständen.

Uli Schöler hat in *spw* schon weitgehende und detaillierte Vorschläge zur Parteireform in organisatorischer Hinsicht vorgelegt (vgl. *spw* 40, S.176f.), die in ihrer Rigorosität Stoff für manche fruchtbare Diskussion bieten. Als langjähriges Vorstandsmitglied eines Ortsvereins, der schon 1969/70 die Position des ersten Vorsitzenden abschaffte und eine kollektive Verfassung des Vorstandes mit Rotation — nach 3 Jahren — gegen den Widerstand höherer Parteiebenen durchsetzte, und als Bundestagsabgeordneter, der 1981 in der Nachrüstungsdebatte im Bundestag abweichend von der Fraktionsmehrheit votierte, kann ich meine Sympathie für diese Vorschläge nicht verhehlen. Wichtig von Uli Schölers Vorschlägen sind mir besonders Punkt 2 (»Politisierung der Parteidiskussion und breite Qualifizierung der Mitgliedschaft«) und Punkt 4 (»Reorganisation des sozialdemokratischen Vorfeldes durch die Schaffung parteiunabhängiger sozialdemokratischer Zielgruppenorganisationen«). Leider wird Uli Schöler gerade bei Punkt 2 nicht konkret genug. Ohne Scheu möchte ich deshalb auf einen Beitrag in dem Band »Zukunft SPD«, Hamburg 1981, verweisen, damit der Rahmen eines Leserbriefes nicht gesprengt wird.

Bei Punkt 4 greift Uli Schöler zu kurz. Ich plädiere für die Öffnung der Willensbildung von Partei und Parlamenten nach außen, damit der Gummiband-Effekt für Bürgerinnen und Bürger, die ihre Ängste, Wünsche, Forderungen und Sorgen artikulieren, die sich einmischen wollen und die durch die bisherige Folgenlosigkeit ihres Protests und demokratischen Engagements in Resignation und Apathie getrieben werden, abgebaut wird. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die sozialen und politischen Veränderungen innerhalb der Gesellschaft der Bundesrepublik auch zu einem veränderten Politikverständnis, deren wesentlicher Ausdruck Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen sind, geführt hat. Diese Bürgerinnen und Bürger müssen in das parlamentarische Willensbildungssystem hereingeholt und dürfen nicht durch Nicht-Zurkenntnisnahme und »Aussitzen« ausgegrenzt werden. Gegenüber dem parlamentarischen Strang der Willensbildung trete ich deshalb für die Stärkung und den Ausbau des Petitionsrechtes sowie für die Aufnahme von Volksbegehren und Volksentscheid ein. Die SPD muß überlegen, wie sie »als Partei« ihre Willensbildung für diese Bürgerinnen und Bürger öffnen kann.

Mit Schölers Vorschlag der »Entparlamentarisierung« der Partei bzw. ihrer Vorstände kann ich nicht übereinstimmen. Peter Conradi sieht sogar ein aus der Folgenlosigkeit der parlamentarischen Bemühungen in großen Dingen geborenes »Minderwertigkeitsgefühl« der Parlamentarier — ihre geringen Durchsetzungschancen zwingen die Parlamentarier, weitergehende Vorschläge der Partei abzubügeln. Ich habe einen gegensätzlichen — zugegeben, subjektiven — Eindruck:

* Vgl. Uli Schöler in *spw* 40, S.168ff.

Die Bundestagsfraktion führt die Partei nicht nur, sie führt die Partei auch mit Recht, weil sie ihr inhaltlich voraus ist.

Uli Schöler ist sicherlich zuzustimmen, wenn er kritisiert, daß ein »Haufen überlasteter Multifunktionäre«, die Vorstandsmandate ehrenhalber und um der Kontrolle der Willensbildung willen sammeln, der Partei keine »innovatorischen Impulse« geben kann. Der gegenwärtige Oppositionsstatus (im Bund) verstellt m. E. den Blick auf die wesentliche Ursache der Aushöhlung der innerparteilichen Willensbildung in den letzten 20 Jahren. Obwohl auch mir die Begrenzung der Zahl parlamentarischer Mandatsträger auf gleicher Ebene (UB-Stadtverordnetenversammlung/Kreistag; Landesvorstand — Landtag, Parteivorstand — Bundestag) sinnvoll scheint, muß doch berücksichtigt werden, daß es sich um die Zusammenführung von zwei Willensbildungssträngen handelt.

Die Misere der Willensbildung ist für mich Ergebnis der Überzahl von Vertretern der Exekutive (Kommunale Wahlbeamte, Ministerpräsidenten und Minister, Angehörige der Verwaltung, z. B. in Kommunen Amtsleiter, die »Staatssekretäre« der kommunalen Verwaltungen), deren Einbindung in Gremien öffentlich kontrollierter Wirtschaftssektoren (beispielhaft Energieversorgungsunternehmen) und der Abhängigkeit von Parteitag delegierten und Vorständlern von ihren amtlichen Funktionen, die zu Wohlverhalten zwingen (z. B. Landräte und Bürgermeister gegenüber Land und dessen Mittelzuweisungen). Das interessante Phänomen ist doch der Landrat, der als Parteitag delegierter Beschlüssen zustimmt, z. B. in Energie und Verkehrspolitik, der als Mitglied oder Vorsitzender eines Beirates oder Verwaltungsrates eines Energieversorgungsunternehmens aus (betriebs-)wirtschaftlichen »Sachzwängen« Beschlüssen zustimmt, die abweichen von der von ihm mit beschlossenen Position der Partei. In der klassischen Form der Willensbildung von oben nach unten wird gar versucht, die Beschlußlage der Partei im voraus den exekutiven Funktionen und Interessen anzupassen.

Mit seiner Fixierung auf die Überrepräsentanz der Parlamentarier läßt sich Schöler von den eigentlichen für mich problematischen Tendenzen ablenken und verdeckt somit den wesentlichen Konflikt, die Vermischung von Administration und Exekutive mit der Willensbildung der Partei. Daß die Parlamentarier als professionelle Politiker in Vorständen die besseren Ausgangsbedingungen gegenüber den normalen Berufen nachgehenden Vorstandsmitgliedern haben, läßt sich, wenn die Vorschläge zu Punkt 2 greifen, auffangen. Erst die angeführte Vermischung von Exekutive/Administration mit der Willensbildung der Partei führt zu der für die Glaubwürdigkeit der Partei brisanten Situation der mangelnden Um- und Durchsetzung der Beschlußlage der Partei. Sie scheidet immer an konkreten Personen und nicht an anonymen Apparaten; hier müssen wir ansetzen.

Horst Peter (Kassel)

Berichte

Eva Brücker

Basis, Dschungel, Dogma

4. Geschichtsfest vom 2.-5. Juni 1988 in Hannover

Wie im Namen anklingt, sollte es mehr als eine überregionale Tagung der Geschichtswerkstätten sein. Entsprechend unkonventionell war der Empfang mit Selbstgemachtem vom »Kalten Buffett« am Vorabend. Bei Selbstbedienung und nicht kontrollierten Unkostenbeiträgen wurden private Übernachtungen verabredet und die vielfältigen Möglichkeiten zur Kinderbetreuung gesichtet. In den Gängen des weitverzweigten Jugendzentrums wurde letzte Hand an sieben Ausstellungen gelegt (u.a. »150 Jahre Hanomag in Linden« oder »Geschichte der Arbeitszeitverkürzung«). Am nächsten Morgen konnten die 45 Veranstaltungen, zu denen ca. 30 von bundesweit mehr als 120 alternativen Historikerzirkel beigetragen hatten, starten. Sie gliederten sich wie bei den bisherigen Festen in drei Gruppen:

Geschichte vor Ort wurde nicht nur in historischen Stadtpaziergängen und Rundfahrten (zum Antifaschistischen Widerstand, zur Architektur, Kultur u.a.) praktiziert. Die Hannoveraner Initiative hatte vielmehr mit der *Faction-Story* eine eigene Alternative zu den üblichen »Links sehen Sie...«, rechts sehen Sie...«-Veranstaltungen entwickelt. Anhand einer fiktiven, aber nach authentischem Material (Interviewaussagen) zusammengestellten Familiengeschichte Ende der zwanziger Jahre wurde der Lebensalltag in einer Großstadt verdeutlicht. Nach einer 45-minütigen einleitenden Erzählung folgte ein Rundgang zu erzählten Orten. Dadurch wurde das vorher Gehörte anschaulich und nachvollziehbar. Darüber hinaus ermöglichte das Prinzip der Erzählfiktion, daß die aufgesuchten Schauplätze identisch waren mit für die allgemeine, strukturelle Entwicklung wichtigen Orten.

Das Themenspektrum in den *Workshops* wurde dominiert von Arbeiten zur Geschichte des Nationalsozialismus, seiner Verarbeitung und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Im Verhältnis zu früheren Festen hatten Themen zur Geschichte der Arbeit, Arbeiterkultur oder -milieus an Gewicht gewonnen, während eine gesonderte Methodendiskussion fehlte. Neu waren selbstkritische Töne. Es wurde vor Grenzen und Gefahren inzwischen eingeschliffener und oft wiederholter Fragestellungen wie: »Widerstand und Verfolgung in...« oder dem inflationären Gebrauch von NS-Vergleichen in der politischen Auseinandersetzung gewarnt.

In der dritten Gruppe von Veranstaltungen zeigten sich die Spiel- und Experimentierfreude und die mediale Phantasie der WerkstätterInnen. Die Palette reichte von Film- und Videoproduktionen (»Zeitensprung« — Eine Video-Spurenicherung im Stadtteil), über Theater, Puppenspiel, Musik, die Rekonstruktion historischer Environments (eine Wohnung im Bonner Elendsquartier des 19. Jh.), Stadtspiele und historische Inszenierungen (u.a. »Die Hildesheimer Revolution von 1948« zum Mitspielen) bis hin zu den traditionellen Ausstellungen, Museen und VHS-Kursen. Neben diesen Präsentationsformen interessierten die unterschiedlichen Medien auch als naheliegende und wichtige alltagsgeschichtliche Quelle. So wurde z.B. in Spielfilmen z.T. unbeabsichtigt Zeithistorisches übermittelt, das quellenkritisch von den inhaltlichen, künstlerischen oder ideologischen Aussagen getrennt werden muß, was besondere methodische Schwierigkeiten mit sich bringt.

Vom Dschungel zum Dogma

Zum Kristallisationspunkt des diesjährigen Festes aber wurde die Theoriedebatte. Als Reaktion auf Kritik an den Werkstätten, besonders von seiten der »Historischen Sozialwissenschaften« (sog. »Wehler-Debatte«) waren zwei Veranstaltungen angeboten worden. Sie wollten Anstöße geben, die etwas disparate und wildwüchsige Arbeit in den Werkstätten auf festere, auch theoretische Füße zu stellen.

In der einen wurde versucht, die Methode der »Diskursanalyse« und den Begriff »Diskurs« für den alltagsgeschichtlichen Ansatz fruchtbar zu machen. In der mit Spannung erwarteten und überfüllten zweiten Veranstaltung standen die Möglichkeiten und analytischen Grenzen des Begriffs »Alltag« in der Geschichte zur Debatte, und es wurde nach möglichen anderen Konzepten gesucht. Der Begriff »Erfahrung« und die »Erfahrungsgeschichte« wie sie im Ruhrgebietsprojekt Niethammers herausgearbeitet worden war, schoben sich in den Vordergrund und waren heftig umstritten. Die VeranstalterInnen plädierten für einen Primat analytischer Begriffe wie Klasse und Struktur, da diese objektivierbar und auf meßbare Grundlagen zurückzuführen seien. »Erfahrung« bleibe dagegen subjektiv und lasse keine verallgemeinerbaren Aussagen zu. Sie warnten vor den politischen Gefahren und der Beliebigkeit des Begriffs.

Aus den Reihen der TeilnehmerInnen, von denen viele aus ihrer aktuellen Arbeit gute Erfahrungen mit der Kategorie »Erfahrung« gemacht hatten, wurde dem widersprochen und u.a. auf die Vergleichbarkeit von Erfahrungen einer Generation hingewiesen. Nach heftiger, oft unversöhnlicher Debatte, dankte man den VeranstalterInnen am Ende für die erfreuliche *Erfahrung* einer solch lebhaften Diskussion.

Und die Basis?

Während der Diskussion im Saal machten sich in den Gängen und beim Mittagessen Unmut und Frust einiger WerkstätterInnen Luft. Übermäßige Profilierungs- und Professionalisierungswünsche, Uni-ähnliche, z.T. intrigante und überhebliche Verhaltensweisen wurden konstatiert und kritisiert. Es sei doch viel wichtiger — anstatt sich dieser von außen aufgedrängten Diskussion zu stellen —, die eigenen politischen Anliegen (basisdemokratisch organisierte Arbeitszusammenhänge, selbstbestimmtes Lernen innerhalb der Projektgruppen, Mitarbeit von historischen Laien und kritische Aktionen zu aktuellen politischen Anlässen) weiterzuverfolgen.

Dieser Konflikt setzte sich — auf anderer Ebene — bei der Podiumsdiskussion anläßlich der Gründung eines »Museums der Arbeit und Industrie« in Hannover fort. Während vielen GeschichtswerkstätterInnen bisher an kritischer Distanz zum etablierten Kulturbetrieb lag, saßen hier seine Vertreter mit auf dem Podium. An die von diesen angebotenen Möglichkeiten zum Korrigieren — dem Eingreifen in kommunale Planungen, mochten die meisten GeschichtswerkstätterInnen nicht so recht glauben. Ob das eine realistische Einschätzung ist oder ein Unterschätzen der eigenen Kräfte, könnte sich am nächsten Geschichtsfest, das 1989 in Bonn als »große alternative Gegenschau« zu den offiziellen Geburtstagsfeierlichkeiten der Stadt geplant ist, zeigen.

Frank Heidenreich

Zweite Tagung linker europäischer Zeitschriften am 17./18. Juni 1988 in Wien

Neben den institutionalisierten Formen eines Internationalismus der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien entstanden in Westeuropa seit Anfang der sechziger Jahre neue und teilweise politisch breiter angelegte Ansätze zu Meinungsaustausch und Kooperation auf der Linken. Dazu zählten und zählen u. a. die vier Otto-Bauer-Symposien in Wien unter Beteiligung von vorwiegend linken Sozialdemokraten und Eurokommunisten oder die internationalen Konferenzen sozialistischer Feministinnen. Im Februar 1987 kamen in Paris auf Initiative der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Association de Rencontre de Saint-Fons erstmals VertreterInnen linker Zeitschriften in Europa zusammen. Das damals verabredete Folgetreffen fand nun im Wiener Renner-Institut der SPÖ statt.

Stark scheint das grundsätzliche Interesse an einem Kommunikationszusammenhang dieser Art zu sein: über 30 Zeitschriften und Periodica — gewerkschaftliche und organisationsunabhängige, sozialdemokratische und kommunistische, wissenschaftliche und Kulturzeitschriften — aus Frankreich, Österreich, den Niederlanden, Spanien, Schweden, Portugal, Großbritannien, Italien und der BRD (*links*, *Gewerkschaftliche Monatshefte*, *Das Argument*, *NG/FH*, *Ästhetik & Kommunikation*, *spw*) hatten Mitarbeiter nach Wien entsandt, obgleich Reisekosten vom gastgebenden Institut nicht erstattet wurden.

Zweck des zweiten Zusammenkunft sollte in erster Linie sein, über den Ausbau der Kommunikation zwischen den interessierten Zeitschriften zu beraten, also auch über Themen und Gegenstände künftiger gemeinsamer Diskussionen eine Verständigung herzustellen. Jedenfalls trat hinter diese Funktion das Thema »Die Herausforderung des EG-Binnenmarktes 1992 für die Europäische Linke« trotz zweier interessanter Beiträge am zweiten Tag hierzu von *Luciana Castellina* (Gramsci-Institut, Rom; MdEP) und *David Blackburn* (New Left Review, London) klar zurück. Der Charakter eines Koordinierungstreffens, nicht der einer inhaltlichen Arbeitstagung dominierte. Zuviel Zeit kostete angesichts des großen Teilnehmerkreises die langwierige Vorstellung der einzelnen Zeitschriftenprojekte.

Greifbare Resultate des Treffens waren eine Reihe konkreter Vereinbarungen, die im Interesse gerade dieser Zeitschriften sind: Noch in diesem Jahr soll der Austausch von Summaries wichtiger (Aufsatz-)Veröffentlichungen (in Englisch) beginnen; vorgesehen ist längerfristig die Einrichtung eines Übersetzungsservice, um Sprachbarrieren abzubauen, die der wechselseitigen Kenntnisnahme von Positionen und Analysen im Wege stehen. Zur Planung des nächsten Treffens, das 1989 in Rom stattfinden und gemeinsam vom Gramsci-Institut und einer Zeitschrift des PSI ausgerichtet werden soll, wird bereits im Oktober d.J. eine Vorbereitungsgruppe in Brüssel zusammenkommen. Ihre Aufgabe wird vor allem darin bestehen, ein hinreichend breites Thema für das dritte Treffen festzulegen und eine gute inhaltliche Vorbereitung sicherzustellen. Denn sollte der Versuch der Kooperation im Kreis linker Zeitschriften- und Pressemacher eine Zukunft haben, wird es gelingen müssen, interessante wissenschaftlich-politische Konferenzen — gerade zu Fragen der europäischen Integration und der Handlungsfähigkeit der Linken — zu organisieren. Entsprechende Themenschwerpunkte und Beiträge in den Zeitschriften im Laufe der nächsten zwölf Monate können dies nur erleichtern.

Besprechung

Baethge, Martin, und Herbert Oberbeck: Zukunft der Angestellten. Neue Technologien und berufliche Perspektiven in Büro und Verwaltung. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1986, (br., 38,- DM)

Wer vom Untertitel des Buches in erster Linie Munitio für eine Abrechnung mit diesen Technologien scheinbar immanenten Rationalisierungs- und Dequalifizierungstendenzen erwartet, sieht sich zumindest in Hinblick auf die Frage der Qualifikation getäuscht: Die hier vorgelegte »Analyse der Entwicklung von Arbeits- und Berufsstrukturen von Angestellten« kommt zu durchaus ambivalenten Ergebnissen.

Während die Verfasser der in der einschlägigen Literatur häufig formulierten These zustimmen, daß durch punktuelle oder einzelfunktionsbedingte Rationalisierung der Dequalifizierung und letztlich Taylorisierung bestimmter Büroarbeiten (z.B. Textverarbeitung) Vorschub geleistet wird, können sie für den Bereich der von ihnen insbesondere untersuchten Form der systemischen Rationalisierungsprozesse eine solche Tendenz nicht beobachten. Im Gegenteil: Die systematische Rationalisierung, eingesetzt zur »verbesserte(n) Antizipation von Marktentwicklungen und — wo möglich — Erhöhung der Kapazität zur Marktsteuerung«, die über den engen Bereich des Betriebes hinausgreift und betriebsexterne Stellen (Kunden, Lieferanten) miteinbezieht, verlangt nach Auffassung der Autoren gerade nicht die Taylorisierung des Arbeitsablaufes, sondern statt dessen die Integration, die Erweiterung des »Aufgabenspektrum(s) des einzelnen Sachbearbeiters durch Bündelung heterogener Inhalte, die vorher auf verschiedene Arbeitsplätze bzw. auf verschiedene Abteilungen verteilt waren«.

Deutlich wird, daß die Autoren auf Grund ihrer breit angelegten empirischen Untersuchungen weder an das Credo der EDV-Macher von der unendlichen (Computer-)Geschichte glauben, noch an den Sirenenesang maschinenstürmender Kritiker: Solange das Technisch-Machbare nicht vor dem Hintergrund des Ökonomisch-Sinnvollen und Sozial-Akzeptablen diskutiert wird, solange gehen Euphorie wie Kritik ins Leere, führt insbesondere letztere zum »Übersehen von politischen Handlungsmöglichkeiten«.

Die hier sichtbar werdende Zugangsweise der Autoren zu ihrem Gegenstand, macht — neben der Fülle empirischer Materials aus insgesamt fünf Untersuchungsjahren — die Qualität dieser Arbeit aus. Da es den Autoren insbesondere um die Darstellung der zukünftigen beruflichen Perspektiven von Angestellten vor dem Hintergrund der derzeit zu beobachtenden Entwicklungen im Technologiebereich geht, ist es andererseits nur folgerichtig (wenn auch bedauerlich), daß die Arbeit wenig Anhaltspunkte zur Konkretisierung der unterstellten »politischen Handlungsmöglichkeiten« gibt.

Eine Ausnahme dabei macht der Abschnitt 3.2 (Der betriebliche Einführungsprozeß neuer Technologien als Interessenauseinandersetzung: Gewerkschaften in der Hintergrund), in dem die Verfasser auf der einen Seite zwar konstatieren, daß auf Grund von Einsprüchen der betrieblichen Fachabteilungen (Kompetenzbeschneidung) gegen die

forcierte Einführung neuer Technologien durch die EDV-Abteilungen und auf Grund von Irritationen der Kunden Formen systematischer Rationalisierung nicht im gewünschten Umfang durchgeführt werden konnten, daß aber andererseits »Konflikte zwischen Unternehmensleitungen und Beschäftigten ... keinen nennenswerten Einfluß auf die Gestaltung von Rationalisierungsprojekten und somit von neuen Arbeitsstrukturen in den Betrieben gehabt (haben)«. Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit existieren scheinbar nicht: Gründe für die Fehlanzeige bei dieser Auseinandersetzung liegen u. a. in der Tatsache, daß die direkten Auswirkungen auf die Beschäftigten bei systemischer Rationalisierung — im Gegensatz zur reinen Automation — nicht unmittelbar evident werden; hinzu kommt die beobachtete schlechte Informationspolitik der Unternehmen, die in Verbindung mit dem niedrigen Organisationsgrad im Angestelltenbereich und der »Komplexität systemischer Rationalisierungsprozesse« gewerkschaftliche (Re-)Aktionen eher verhindert. Die unterstellte weitgehende gewerkschaftliche Funkstille führen die Verfasser schließlich auf »Koordinierungsprobleme zwischen zentralen und dezentralen Betriebsratsgliederungen« zurück.

Ob die von Baethge/Oberbeck dargestellten politischen Handlungsmöglichkeiten, die Ansätze zur Überwindung der gewerkschaftlichen Defensive (Arbeitszeitverkürzung zur Arbeitsplatzgewinnung, Einflußnahme auf das »Ausmaß und die Intensität der Automatisierung von Arbeitsabläufen«, Festschreibung des Stellen-status-quo und tarifliche Eingruppierung nach der »individuell eingebrachten Qualifikation«) die gewerkschaftlichen Aktivitäten umfassend wiedergeben, sei dahingestellt. In der vorliegenden Untersuchung zumindest erscheinen sie aus o. g. Gründen als zu vernachlässigende Größe, wengleich die Verfasser betonen, daß es ihnen durchaus möglich erscheint, »einen Einstieg in eine stärkere Mitbeteiligung der Arbeitnehmerseite an der Prozeßgestaltung zu finden«.

Das wohl wesentlichste Ergebnis der Studie liegt in der Feststellung, daß sich die Angestelltenbelegschaft der Zukunft in brisantem Maße polarisieren wird: Während in den Betrieben auf der einen Seite eine Gruppe von Angestellten existiert, deren Arbeitsabläufe weitgehend formalisiert sind, und die im Zuge von betriebsinternen Rationalisierungsprogrammen mit letztlich völlig gleichförmigen und monotonen Arbeitsschritten befaßt sein werden, wird die »am Markt« (d. h. am Kunden, am Lieferanten) operierende Gruppe der Angestellten größere Kompetenzen und höhere Qualifikationsprofile besitzen. Eine dritte Gruppe fällt schließlich — sowohl durch die Formen der Taylorisierung als auch durch die erwähnte Integration der Arbeitsbereiche — aus dem Beschäftigungsverhältnis heraus — evtl. trotz hoher individueller Qualifikation — und bildet damit ein Druckmittel für die Arbeitgeber »ihren« Angestellten gegenüber.

Diese Entwicklung, die bereits heute wieder zu ganz intensiven »Treueverhältnissen« der Beschäftigten »ihren« Betrieben gegenüber führt, birgt für die gewerkschaftliche Organisation und Interessenvertretung massive Gefahren: Nicht ohne Grund weisen die Verfasser auf die Abnahme kollektiver Interessenvertretung im Zuge dieser »Refeudalisierung der Arbeitsverhältnisse« zugunsten einer erhöhten individuellen Anpassungsbereitschaft oder — im besten Fall — zugunsten betriebsinterner syndikalistischer Interessenvertretung hin. Folgt man der Auffassung der »Polarisierung« im An-

gestelltenbereich, so ist auch die Feststellung der Autoren, daß mit Hilfe der EDV eine »Entmythologisierung« sogenannter »geistiger« Arbeit zu erwarten sei, folgerichtig. Die nicht durch den Computer zu substituierende Tätigkeit, das Verbinden von »Erkenntnis und Gestaltung interaktiver Situationen und Marktprozesse« wird als einzig intellektuelle Tätigkeit der Gruppe der hochqualifizierten Angestellten vorbehalten bleiben.

Wen die Problematik in einem bestimmten (Arbeits-)Bereich interessiert, der hat die Möglichkeit, neben der Übersicht im ersten Teil des Buches, die entsprechenden Passagen anhand eines ausgezeichneten Inhaltsverzeichnisses durchzuarbeiten. So finden sich im dritten Teil neben den bereits oben dargestellten Überlegungen zum Verhältnis der Gewerkschaften zur Einführung neuer Technologien Ausführungen zur Geschäftspolitik in Kreditinstituten und Versicherungen, zu Veränderungen im Handel, in Industrie- und Kommunalverwaltungen.

Die Darstellung des Bankgewerbes verdeutlicht anschaulich die von den Verfassern beobachtete Entwicklung: Der Trend geht hier nicht generell zur Substitution personenbezogener Arbeit durch den Computer, vielmehr wird ein *computergestütztes* System der Kundenberatung offeriert, das einerseits durch Dezentralisierung gekennzeichnet ist (weg von der Allein-Zuständigkeit der Hauptabteilungen), andererseits durch einen Entscheidungs- und Kompetenzzuwachs der Kundenberater.

Wesentlich für die Beibehaltung personenbezogener Beratung ist zweifellos die diesbezügliche Erwartungshaltung der Konsumenten (die sich freilich durch eine entsprechende Marketing-Strategie auch ändern könnte, was Baethge/Oberbeck m.E. zu wenig berücksichtigt). Andererseits machen Bankomat und Nachtschalter offensichtlich, daß bestimmte Formen der Zuarbeit nach wie vor einer zunehmenden Automatisierung unterworfen sind. Die Autoren verzichten leider weitgehend auf eine Diskussion und Bewertung der Tatsache, daß gerade bei computergestützten Formen der Anlageberatung Datenschutzaspekte wenig gefragt sind. Vor dem Hintergrund ihrer Zielsetzung erscheint dies zwar verständlich, doch gerade bei den an den »Großen Bruder« erinnernden Ausführungen zur Informiertheit der Kunden-Sachbearbeiter stört ein solcher Verzicht dennoch.

Rundum erfreulich an dem Buch erscheint mir der Verzicht auf jede pauschalisierende Beurteilung *der* Angestellten bzw. *der* Angestelltenarbeit. Der dazu notwendige große empirische Aufwand ist zugleich Garant für eine differenzierte Analyse der *Gesamtentwicklung* im Angestelltenbereich. Anders als manche Autoren, die zur Illustration ihrer Überzeugung, das menschenleere Büro stehe vor der Tür, »passende« Ausschnitte aus der Angestelltenarbeit für diese These funktionalisieren, bieten Baethge/Oberbeck m.E. den Blick auf das Ganze. Paul Schlüter (Königswinter)

Über die Autorinnen und Autoren

Abendroth, Lisa, geb. 1917; Historikerin, bis 1988 Mitglied im Unterbezirksvorstand der SPD-Frankfurt

Brücker, Eva, geb. 1958; Historikerin und Kunsthistorikerin. Veröffentlichungen zu: Arbeiterkulturgeschichte, Nachbarschaft und Sozialmilieus, Genossenschafts- und Architekturgeschichte. Mitglied in SPD und Berliner Geschichtswerkstatt

Dehm, Diether, geb. 1950; Musikproduzent und Rockautor. Mitglied der SPD und des Bundesvorstandes der AGS

Dunkhorst, Stephan, geb. 1950; Referent des Betriebsrats VW Braunschweig

Elfferding, Wieland, geb. 1950; Dipl.-Politologe. Veröffentlichungen u.a.: *Marxismus und Theorie der Parteien* (Mitautor, 1983). Arbeitsgebiete: Marxistische Theorie, Geschichte, Entwicklung und Politik der Sowjetunion, Parteientheorie. Mitglied in GEW, DVPW

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Staatsexamen in Geschichte und Politikwissenschaft, z.Zt. Doktorand und Bildungsreferent. Wichtigste Veröffentlichung: *Arbeiterbildung und Kulturpolitik* (1983). Mitglied in SPD, GEW und SJD-Die Falken, Mitglied der *spw*-Redaktion

Hirschfeld, Uwe, geb. 1956; Lehrer und Sozialpädagoge, Doktorand. Mitglied der GEW; Veröffentlichung: *Kultur und Revolution in der »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss* (1984). Arbeitsgebiete: Kulturtheorie, Erziehungswissenschaft

Ingersleben, Sigurd v., geb. 1944; Dr.phil., Soziologe/Publizist. Veröffentlichungen zu Wissenschafts- und Medizinteorie, Drehbücher, Rezensionen. Mitglied in SPD, ÖTV und der *spw*-Redaktion

Klever, Wolfgang, geb. 1940; Mitglied des Betriebsrats VW Braunschweig, Sprecher der Betriebsratskommission »Maschinen- und Werkzeugbau 2000«

Klitze, Udo, geb. 1945; Gewerkschaftssekretär in der Vorstandsverwaltung der IG Metall, Abteilung Automation/Technologie/Humanisierung der Arbeit

Kremer, Uwe, geb. 1956. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse, Gewerkschaftspolitik. Stellv. Bundesvorsitzender der Jusos. Mitglied in AWO, GEW, VVN

Lang, Klaus, geb. 1943; Leiter der Abteilung Tarifpolitik in der Vorstandsverwaltung der IG Metall

Lienker, Heinrich, geb. 1952; wiss. Angestellter. Mitglied der SPD-Programmkommission und des Unterbezirksvorstand Gütersloh. Mitherausgeber der *spw*

Loewe, Werner, geb. 1941; Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Mitglied in AWO, IGBSE

Loida, Ulrike, geb. 1956; Angestellte. Stellv. Bundesvorsitzende der Jusos. Mitglied in AWO, GEW, VVN

Blume, Jürgen, geb. 1960; Studienreferendar für Deutsch und Geschichte. Mitglied der HBV, des Kreisvorstandes der Jungsozialisten Berlin-Charlottenburg und der *spw*-Redaktion

Mappes-Niediek, Norbert, geb. 1953; Germanist, Redakteur des *Vorwärts*. Mitglied in SPD und dju. Veröffentlichungen v.a. zu gesundheitspolitischen Themen

Pfarr, Heide, geb. 1944; Hochschullehrerin für Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht, Vizepräsidentin der Universität Hamburg. Mitglied der SPD

Riester, Walter, geb. 1943; Bezirksleiter im IG-Metall-Bezirk Stuttgart

Schlüter, Paul; Lehrer für Deutsch und Pädagogik, wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten. Mitglied in der ÖTV

Schöler, Uli, geb. 1953; Jurist, Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV

Weitzenegger, Karsten, geb. 1964; Studium der Politikwissenschaft und Lateinamerikanistik. Mitglied der Juso-HSG, SJD-Die Falken und der ÖTV

Wolf, Klaus-Peter, geb. 1951; Redakteur der IG-Metallfunktionärszeitschrift *Der Gewerkschafter*. Mitglied der SPD. Mitherausgeber der *spw*

»... *kopflös kann man nicht mit den Händen arbeiten*«

Projektgruppe Automation und Qualifikation (PAQ)



Politik um die Arbeit

Argument

Politik um die Arbeit

Der Streit um Automationsarbeit währt seit fast zwei Jahrzehnten. Die Positionen wechseln: aus den Gegnern von einst werden Freunde. Aber ähnlich bleiben die Logik des Streitens und der Analyse. Gesucht wird die *Wirkung* der technologischen Entwicklung, die positiv oder negativ angenommen wird. Andere sprechen von den *Folgen* der Automatisierung und prophezeien Elend oder Glück, je nach Standpunkt. Die Schwarz-Weiß-Logik verdankt sich der eigentümlichen Sichtweise, in der die Bedingungen, unter denen gearbeitet wird, selbst als Subjekte

des Geschehens gefaßt werden, die eigentlich Handelnden aber als Betroffene, als Opfer im Guten und im Schlechten.

Um die Logik des einfachen Dafür oder Dawider zu durchbrechen, haben wir unseren Band um Arbeitspolitik selbst als Streitbuch konzipiert.

AS 167, 206 S., br. DM 18,50/
DM 15,50 f. Stud.

Widersprüche der Automationsarbeit

Das Handbuch faßt die bisherigen Ergebnisse der Projektgruppe zusammen: historische Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der Arbeit, Auseinandersetzung mit Theorien über Automationsarbeit, empirische Untersuchung von Automationsarbeit, arbeitsbiografische Forschung. Dargestellt werden Grundbegriffe der Arbeitsanalyse, Umbrüche in Managementtheorien und -aktivitäten sowie in den Arbeitsteilungen, insbesondere die Veränderungen der Position der Frauen. Das von PAQ entwickelte Analysekonzept ermöglicht, vom Standpunkt der Arbeitenden alternative Gestaltungen von Technik und Arbeitsorganisation zu entwickeln.

»... ein ausgezeichnetes Handbuch.« *die taz*
228 S., br., DM 24,—

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13